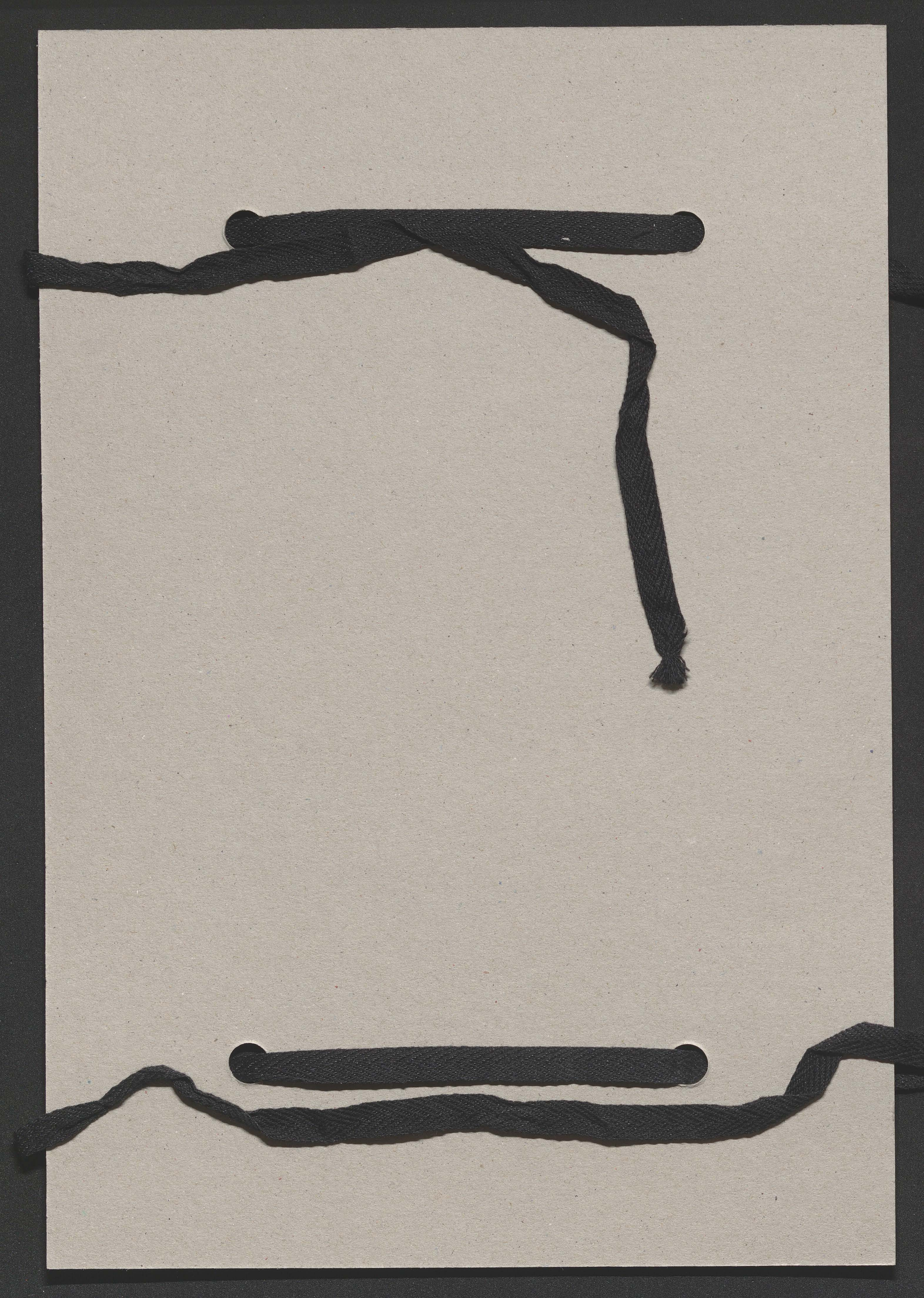


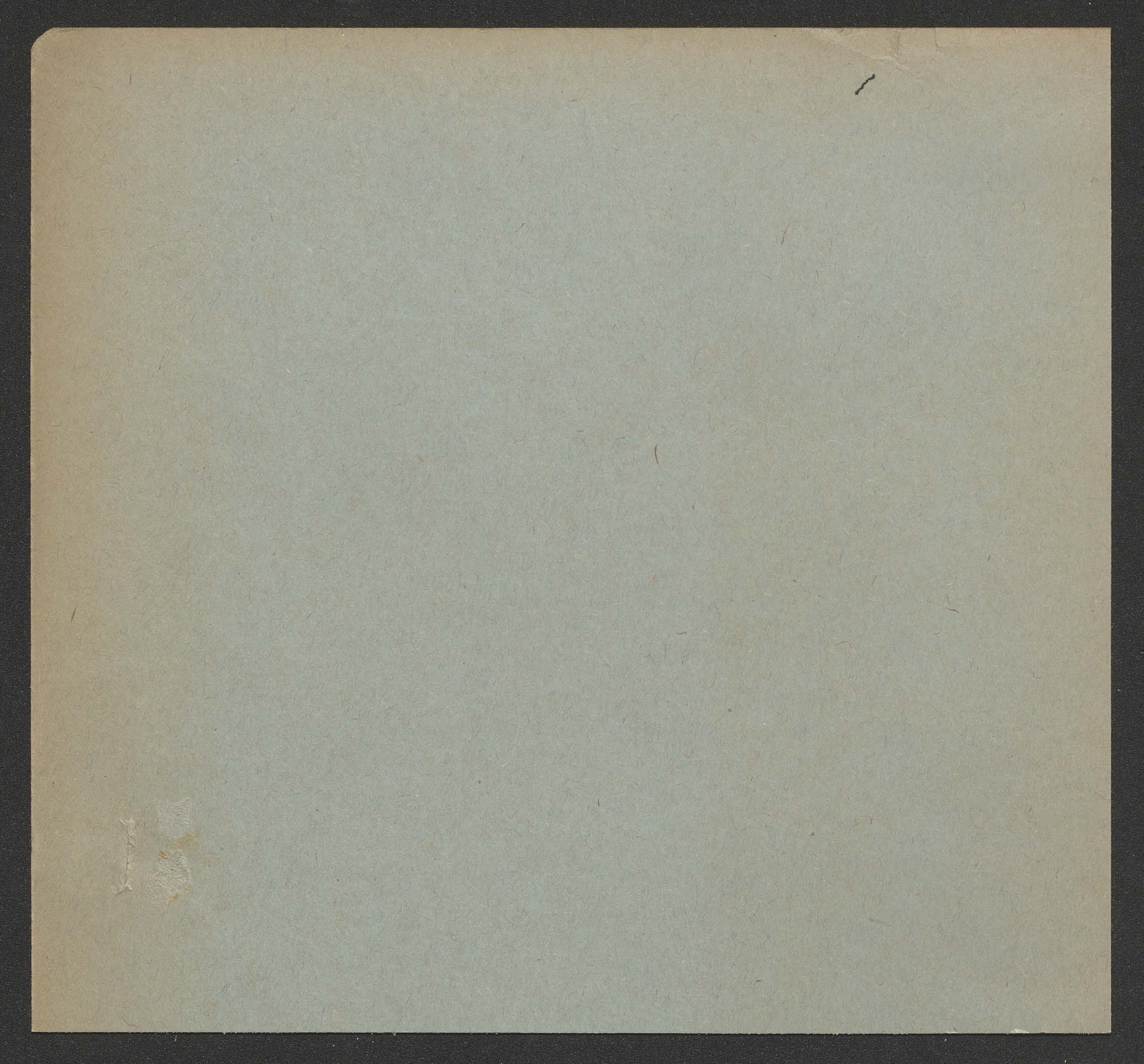




Materiały Michała Bobrzyńskiego do dziejów I wojny światowej

~~Sprawozdania z prasy niemieckiej~~

Sprawozdania J. Benescha 1917



J u l i u s   B e n e s c h ,
Herausgeber der "Deutsch-
böhmischen Korrespondenz"
Wien, I., Parlament.

Streng vertraulich !
Nur zur persönlichen
Information !

****

Wien, den 7 . Juli 1917.

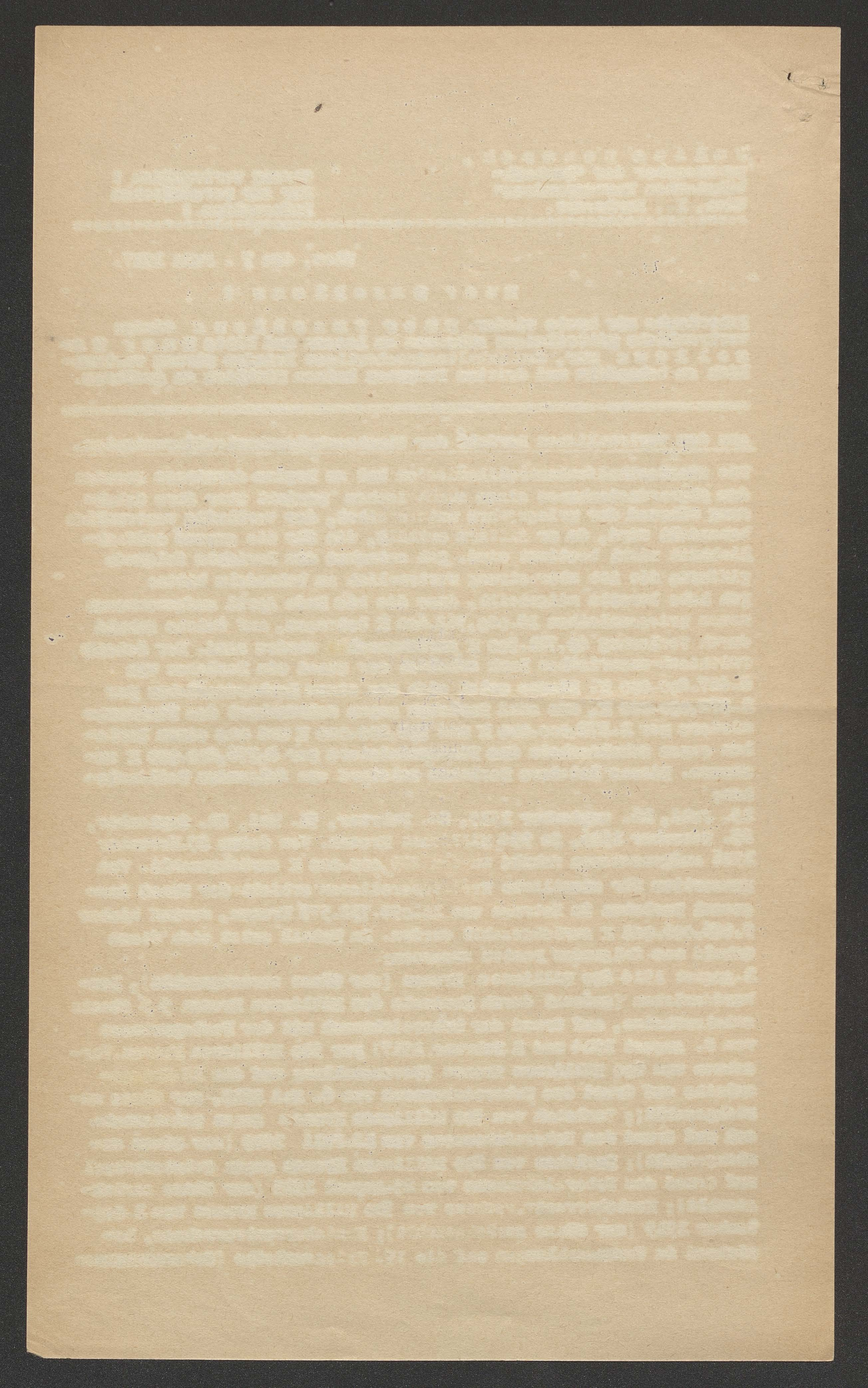
E u e r   E x z e l l e n z !

Icherlaube mir heute wieder E u e r E x z e l l e n z einige vertrauliche Mitteilungen zukommen zu lassen und bitte E u e r E x z e l l e n z nur, den Inhaltmeinesheutigen Briefes streng vertraulich zu behandeln und dritten Personen keinen Einblick zu gewähren.

===

Aus dem vertraulichen Bericht der Staatsschuldenkontrollkommission.

Die Staatsschuldenkontrollkomission hat zu Beginn dernneuen Session dem Abgeordnetenhause einen summarischen Bericht über ihre Gebahrung während der Kriegsjahre unterbreitet, der vorläufig vertraulich behandelt wird, da er Ziffern enthält, die für die grosse Oeffentlichkeit nicht bestimmt sind. Ich entnehme dem Berichte folgende Ziffern; die ich aber streng vertraulich zu behandeln bitte:
Ich habe bereits mitgeteilt, dass die bis Ende April aufgenommenen neuen Kriegsanleihen 18.080,362.600 K betragen, auf welche Schuld durch Verlosung 40,721.300 K zurückgezahlt worden sind. Der österreichisch-ungarischen Bank schuldet der Staat ein Darlehen von 8.487.800.000 K. Dieses setzt sich aus einem Lombarddarlehen per 1.272,000.000 K, aus zwei Darlehen gegen Solawechsel des Finanzministers per 1.272,000.000 K und 508,800.000 K und aus einem Darlehen gegen Schuldschein des Finanzministers per 8.776,800.000 K zusammen. Dieses letztere Darlehen entstand aus folgenden Teildarlehen:
15. Juli, 16. September 1915, 24. Februar, 31. Mai, 21. September, 23. November 1916, je 954 Millionen Kronen. Von deram 23.November 1916 aufgenommenen Schuld wurden 289,000.000 K zurückgezahlt. Vom Konsortium für staatliche Kreditoperationen erhielt der Staat insgesamt Darlehen im Betrage von 15.098.758.575 Kronen, worauf bisher 9.826.006.001 K zurückgezahlt wurden. Im Detail setzt sich diese Schuld aus folgenden Posten zusammen:
1.August 1914 200 Millionen Kronen (zur Gänze zurückgezahlt), Lombarddarlehen (gedeckt durch Nominale 600 Millionen Kronen 5 % Staatsschatzscheine, auf Grund der Uebereinkommen mit der Postsparkasse vom 8. August 1914 und 1.Februar 1917) per 510 Millionen Kronen, Vorschuss von 600 Millionen Kronen (Vorauszahlung auf die II.Kriegsanleihe auf Grund des Uebereinkommens vom 6. Mai 1915, zur Gänze zurückgezahlt(; Darlehen von 300 Millionen Kronen gegen Schatzwechsel auf Grund des Uebereinkommens vom 12.Juli 1915 (zur Gänze zurückgezahlt); Darlehen von 200 Millionen Kronen gegen Schatzwechsel auf Grund des Uebereinkommens vom 23.August 1915 (zur Gänze zurückgezahlt); Kontokorrentvorschuss von 300 Millionen Kronen vom 1.September 1915 (zur Gänze zurückgezahlt); Kontokorrentvorschuss, bestehend in Vorauszahlungen auf die IV. Kriegsanleihe (Uebereinkommen



vom 19. Februar 1916) per 3.963,150.000 K (zurückgezahlt bis auf einen Betrag von 10,000.000 Millionen Kronen); Kontokorentvorschuss bestehend in Vorauszahlungen auf die V.Kriegsanleihe (Uebereinkommen vom 5. August 1916) per 4.098,000.000 K (zur Gänze zurückgezahlt); Kontokorrentvorschuss, bestehend in Vorauszahlungen auf die VI. Kriegsanleihe (Uebereinkommen vom 31.März 1917) per Kronen 4.927,008.575 (davon zurückgezahlt 174,256.001 K, daher Rest Kronen 4.752.752.573). Die Markdarlehen gegen Schatzwechsel betragen 2.168,018.916 K. Es sind Darlehen gegen einjährige, auf Mark lautende Schatzwechsel auf Grund von Uebereinkommen des Postsparkassenamtes und zwar:

1. bei einem von der Direktion der Diskontogesellschaft geführten Berliner Konsortium per 200,000.000 Mark im Kassenwerte von 235,200.000 K.

2. bei einem von der Deutschen Bank geführten Berliner Konsortium, aufgenommenen in der zeit vom 25. Juni 1915 bis 12. Jänner 1917 in folgenden Teilbeträgen. 180,000.000 Millionen Mark (Kassenwert 211,680.000 Kronen), 125,000.000 Millionen Mark (147,000.000 Mill. Kronen); 127.2 Millionen Mark (149,587.200 K): 254,4 Mill. Mark)299,174.400 K); 381.6 Millionen Mark (448.761.600 K); 19,080 Mill-Mark (22,438.080 K); 419,760 Mill. Mark (493,637,760 K), von welcher letzteren Post infolge Rückzahlung nur noch 292,560 Millionen Mark)344,050.560 K) aushaften.

Hieher gehört ferner ferner ein Darlehen zur Deckung des Markbedarfes der Kriegsgetreideverkehrsanstalt für die Bezahlung der österreichischen Bezüge an rumänischem Getreide (Uebereinkommen vom 15. April 1916) per 180 Millionen Mark = 211,680.000 K; ferner ein Darlehen zur Deckung von Zahlungen, welche seitens der deutschen Reichsregierung für Rechnung der Monarchie vorschussweise bestritten wurde. (Abmachungen vom 20.Dezember 1915) per 83,713.500 Mark = 98.447.076 K.

Das sogenannte Tabaksanlehen beträgt 38,291.200 K. Dieses Darlehen beruht auf der Begebung von 5 % auf ausländische Währung lautenden Staatsschatzscheinen und zwar:

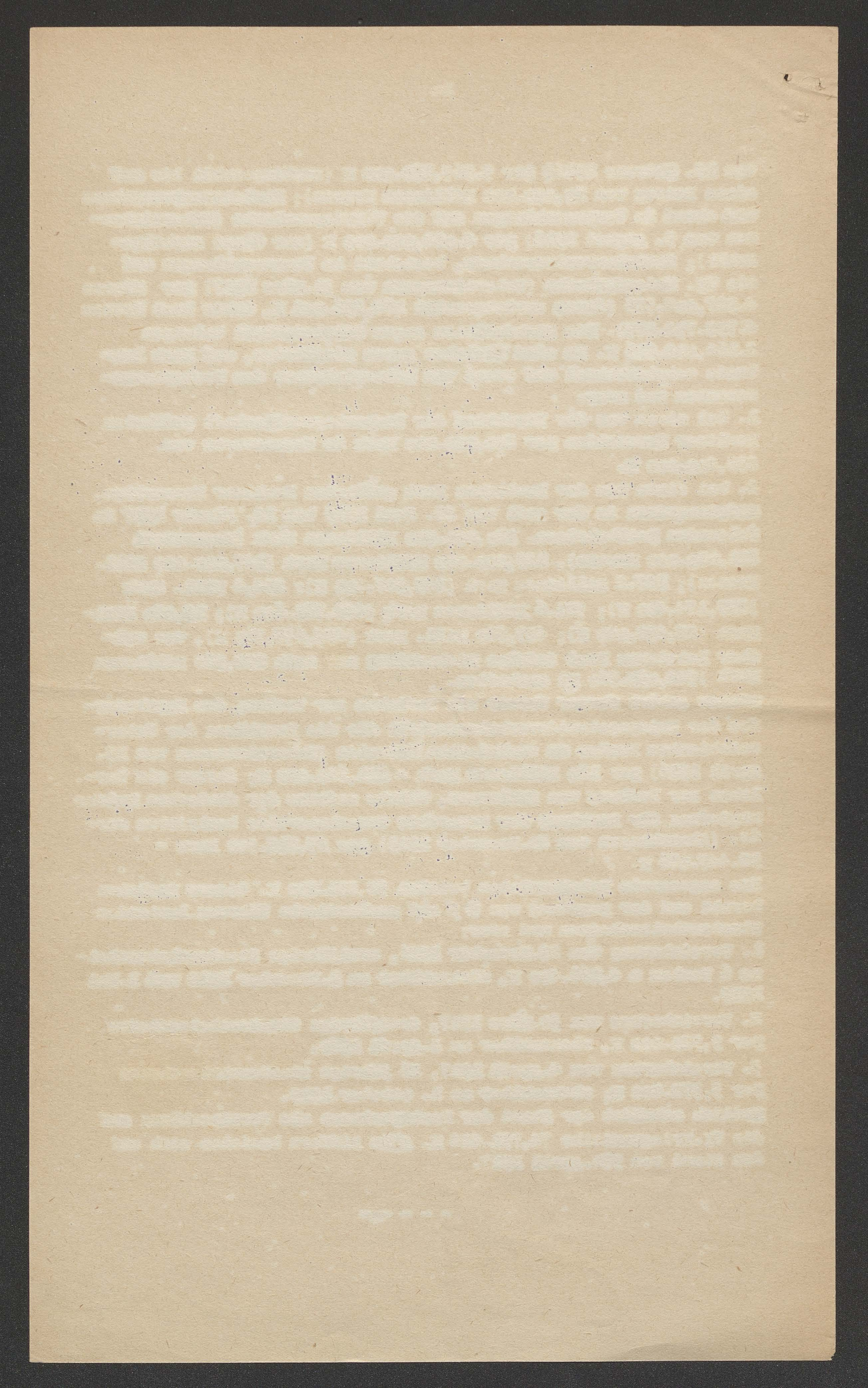
1. Vereinbarung vom 23.November 1916, zweijährige Staatsschatzscheine 6 Posten a 4,166.400 K, rückzahlbar am 1.Dezember 1918 und 1.Mai 1919.

2. Vereinbarung vom 30.März 1917, dreijährige Staatsschatzscheine per 9,920.000 K, rückzahlbar am 1.April 1920.

3. Vereinbarung vom 4.April 1917, 2½ jährige Staatsschatzscheine per 3,372.800 K; rückzahlbar am 1. Oktober 1919.

Endlich schuldet der Staat der Postsparkasse als Voreinzahlung auf die VI.Kriegsanleihe 74,991.424 K. Alle Ziffern beziehen sich auf den Stand vom 930.April 1917.

- - - - -

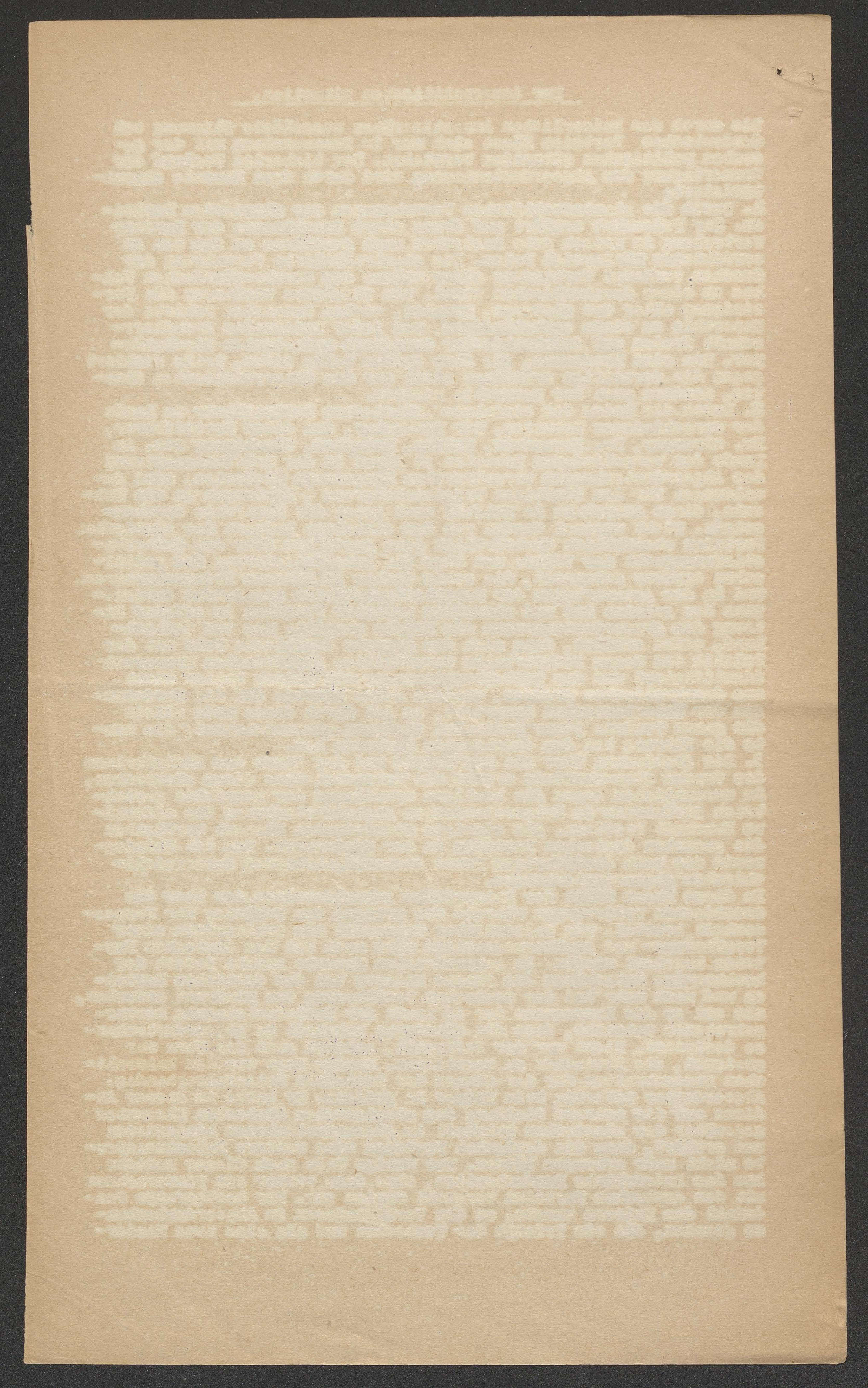


Zur innerpolitischen Situation.

Die durch den kaiserlichen Amnestieerlass ausgelöste Stimmung bei dendeutschen Parteien lässt sich nur im Zusammenhang mit der gesamten politischen Situation verstehen. Der bisherige Verlauf der Sommertagung des Abgeordnetenhauses wird durch drei Momente charakterisiert:

1. Durch die staatsrechtlichen Verwahrungen der slavischen Parteien. Der Polenklub erklärt auf Grund eines Beschlusses der Landesvertretung in Krakau sein Bestreben nach Anschluss an das neu zu errichtende Königreich Polen. Die staatrechtliche Verwahrung der Czechen verlangt Verbindung aller Stämme des czecho-slawischen Volkes zu einem demokratischen Staat. Die Südslawen verlangen die Vereinigung aller von Slowenen, Kroaten, Serben bewohnten Gebiete der Monarchie zu einem selbständigen, von jeder nationalen Fremdherrschaft freien auf demokratischer Grundlage aufgebauten Staatskörper. Das sind Programme, die ihre Spitze teils offen, teils maskiert gegen die derzeitige Grundlage nicht nur des österreichischen Staates, sondern auch der Monarchie richten.
2. Durch die Reden der einzelnen slawischen Parteiführer im Laufe der verschiedenen Debatten. Der Kommentar, den diese Parteiführer, Dr. Stransky, Dr. Koroschec, Kalina, Praschek, Glombinsky etc. im Laufe der verschiedenen Debatten zu ihren in der Eröffnungssitzung des Abgeordnetenhauses vorgebrachten Programmen lieferten, sind Anmeldungen für den künftigen Friedenskongress , Mahnungen an die Entente, diese Ansprüche im Notfall auch gegen die Monarchie durchzusetzen. Nicht umsonst werden von den einzelnen Rednern der slavischen Parteien absichtlich wortwörtlich jene Ausdrücke über das Selbstbestimmungsrecht der Völker und über die Demokratisierung des politischen Systems gebraucht, die schon vorher in Wilsons Friedensprogramm und in den Aeusserungen der Ententestaatsmänner angewendet wurden.- Wenn der geheime Rat und ehemalige Minister Praschek in offener Sitzung des Abgeordnetenhauses die Parole ausgibt: Los von Deutschland, offen erklärt, dass sich das gesamte czechische Volk mit der Politik des wegen Hochverrates verurteilten Abgeordneten Kramarsch identifiziert und das Selbstbestimmungsrecht seiner Nation nicht aus demokratischen Gründen, sondern unter Hinweis auf die Forderungen der Ententestaaten anspricht, so ist durch diese Rede allein die ganze Tendenz jener radikalen Strömung gekennzeichnet, die heute die Führung bei den czechischen Parteien hat.
3. Die Abstimmung über die lex Franta und der Sturz des Ministeriums des Grafen Clam-Martinic ergibt die Tatsache, dass diese slawischen, im wesentlichen gegen die heutigen Grundlagen der Monarchie gerichteten Strömungen im österreichischen Abgeordnetenhause die effektive Mehrheit besitzen. Als einziges staatstreues Element verbleiben die gesamten deutschen Parteien in der Minderheit. Das ist Phisiognomie des nach dreijähriger Pause zusammengetretenen österreichichischen Abgeordnetenhauses.

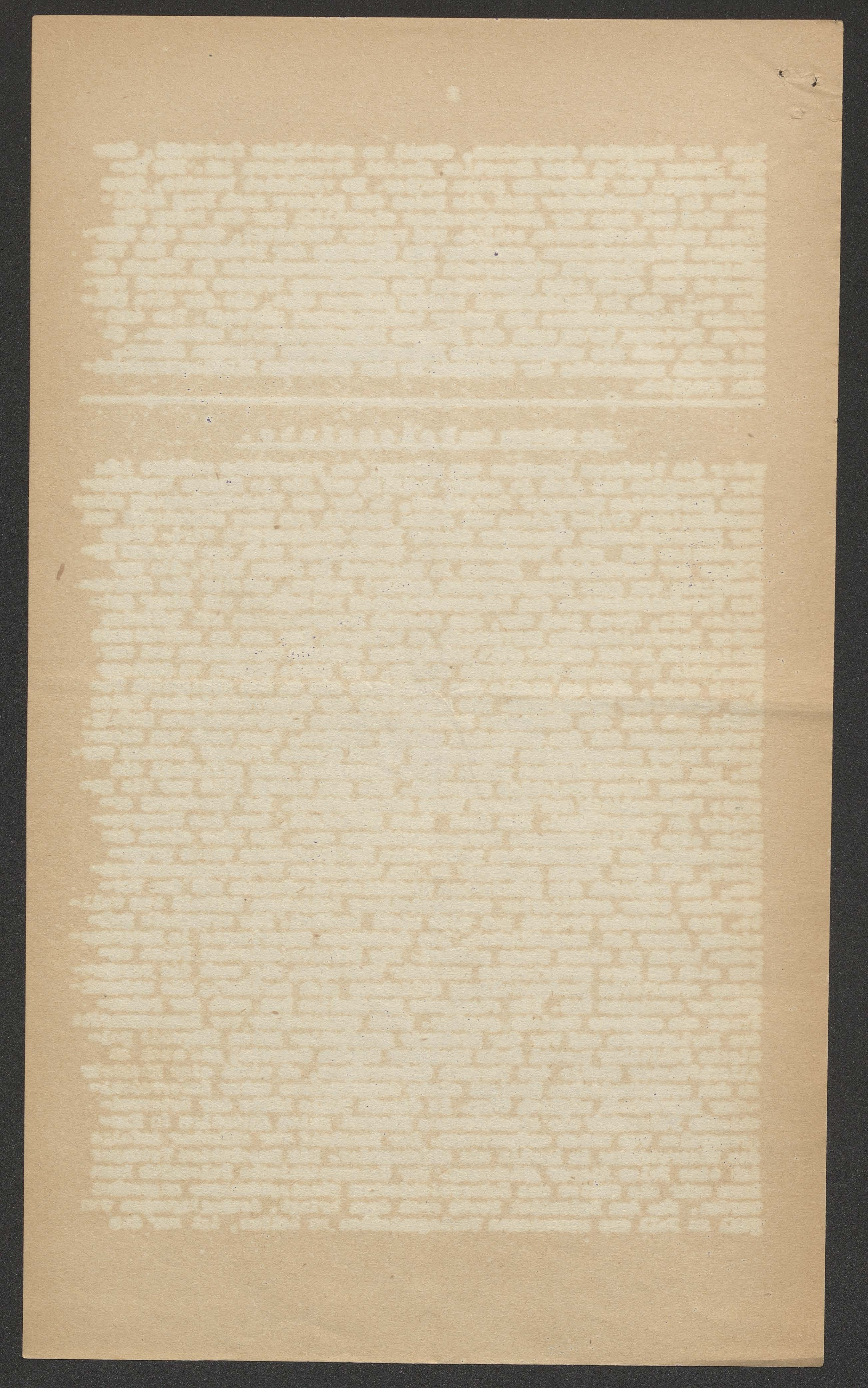
In diese Phase fällt der kaiserliche Amnestieerlass,der über die czechischen Verirrungen während des Krieges den Schleier der Vergessenheit breitet. Ein kaiserlicher Gnadenakt als Schlusstein einer Versöhnungs- und Annäherungsaktion wäre auch von den deutschen Parteien begrüsst worden. Im gegenwärtigen Momente musste jedoch der hochherzige Entschluss des jungen Kaisers bei den deutschen Parteien und noch mehr bei der deutschen Bevölkerung den Eindruck erwecken, als sei er die Konsequenz der im Laufe der Parlamentstagung hervorgetretenen Tatsache, dass die slawische Mehrheit im Abgeordnetenhause dominiert. Nicht nur der Zeitpunkt, sondern auch die Form war geeignet, die Deutschen zu verstimmen. Wenige Tage vor dem kaiserlichen Handschreiben war der Obmann der Deutschen Nationalverbandes, Abgeordneter Dobernig beim Kaiser in Audienz. Er hatte in dieser Audienz auf die schwere Stellung des staatstreuen deutschen Elementes gegenüber der slavischen Mehrheit im Abgeordnetenhause hingewiesen und erklärt, dass die deutschen Parteien eine weitere Belastungsprobe nicht mehr ertragen können. Nur wenige Tage nach dieser Audienz kam das kaiserliche Handschreiben, ohne dass vorher ein Einvernehmen mit den deutschen Parteien versucht worden war. Der hochherzige Gnadenakt des Kaisers musste, an den Verhältnissen im Abgeordnetenhause gemssen, als ein Triumph der Tschechen und als eine neue Nieder-



lage der Deutschen erscheinen, obwohl es zweifellos feststeht, dass dem Kaiser selbst eine derartige Absicht ferngelegen ist. Die Befürchtungen der Deutschen gehen weiter. Es verlautet bereits, dass schon in allernächster Zeit die Reise des Kaisers nach Prag erfolgen wird und dass der Amnestieerlass eigentlich nur den Boden für diese Reise vorbereiten sollte. Und weiter verlautet, dass als abermaliges Entgegenkommen gegenüber den Wünschen der Tschechen die vom Ministerium Bienerth eingesetzte Verwaltungskommission in Böhmen abgesetzt und durch eine Kommission aus autonomen Organen ersetzt werden soll, die in Wirklichkeit nichts anderes wäre, als der alte böhmische Landesausschuss mit seiner tschechischen Mehrheit. Die deutschen Parteien haben auch die jüngste Belastungsprobe ertragen. Ob sie auch noch die zuerwartenden Belastungsproben ertragen können, erscheint angesichts der Stimmung in den deutschen Bevölkerungskreisen fraglich.

Die Haltung des P o l e n k l u b s .

Ueber die tieferen Ursachen der Haltung des Polenklubs erfahre ich: Der Polenklub hat sich in seiner Politik auf die in Krakau beschlossene Resolution Tetmayer festgelegt, in der die Wiedererlangung eines unabhängigen freien Polens mit einem Zutritt zum Meer angestrebt und der internationale Charakter dieser Frage festgestellt wird. Diese Resolution hat eine Vorgeschichte. Unmittelbar nach den grossen Erfolgen der verbündeten Armeen in Russland im Jahre 1915, die zur Besetzung von ganz Kongresspolen geführt hatten, setzten die führenden Persönlichkeiten des österreichischen Polenklubs mit einer Agitation ein, deren Ziel war, das gesamte Kongresspolen mit Galizien unter österreichische Herrschaft zu bringen. Das neu zu errichtende Königreich Polen sollte alle polnischen Gebiete vereinigen und zur Monarchie im selben Verhältnis stehen, wie heute Ungarn zu Oesterreich steht, also an Stelle des Dualismus ein um das Königreich Polen vermehrter Trialismus. Die Agitation der österreichischen Polen hatte auch bei den führenden Persönlichkeiten Kongresspolens Erfolg. Verhandlungen mit dem Deutschen Reiche ergaben, dass auch von dieser Seite keine prinzipielle Einwendung gegen dieses Projekt erhoben wurde. Den österreichischen Polen wurde daraufhin auch offiziell die Ausführung ihres Projektes zugesagt. Bis zum Herbst 1916 war die gesamte Polenpolitik auf diesen Kurs eingerichtet. Der Umschwung erfolgte in Deutschland. Man fand dort plötzlich, dass aus Kongresspolen eine Millionenarmee herauszuschlagen war. Die Idee eines den Zentralmächten freundlichen polnischen Pufferstaates wurde propagiert. Sie fand ihren Ausdruck in dem bekannten Novemberhandschreiben, das zugleich den polnischen Einheitsbestrebungen mit dem Versprechen einer erweiterten Sonderstellung Galiziens Einhalt tun wollte. Das deutsche Projekt hat sich nicht bewährt. Die erwartete polnische Armee ist ausgeblieben. Die deutschen Experimente in Kongresspolen haben zu einem Chaos geführt. Die österreichischen Polen sahen sich um ihre Erwartungen umsomehr betrogen, als auch die versprochene erweiterte Sonderstellung Galiziens sich vorläufig als undurchführbar erwiesen hat. Die russische Revolution hat auch der Polenfrage ein anderes Gesicht gegeben. Noch unmittelbar vor Zusammentritt des Parlamentes und vor der Krakauer Resolution haben führende polnische Politiker sowohl beim Minister Grafen Czernin, als auch an Allerhöchster Stelle den Versuch unternommen, ob nicht eine Rückkehr zu dem ursprünglichen Projekt eines Gesamtpolens unter österreichischer Herrschaft möglich wäre. In diesem Falle hätte der österreichische Polenklub als staatstreues Element seine Agitation in Kongresspolen von neuem aufgenommen. Der Bescheid war offenbar infolge des Widerstandes in Berlin ein ablehnender. Die Resolution Tetmayer ist eine Folge dieser Ablehnung. Der österreichische Polenklub kann kaum mehr als Stütze des österreichischen Staatsgedankens angesehen werden. Was den Polenklub heute noch dazu bringt, denRegierungen von Fall zu Fall aus momentanen Verlegenheiten zu helfen, ist nur das

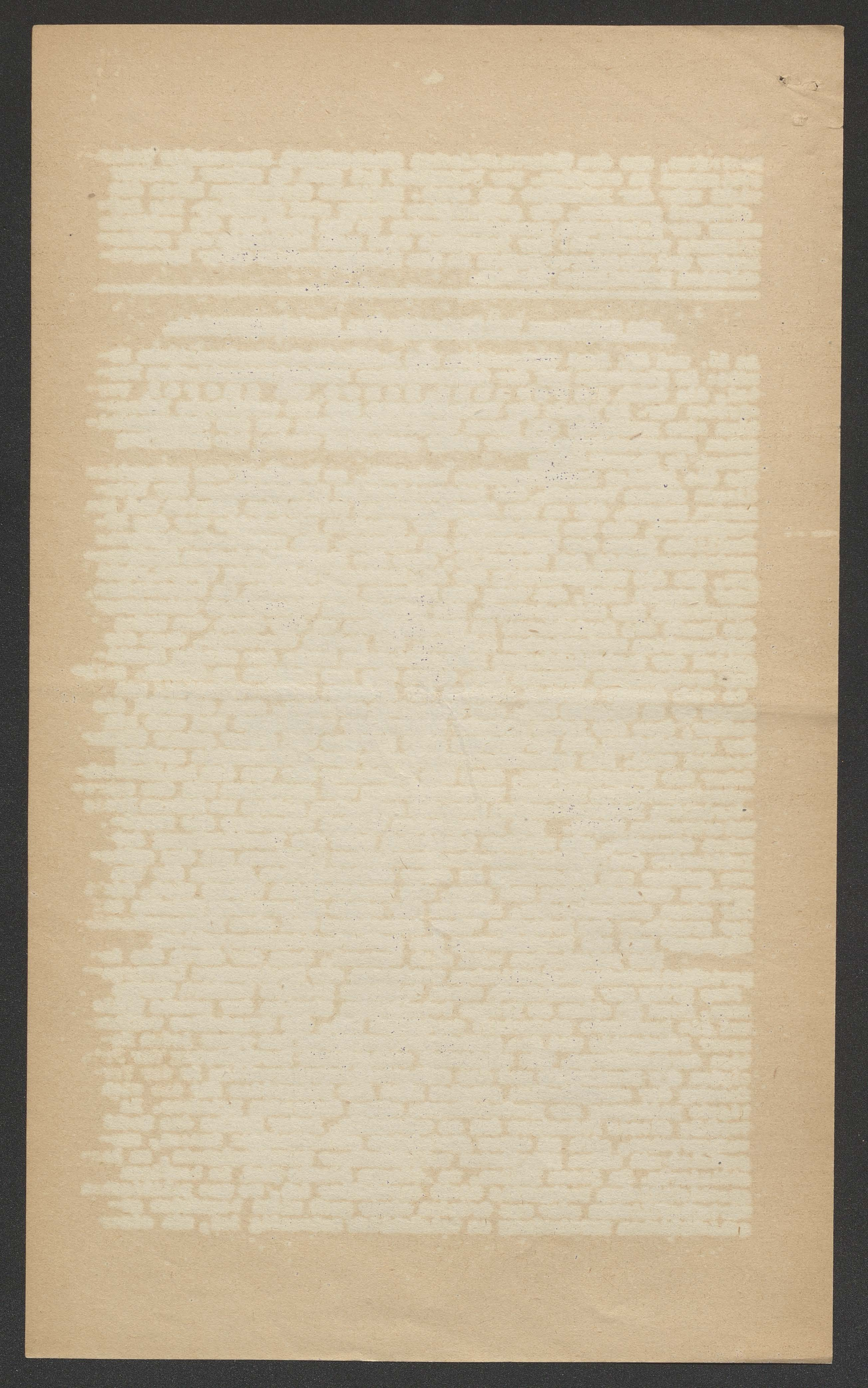


Bestreben, aus dem österreichischen Staatssäckel finanzielle Unterstützungen zu erhalten. Der Polenklub ist auch in seiner Struktur nicht mehr der Polenklub von einst. Radikale Strömungen haben die Oberhand gewonnen, die gemässigten Führer sind machtlos. Die Aufnahme der polnischen Sozialdemokraten in den Klub hat die radikale Stimmung verschärft. Der Polenklub wird auch weiterhin ein schwankender und unsicherer Posten in den Rechenexempeln aller österreichischen Regierungen bleiben.

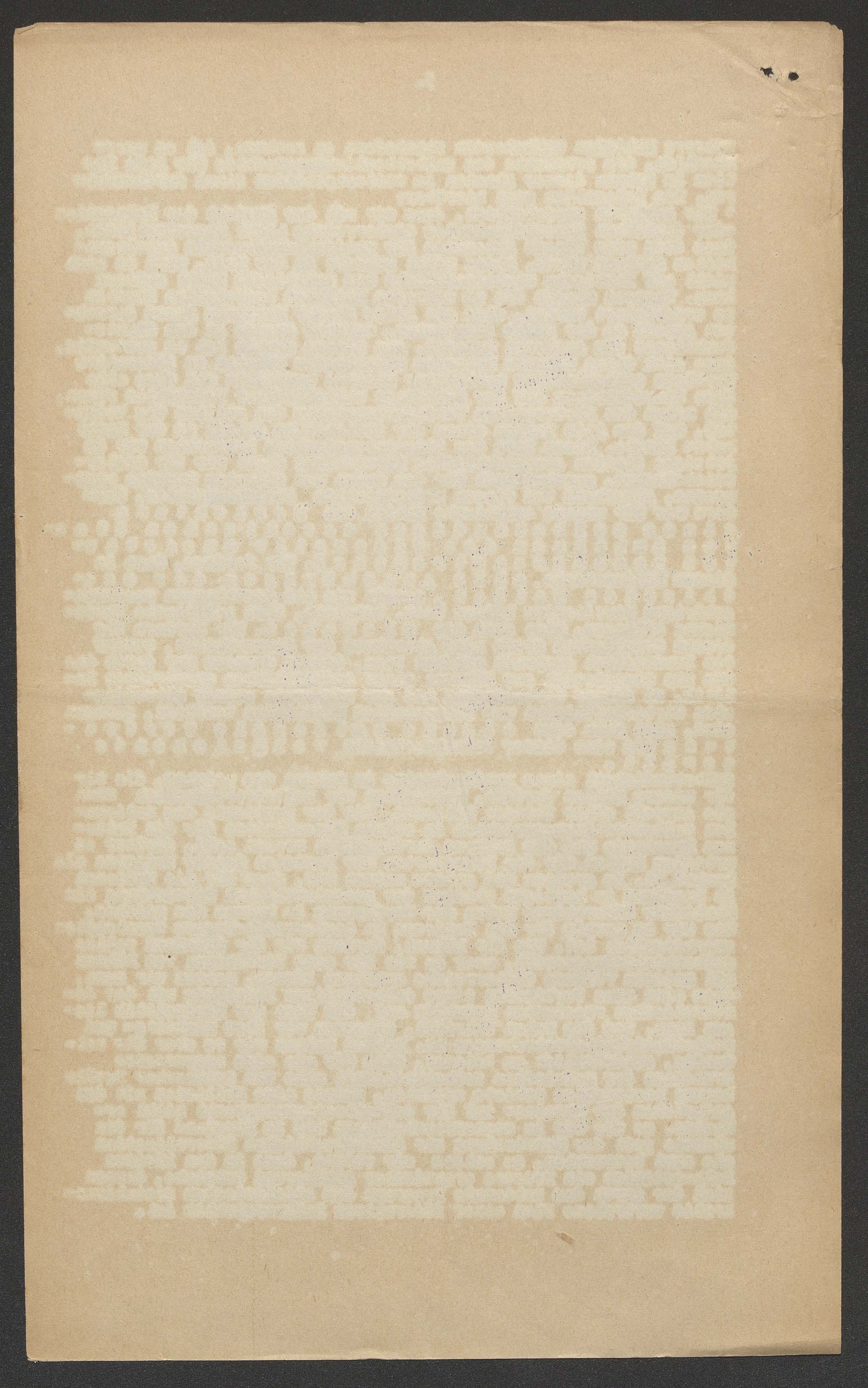
Die Erklärung der tschechischen Sozialdemokratie.

Am 26. und 27. Juni verhandelte das holländisch-skandinavische Komitee in Stockholm mit der tschechischen sozialdemokratischen Partei, die durch H a b e r m a n n, N e m e c und S m e r a l vertreten war. Im Laufe der Verhandlungen gab die czechische Delegation eine Erklärung ab, deren Veröffentlichung von den österreichischen Zensurbehörden bisher nicht gestattet wurde. Die Erklärung besagt im Wesentlichen:
Was die jetzige Friedensaktion betrifft, so begrüsst die Delegation diesen ersten Versuch, die internationalen Verhandlungen der brennenden Fragen, die zu dem fürchterlichen Weltkriege führten und ihn verlängern, aus dem Halbdunkel der geheimen Diplomatie vor das öffentliche Forum der Demokratie zu bringen. Die czechisch-slawische Sozialdemokratie ist überzeugt, dass die kapitalistischen Regierungen, die die Verantwortung für den heutigen Weltkrieg tragen, nicht mehr imstande sind, den Gang des Krieges vollständig zu beherrschen, eventuell ihn einzustellen. Die Delegation überschätzt keineswegs die Kraft des Sozialismus im Verhältnisse zu den durch den Krieg entfesselten mechanischen Kräften, ist jedoch überzeugt, dass die Aktion der sozialistischen Internationale heute der einzig fruchtbar erscheinende Versuch ist, einen Weg zum Frieden zu finden. Sollte sich dieser Versuch infolge der grossen Schwierigkeiten, mit denen er zu kämpfen hat, als ungangbar erweisen, dann entsteht die Gefahr, dass der Krieg beinahe unabsehbar verlängert und erst mit der Erschöpfung und Verblutung ganz Europas und aller seiner Völker beendet wird. Die tschechisch-slawische Sozialdemokratie spricht daher die Erwartung aus, dass die Fortdauer der von dem holländisch-skandinavischen Komitee veranstalteten und gemeinsam mit dem Sekretariat des Internationalen Bureaus geführten Aktion um keinen Preis unterbrochen werde. Die Delegierten bitten besonders die russischen Genossen, sie möchten tunlichst bald die Verschmelzung der Initiative des holländisch-skandinavischen Komitees mit dem späteren Antrage aus Petersburg zu einer einheitlichen Aktion für den Frieden verwirklichen und zwar, wie ausdrücklich betont wird, nicht für einen Sonderfrieden, sondern für einen allgemeinen Frieden auf der Grundlage des Prinzips "Ohne Annexionen und ohne Kriegsentschädigungen" und mit Durchführung des Selbstbestimmungsrechtes.

Die Delegierten sind sich bewusst, dass der durch die imperialistisch-kapitalistischen Tendenzen der Regierungen hervorgerufene Krieg nur dann durch einen baldigen Frieden beendet werden kann, wenn in allen am Kriege beteiligten Staaten der ernste Wille und die bestimmte Sicherheit vorhanden ist, die Grundsätze vollkommener Demokratie und des Selbstbestimmungsrechtes einer jeden Nation durchzuführen. Die möglichst weitgehende Durchführung der Prinzipien der Demokratie und des Selbstbestimmungsrechtes in der Verfassung der europäischen Staaten hält die Delegation für die wichtigste Bedingung zur Herbeiführung eines dauernden Friedens. In Verfolg dieses Prinzipes ist es notwendig, jeder Nation das Recht zuzusprechen, sich zu einem geeinigten selbständigen Ganzen, ausgerüstet mit allen Attributen vollständiger Unabhängigkeit, zu konstituieren. In jenen Fällen, wo dieses ideale Ziel im heutigen geschichtlichen Zeitpunkte nicht erreichbar ist, wo aus politischen wirtschaftlichen oder aus Gründen einer noch nicht beendeten geschichtlichen Entwicklung es tatsächlich notwendig ist, mit einer



mehrere Nationen umfassenden Staatsform zu rechnen, ist es unerlässlich, den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes für jede Nation im Rahmen dieser Staaten im weitestgehenden Sinne durchzuführen. Die Delegation sagt hierüber:
" Wir erklären ausdrücklich, dass wir mit der Ansicht der Delegation -der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs nicht übereinstimmen, dass dazu eine blosse Autonomie für national-kulturelle Angelegenheiten genügen würde. Jedes Recht schwebt in der Luft, wenn es sich nicht auf faktische wirtschaftliche und politische Macht stützen kann. Dagegen müssen die aus mehreren Nationen bestehenden Staaten so organisiert werden, dass sie jeder dieser Nationen jenen gerechten Anteil an der Macht zugestehen, welcher gerade in den Staatsfunktionen zum Ausdruck gelangt. Aus diesem Grunde ist es notwendig, dass sich diese mehrere Nationen umfassenden Staaten in föderative Verbände selbständiger nationaler Staaten umwandeln und dass alle ihre Einrichtungen auf der Grundlage vollständiger Demokratie ruhen, die neben dem förderativen Verfassungsausbau den zweiten Weg bedeutet, auf dem jede Nation einen ihr zustehenden Anteil an der Macht haben könnte. Diese Form der Staatsorganisation betrachten wir im jetzigen Stadium geschichtlicher Entwicklung nicht nur für Oesterreich-Ungarn, sondern auch für den Osten und Südosten Europas angemessen. Ausgehend von diesen prinzipiellen Gesichtspunkten, fordern wir für unsere czechische Nation die E r r i c h t u n g e i n e s s e l b s t ä n d i g e n c z e c h i s c h e n S t a a t e s im R a h m e n d e s f ö d e r a t i v a u s g e b a u t e n D o n a u g e s a m t r e i c h e s. Wir fordern, dass in diesem Bundesstaate a l l e A n g e h ö r i g e n d e r c z e c h i s c h e n N a t i o n , soweit sie ein geschlossen zusammengehöriges Territorium bilden bezw. bewohnen, ihre politische Vereinigung erlangen, also auch die S l o w a k e n. Wir fordern für diesen czechischen Staat alle Attribute der Souveränität, worauf ein Bundesstaat Anspruch erheben kann, dessen Grenzen nur durch das was das Gesamtreich zur Führung einer einheitlichen auswärtigen Politik, zu seiner Verteidigung und zur Sicherung seiner notwendigsten wirtschaftlichen und finanziellen Funktionen benötigt, gezogen sind, also auch eine e i g e n e n a t i o n a l e V e r t r e t u n g und eine dieser verantwortliche v o l l z i e h e n d e G e w a l t .
Selbständigkeit eines Bundesstaates im Rahmen des Reiches, die wir für unsere Nation fordern, betrachten wir selbstvertsändlich auch als Anrecht aller übrigen Nationen. Wie der Grundsatz des nationalen Selbstbestimmungsrechtes in seinen Einzelheiten für die Nationen Russlands und des Balkans durchgeführt werden soll, darüber zu urteilen halten wir die Delegierten der Parteien dieser Nationen als kompetent. Im grossen und ganzen meinen wir, dass für die Nationen in Russland im heutigen Stadium der geschichtlichen Entwicklung ein ähnlicher föderativer Umbau der Verfassung im Rahmen des Reiches, wie wir es gerade für die Nationen in Oesterreich-Ungarn beantragten zweckdienlich ist. Wie für Böhmen, fordern wir für Finnland volles Selbstbestimmungsrecht, aber so wie wir eine Verbindung von Böhmen mit anderen Völkern Oesterreichs annehmen können, meinen wir auch, dass eine neue Verbindung eines selbständigen Finnlands mit der demokratischen russischen Republik auf dem Wege der Realpolitik liegen kann. Was die Polen betrifft, erkennen wir ihre Einheits- und Selbständigkeitsbestrebungen an. Hiebei halten wir es aber für notwendig, ausdrücklich zu betonen, dass wir als eine angemessene Grundlage der polnischen Selbständigkeit alle von polnischer Bevölkerung besiedelten Gebiete erachten, sodass eine Kollision mit den Ansprüchen der Ukrainer auf ihr Selbstbestimmungsrecht nicht erwachse. So wie wir in Oesterreich-Ungarn und in Russland für die nächste Zeit der Entwicklung zur innerstaatlichen Föderalisation als akut betrachten, so setzen wir voraus, dass in den kleinen Balkanstaaten ein Prozess organischer Annäherung entstehe, dessen Ziel der durch das nationale Programm der südslawischen Sozialdemokratie vertretene Plan einer föderativen Balkanrepublik ist.



Wir schliessen uns weiter der Forderung der ukrainischen Delegierten an, dass bei dem zu errichtenden internationalen Schiedsgerichte ein besonderer Ausschuss zum Schutze der Rechte der Nationen errichtet wird. Jede Nation, die sich in ihren Rechten durch eine andere Nation oder einen anderen Staat, dem sie angehört, beeinträchtigt fühlt, steht das Recht zu, diesem Ausschusse ihre Beschwerden vorzulegen und eine internationale Intervention anzurufen. Soweit es sich um andere auf der Konferenz besprochene Fragen handelt, insbesondere um Fragen der zukünftigen internationalen Rechtsordnung, der allgemeinen Abrüstung, der Errichtung von internationalen Schiedsgerichten, um die Freiheit der Meere, Ablehnung eines allgemeinen wirtschaftlichen Kampfes nach dem Kriege, sowie um wirtschaftliche und politische Fragen, schliesst sich die czechische Delegation den Anregungen aus früheren Konferenzen des Komitees mit den Vertretern anderer Nationen an.

H a b e r m a n n , N e m e c , S m e r a l ."

==

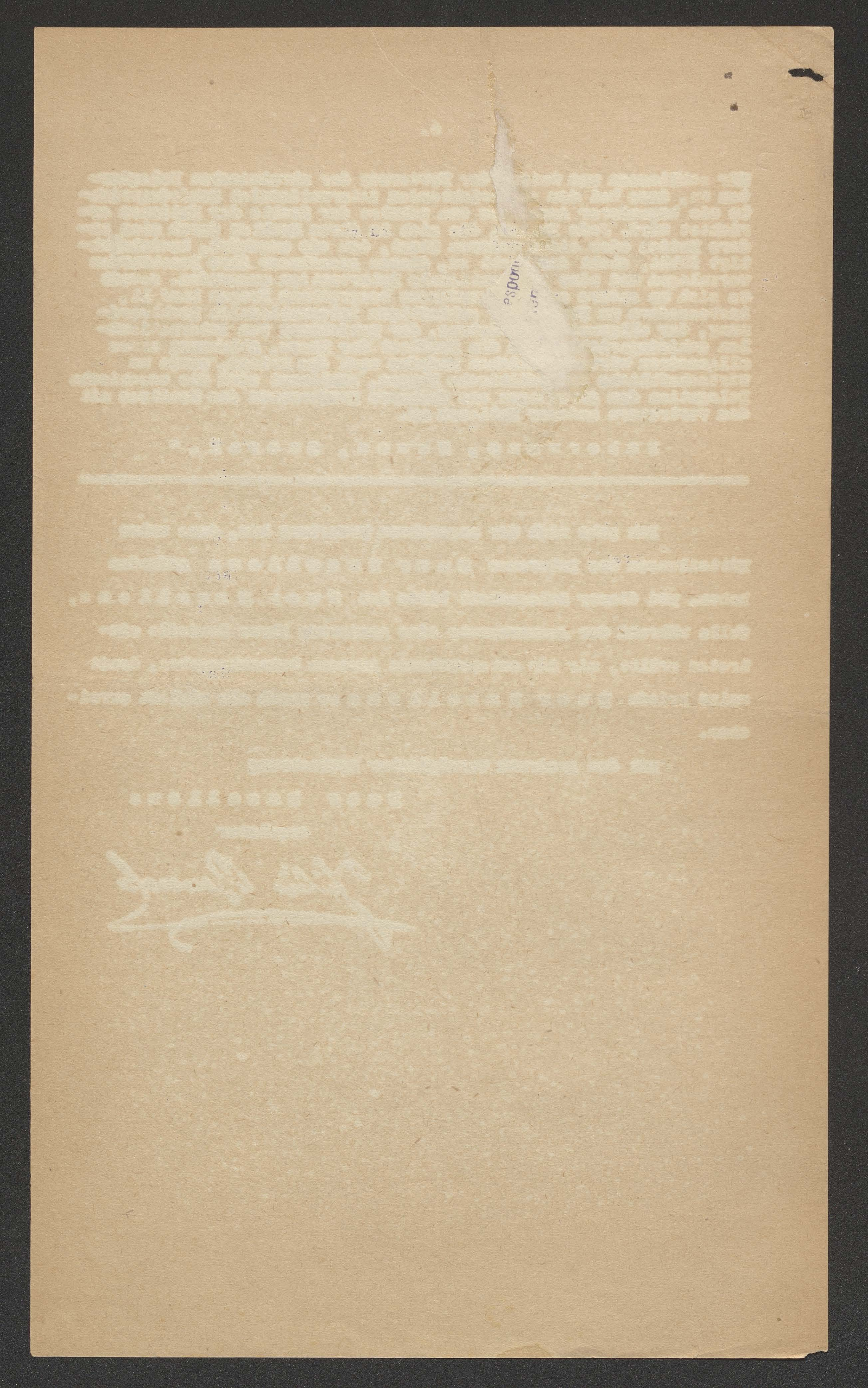
Ich gebe mich der angenehmen Erwartung hin, dass meine Mitteilungen das Interesse E u e r E x z e l l e n z gefunden haben. Bei dieser Gelegenheit bitte ich E u e r E x z e l l e n z , falls während der Sommermonate eine Aenderung Ihres Domizils eintreten sollte, mir die entsprechende Adresse bekanntzugeben, damit meine Briefe E u e r E x z e l l e n z so rasch als möglich erreichen.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung

E u e r E x z e l l e n z

ergebener

Julius Reinsch



Julius B e n e s c h,
Herausgeber der Deutsch-
böhmischen Korrespondenz
Wien I., Parlament.

Streng vertraulich !
Nur zur persönlichen Information !!.

****

Wien, den 16.Juli 1917.

E u e r E x z e l l e n z !

Ich erlaube mir E u e r E x z e l l e n z heute wieder einige Vertrauliche Mitteilungen zukommen zu lassen und knüpfe daran nur die Bitte, meinen heutigen Brief streng vertraulich zu behandeln und dritten Personen keinen Einblick zu gewähren.

* * *
*

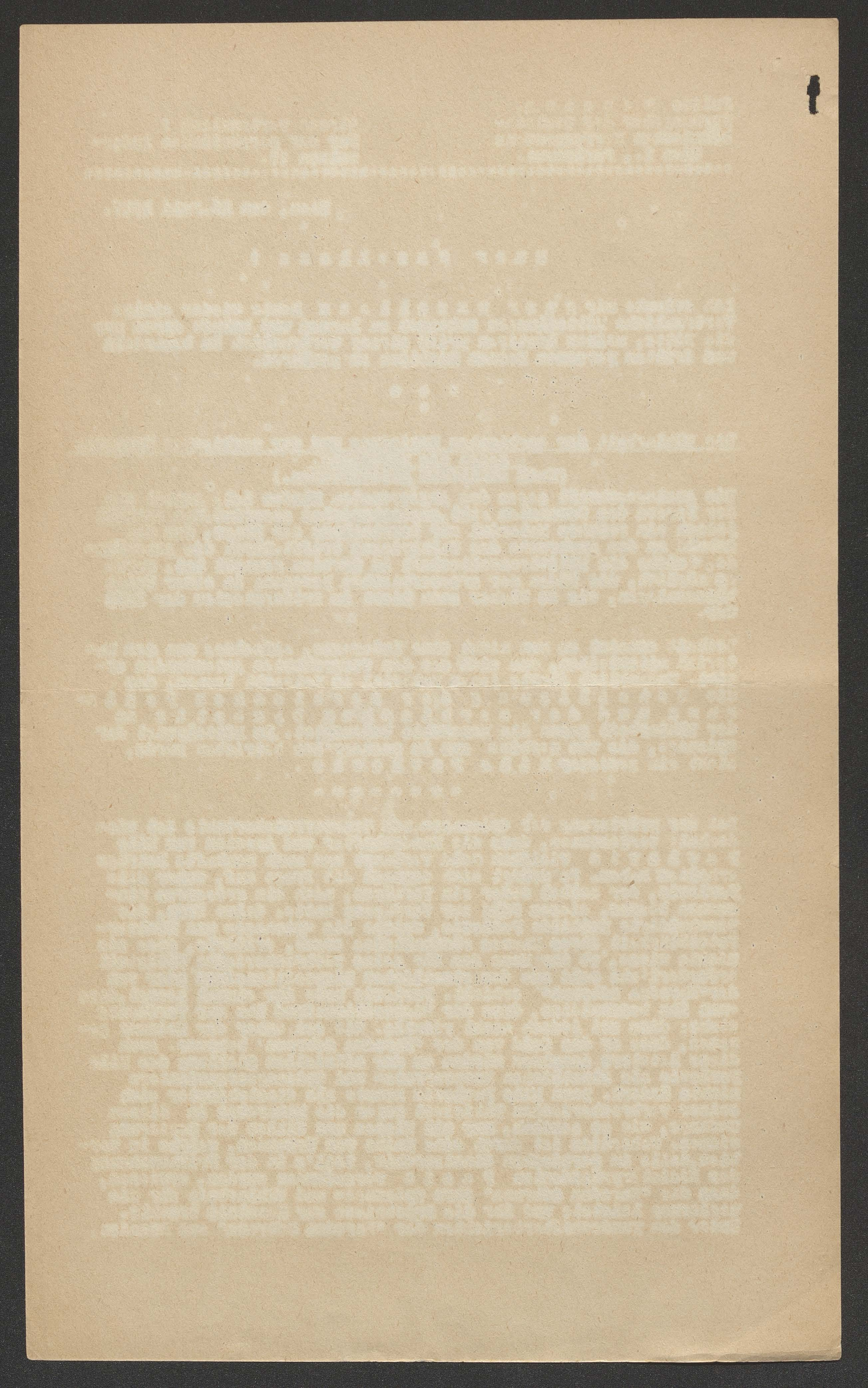
Die Wühlarbeit der serbischen Regierung und der serbischen Dynastie gegen die Monarchie.
(Nach amtlichen Aktenstücken.)

Die Anklageschrift gegen den Abgeordneten Klofac ist, soweit sie der Person des Genannten gilt, gegenstandslos geworden. Sie enthält jedoch ein reiches Material zur Beurteilung der Frage, wem die Schuld an dem Ausbruche des Weltkrieges trifft. Durch die Aktenfunde, welche die Militäranwaltschaft in Serbien gemacht hat, wurde es möglich, die Fäden der grosserbischen Bewegung in einer Weise blosszulegen, wie es bisher auch nicht im Entferntesten der Fall war.

Deshalb scheint es nun nicht ohne Interesse, einzelnes aus dem Material mitzuteilen, das sich aus den vorerwähnten Aktenfunden ergibt. Namentlich dürfte jenes Material in Betracht kommen, das die B e t e i l i g u n g d e r s e r b i s c h e n R e g i e r u n g u n d d e r s e r b i s c h e n D y n a s t i e an der Wühlarbeit gegen die Monarchie beleuchtet. Im Mittelpunkt der Spionage, die von Serbien aus in Oesterreich betrieben wurde, steht ein gewisser M i l e P a v l o v i c .

\- - - - - - - -

Bei der Erörterung der Spionage- und Hochverratsberichte ist wiederholt vorgekommen, dass die Kundschafter und Agenten von Mile P a v l o v i c vielfach Geld verlangt und auch namhafte Beträge erhalten haben. Es drängt sich demnach die Frage auf, woher Mile Pavlovic, der selbst weder ein Vermögen, noch ein grösseres Einkommen besass, dieses Geld zur Verfügung hatte. Seine Frau, die Beschuldigte Mathilde Pavlovic, welche die Spionage- und Hochverratstätigkeit ihres Mannes rückhaltslos zugab, erklärte, dass sie nichts wisse, ob ihr Mann das für seine verbrecherische Tätigkeit erforderliche Geld aus dem staatlichen Dispositionsfond oder von der"Narodna Odbrana" erhielt. Pavlovic habe ihr einmal gesagt, dass -man ihn beschuldige, dass der Dispositionsfond ihm zur Verfügung stehe; dies sei jedoch nicht richtig. Sie sei daher der Meinung gewesen, dass er das Geld von der "Narodna Odbrana" bekomme. Auch diese letztere Annahmen würden an der offziellen Stellung des Mile Pavlovic als staatlichen Hochverrats- und Spionageorganisators nichts ändern. Denn Mile Pavlovic konnte als Staatsbeamter sich seiner verbrecherischen Tätigkeit gegen die Monarchie in diesem Umfange, wie es geschah, nur mit Wissen und Willen der Regierung widmen. Ueberdies ist durch eine Reihe von Urkunden, welche in Serbien, teils im serbischen Staatsarchiv, teil's in der Privatwohnung des Ministerpräsidenten P a s i c vorgefunden wurden, erwiesen, dass die "Narodna Odbrana" ihre Spionage- und Wühlarbeit für die Regierung leistete und ihr die Ergebnisse zur Kenntnis brachte. Unter den Kundschafterberichten der "Narodna Odbrana" aus Bosnien,



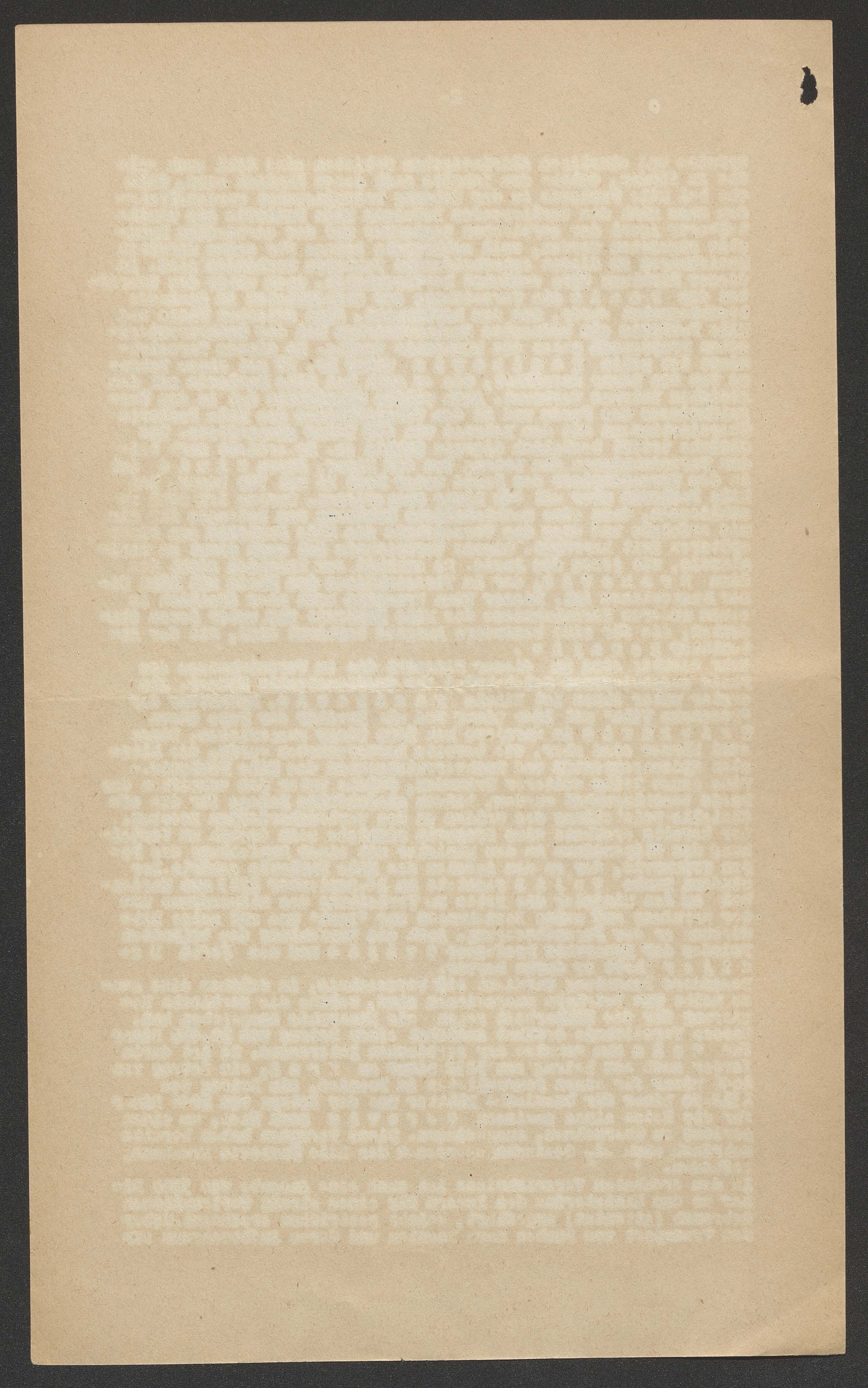
Syrmien und sonstigen südslavischen Gebieten sind wohl auch solche zu finden, welche dem Inhalte nach jenen ähnlich sind, welche bei Mile Pavlovic in der Wohnung beschlagnahmt wurden.Trotzdem muss nach den vorliegenden Beweisen Mile Pavlovic als unmittelbarer Agent der serbischen Regierung und der serbischen Dynastie angesehen werden, weil zahlreiche Belege für seine direkten Beziehungen zu diesen entscheidenden Faktoren vorhanden sind. In dieser Richtung wäre zunächst hervorzuheben, dass unter den Schriften des P a s i c ein Verzeichnis der Stipendisten im Auslande beschlagnahmt wurde, aus dem hervorgeht, dass zwischen Pasic und Mile Pavlovic ein bewusstes Zusammenwirken bei der hochverräterischen Propaganda gegen die Monarchie vorlag. In diesem Verzeichnisse ist Relja K a s i k o v i c unter Nr. 27 mit einem Betrage von 600 Dinar angeführt, wie er auch bei Mile Pavlovic mit dem gleichen Betrage vorkommt. Auch Veljko Cubrilovic ist in den Verzeichnissen des Pasic und in dem Verzeichnisse des Mile Pavlovic übereinstimmend mit dem Betrage von 432 Dinar ausgewiesen. Das Gleiche trifft bezüglich Gjorgje Sablic zu. Er erhielt nach beiden Verzeichnissen den Betrag von 432 Dinar. Jovan S i m i c ist in dem Verzeichnisse des Pasic unter Post 11 mit 720 Dinar, bei Mile Pavlovic aber mit 840 Dinar ausgewiesen. Daraus ist wohl zu schliessen, dass eine nachträgliche Erhöhung des Betrages für Simic erfolgte und dass das Verzeichnis des Mile Pavlovic aus einer späteren Zeit herrührt. Dieses Verzeichnis ist auch nicht so vollständig, wie jenes des Pasic. Es enthält zum Beispiel nicht den Sima E r a k o v i c, der im Verzeichnisse des Pasic mit 1200 Dinar ausgewiesen ist. Dieser Sima Erakovic komt aber freilich in einem anderen Verzeichnisse des Mile Pavlovic vor unter jenen Studenten, die für eine besondere Ausgabe bestimmt sind, wie der Attentäter Z e r a j i c .

Sehr wichtig sind in dieser Hinsicht die im Verzeichnisse des Pasic ausgewiesenen Geldbeträge für verdienstvolle Männer. Als erster unter ihnen ist Nikola K a s i k o v i c, Redakteur der "Bosanska Vila" mit 1440 Dinar und als Zweiter der Pope Steva T r i v k o v i c in Sarajevo mit 1800 Dinar ausgewiesen. Diese zwei Männer sind aber, wie bereits hervorgehoben wurde, die ältesten Spionageagenten und Hochverratsagenten des Mile Pavlovic.-

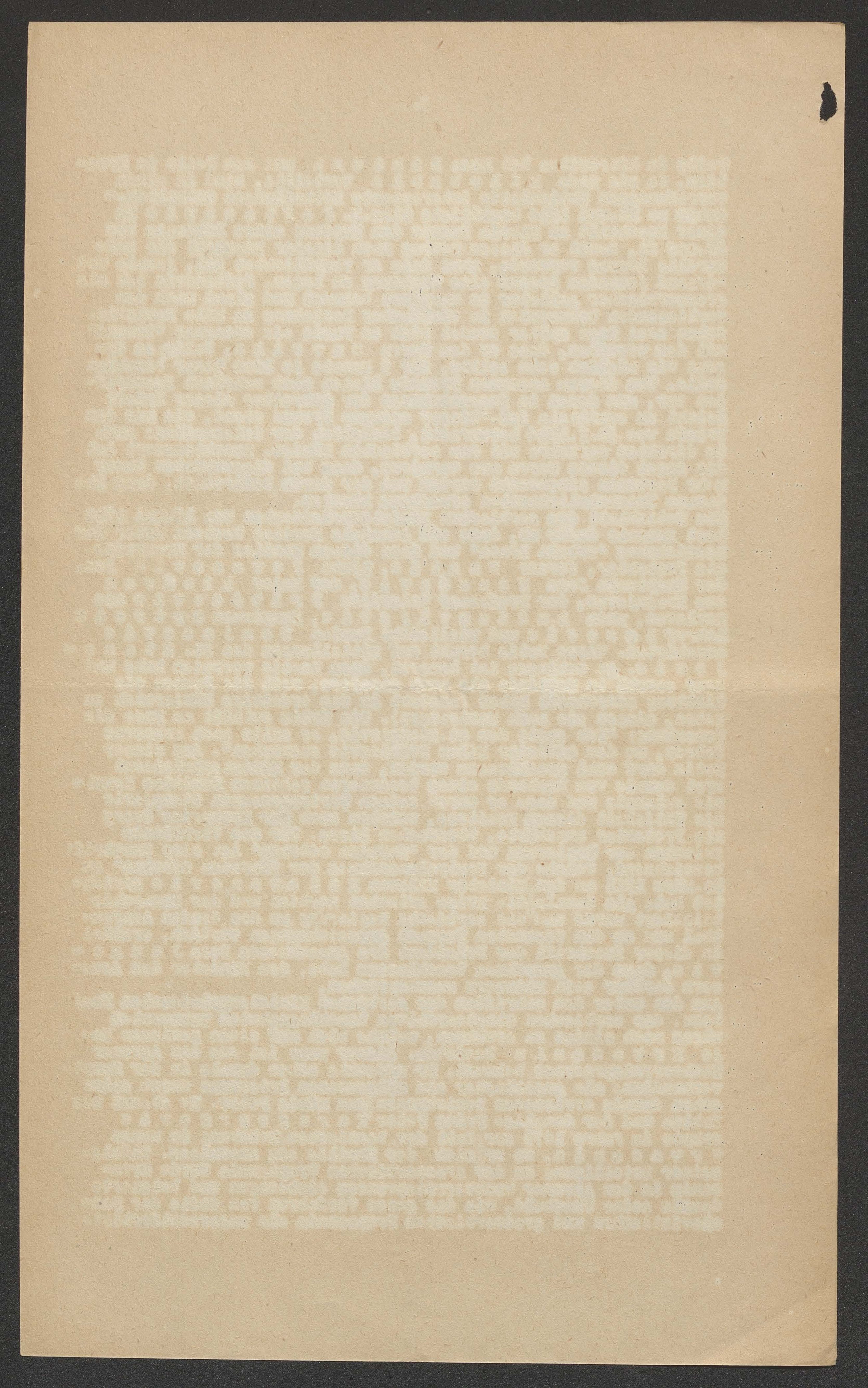
Eine ganze Reihe weiterer Urkunden, welche unter den Schriften des Pasic beschlagnahmt wurden, bilden gleichfalls Belege für die offizielle Beistellung des Geldes zu den verbrecherischen Zwecken. Der bereits erwähnte Simo Erakovic richtete sein Gesuch um Verleihung des Stipendiums an den Minister mit einer Empfehlung des Popen Trivkovic, der zu den Agenten des Mile Pavlovic gehörte.Der Student Ranko V u j i c richtete am 14.September 1913 aus Marienbad an den Minister die Bitte um Verleihung des Stipendiums unter Berufung auf seine Beziehungen zur "Zora" und auf seine Mitwirkung an der Jugendbewegung. Auch die Empfehlung des bekannten Feindes der Monarchie Professor C v i j i c und des Jefta D e d i j e r hebt er darin hervor.

Besondere Beachtung verdient ein Verzeichnis, in welchem eine ganze Reihe von Beträgen ausgewiesen sind, welche die serbische Regierung für die Wühlarbeit gegen die Monarchie ausgegeben hat. Dieses Verzeichnis erwähnt zunächst einen Betrag von 10.460 Dinar für S o l a zum Schutze der serbischen Interessen. Es ist darin ferner auch ein Betrag von 5232 Dinar an K r u l, ein Betrag von 1046 Dinar für einen Journalisten in Bosnien, ein Betrag von 1312.50 Dinar für bosnische Blätter und der Betrag von 1046 Dinar für die Reise eines gewissen C e r o v i c nach Wien, um einen Bericht zu übernehmen, ausgewiesen. Diese Personen haben bereits mehrfach auch als Gesinnungsgenossen des Mile Pavlovic Erwähnung gefunden.

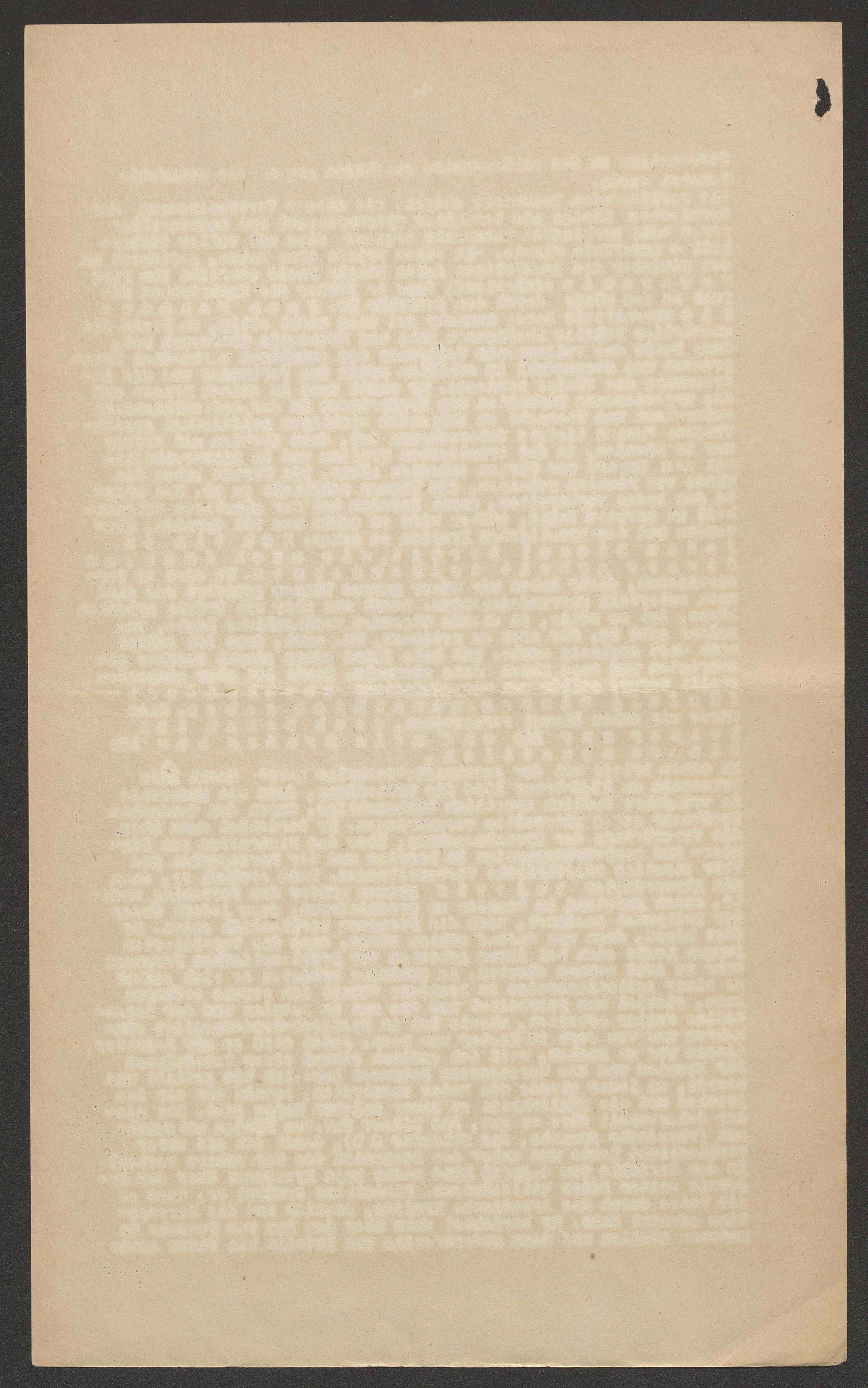
In dem erwähnten Verzeichnisse ist auch eine Ausgabe von 5000 Dinar an das Ministerium des Innern für einen streng vertraulichen Gebrauch (Attentat) angeführt, welche gestrichen erscheint.Ueber den Transport von Bomben nach Bosnien und deren Aufbewahrung zum



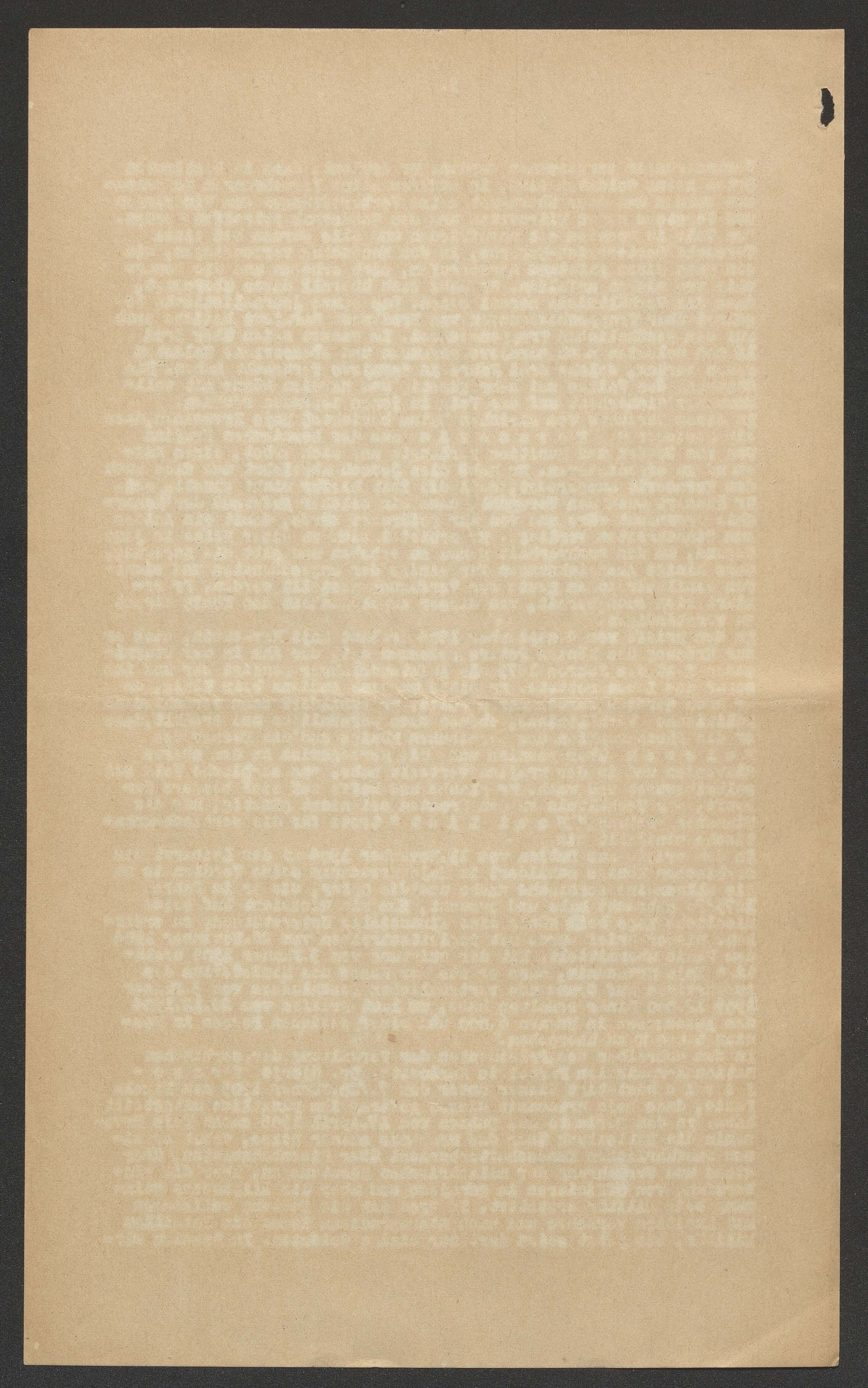
Teile in Mitrovitza bei Laza B i k i c k i und zum Teile in Kroatien, wo sie Rada M i l o b a b i c verteilte, sind in einem vorgefundenen Notizblatte interessante Mitteilungen enthalten.- Schon am 11.Mai 1914 bestätigte Glig.M. J e f t a n o v i c in einer Zuschrift an Nikola Pascic den Empfang eines Betrages von 25.000 fl, damit er diesen Betrag nach eigener Einsicht für kulturelle Zwecke verwende, ohne dass er verpflichtet sei, jemals und -irgend jemandem irgend eine Rechnung zu legen. Jeftanovic ist als grosserbischer Agitator in Sarajewo bekannt und stand nach den vorliegenden Dokumenten in vielfacher Beziehung zu Mile Pavlovic. Schon zwei Tage später wendet sich an Pasic ein anonymer "Freund" mit dem Ersuchen, dass er dem Herrn G a v r i l o, falls es irgend wie möglich sein sollte, für 9 Monate je 1000 Dinar bezahlen solle. Von diesem anonymen Freunde liegen noch mehrfach Zuschriften vor, aus denen im Zusammenhange der Schreiber dieser Briefe leicht zu ermitteln ist. Dieser anonyme Freund stand, wie aus dem Briefe vom 30.I.1904 hervorgeht, bezüglich der Geldempfänge auch im direkten Verkehre mit dem serbischen Könige. Beachtenswert ist die Angst dieses Herrn aus Sarajewo, dass bei diesenaGaben immer mehr Personen eingeweiht werden und der darum befürchtet, dass ihm daraus Unannehmlichkeiten erwachsen könnten.
Ein Notizblatt des serbischen Ministerpräsidenten vom 17.Mai 1908 legt Zeugnis dafür ab, dass ein geheimes Komitee bestand unter der Bezeichnung "Srbska Braca" und dass diesem Komitee der Kronprinz als Protektor, ferner N a s t i c, Ljuba J o v a n o v i c jun. der Hauptmann Jasa N e n a d o v i c, der Major M i o d r a g aus Kragujevac, der Professor Valerijan P r i b i c e v i c aus Karlovac, Buda B u d i s a v l j e v i c, Hauptmann O p t r o i c Lehrer B o z o v i c und vielleicht Damjan D a m j a n o v i c angehörten. Diese Notiz beruht auf Mitteilungen des St. S t a n o - j e v i c. Am Schlusse ist bemerkt, dass Nastic verraten habe und zwar sowohl in Cettinje als auch Sarajewo, weil die Bomben die Richtung gewechselt haben (anstatt in das dreeinige Königreich zu gehen, gingen sie nach Montenegro). Die Notiz enthält am Ende die Bemerkung: "Ich sagte dem St.Stanojevic, er solle nach Krusevac fahren, um dem Offizier Milan Pribicevic zuzusehen". Aus dieser Notiz darf wohl geschlossen werden, dass der Ministerpräsident erst damals vom Bestande eines besonderen geheimen Komitees Kenntnis erlangte und dass er durch seinen Vertrauensmann Stanojevic die Tätigkeit dieses Komitees, welchem auch der Kronprinz Georg als Protektor angehörte, überwachen liess. Für das Verhältnis zwischen der Regierung und der "Narodna Odbrana" ist eine Zuschrift bezeichnend, welche der Zentralausschuss der "Narodna Odbrana" am 10.März 1911 an den Minister Milovan M i l o v a n o v i c gerichtet hat. Als damals die Krise zwischen Serbien und der Monarchie beigelegt wurde und die serbische Regierung an den Grafen Aehrenthal und an den Gesandten Forgach Auszeichnungen verlieh, erklärt in dieser Zuschrift der Präsident des Ausschusses Boza J a n k o - v i c, dass der Ausschuss beschlossen habe, dem Minister des Aeussern darüber sein Bedauern auszusprechen.
Aus den unter den Schriften des serbischen Ministerpräsidenten Pasi bezw. des serbischen Staatsarchives beschlagnahmten Dokumenten wären noch einige zu erwähnen, welche sich auf einen gewissen Mojo H r v a c a n i n beziehen. Dieser Name ist aus dem Agramer Hochverratsprozesse bekannt. Er erweckte schon damals in der Hauptverhandlung als Angeklagter ein allgemeines Interesse durch seine schon damals erwiesenen Beziehungen zum König Peter. Er stammt aus Dubica und der damalige Prinz Peter K a r a g e o r g e v i c wohnte im Jahre 1875 zur Zeit der bosnischen Erhebung im Hause H r v a c a n i n, wo er sich der Familie eng anschloss. Infolge seiner Beteiligung an der grosserbischen Propaganda wurde Hrvacanin in den Agramer Hochverratsprozess einbezogen und beteuerte damals seine Unschuld, wie das ganze Verfahren von Seite der panslavistischen und grosserbischen Propaganda als ungerechtfertigte



Persekution zu den gehässigsten Ausfällen gegen die Monarchie benützt wurde.
Die vorliegenden Dokumente zeigen, wie dieser Vertrauensmann des serbischen Königs als bezahlter Spionageagent und Hochverräter gegen -die serbischen Dokumente ergaben dies mit voller Sicherheit - Monarchie wirkte. -In einem Briefe ohne Datum, gerichtet an den Minister des Auswärtigen Amtes Nikola Pasic schreibt ihm Mojo H r v a c a n i n einleitend, dass er früher die Nachrichten direkt an den König durch den Sekretär Dr. J a s a N e n a d o - v i c übermittelt habe; nunmehr sei dies nicht nötig, da Pasic die auswärtige Politik übernommen habe und Hrvacanin überzeugt sei, dass Pasic das vollkommene Vertrauen des damaligen serbischen Kronprinzen und ebensowohl in erhöhtem Grade das Vertrauen und die Anerkennung des Königs geniesse. Er macht dann in seinem Briefe auf das ungeziemende Verhalten des Kronprinzen in der Oeffentlichkeit aufmerksam und übergeht zu folgenden wichtigen politischen Ausführungen: "Meine tiefste Ueberzeugung ist, dass Serbien mit Erfolg nur in Bosnien, in der kroatischen Krajina und im Einverständnis mit den Ungarn und Türken arbeiten könne. Die Türken haben die Hände von Bosnien gelassen, die Ungarn schütteln es ab. Man müsste den Boden vorbereiten, damit Bosnien bei der günstigen Gelegenheit an Serbien falle, später wird es schon aus mit Syrmien, Slavonien und den kroatischen Krajina so gehen. I c h b i n z u j e d e m D i e n s t b e r e i t, w i e a u c h d a z u , a n d i e s e r A r b e i t t e i l z u n e h m e n. Um dies zu verwirklichen, dafür haben wir unser ganzes Wissen geopfert und sind auch materiell zugrundegegangen. Damit man aber mit Erfolg arbeiten könne, ist es nötig, in diesen Gegenden verlässliche Leute, und solche gibt es, für sich zu gewinnen, und auch, dass ich selbst mich dort ansässig mache. Ich habe Ihnen schon einmal darüber geschrieben und sage Ihnen dies abermals. Damit ich aber sichergestellt werde, sollte man mir mindestens z w e i h u n d e r t - f ü n f z i g D i n a r s m o n a t l i c h g e b e n. Dies wurde mir schon längst versprochen, d o c h b e k a m i c h l e i d e r n u r 120 u n d m e i n B r u d e r n u r 150 D i n a r s m o n a t l i c h.
In einem Briefe mit der Anschrift: "Geehrter Herr" macht Mojo Hrvacanin am 13. Februar 1904 die Mitteilung, dass die Monarchie im Frühjahre endlich ernstlich beabsichtige, durch den Sandschak Novibazar gegen Mitrovitza vorzudringen. Er berichtet dann über die Verstärkung der Grenzbewachung, über das Eintreffen von Pionier- und Sappeurkompagnien in Bosnien und der Herzegowina und über sonstige militärische Vorbereitungen. Dann erwähnt er, dass ein Abgeordneter Z u j e v i c seinem Bruder den Vorschlag machte, einen Aufstand in Bosnien zu organisieren, dass jedoch weder der Zeitpunkt geeignet, noch die Personen verlässlich seien. Er fügt hinzu, dass man darauf achten müsse, dass die begeisterten jungen Leute sich bei ihren Arbeiten vor problematischen Personen sehr in Acht nehmen müssten. Am Schlusse erbietet er sich selbst zu einer Agitationsreise in Bosnien: "Damit ich genaue erfahren kann, wieviel man gearbeitet und was man in Bosnien und der Herzegowina weiter arbeitet, müsste ich in Bosnisch-Brod-Sarajevo einkehren und von dort in Mostar und Reka. Jetzt wird es mir leichter, diesen Weg zu machen, weil ich endlich einmal einen Generalpass für Bosnien und die Herzegowina bekommen habe. Ich bin gewillt und bereit, zu jeder Stunde die Reise anzutreten, sobald man mir das Zeichen und die Möglichkeit zu einer solchen Reise gibt. Bei dieser Gelegenheit wäre es gut, 100 Bilder S.M. des Königs mitzunehmen (russische Ausgabe, das Stück für 2 D), damit ich sie unter verlässliche Leute und unter den Bekannten des Herrschers verteile.
In dem Berichte vom 4. April 1904 macht Mojo Hrvacanin über das Ergebnis seiner Reise Mitteilungen. Einleitend erwähnt er, dass er die Reise durch die kroatische Krajina, Bosnien und die Herzegowina gemacht habe. Er berichtet dann über den Bau von Tunnels an manchen Stellen und dass andererseits von Indzija bis Fiume keine



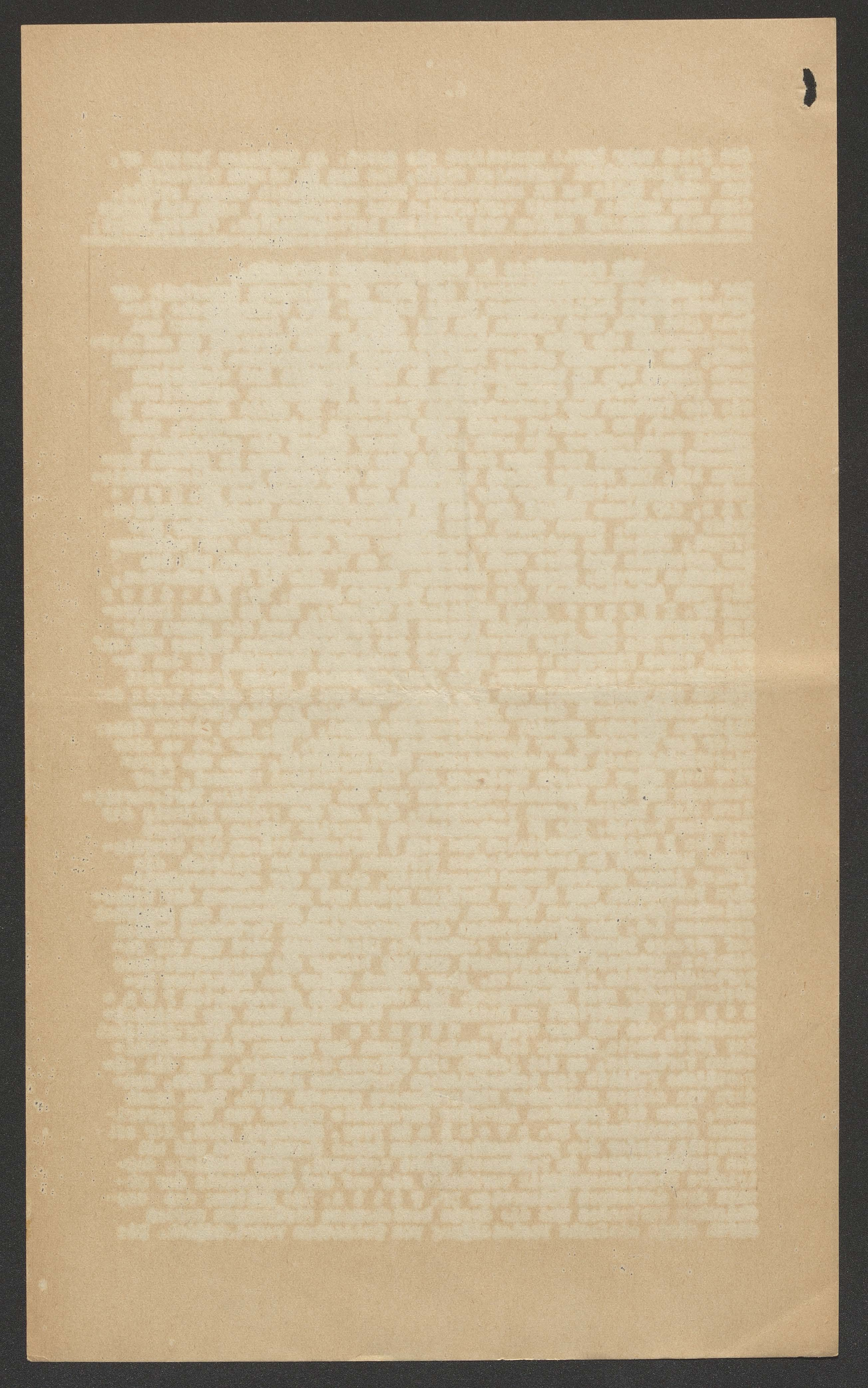
Veränderungen vorgenommen wurden. Er erwähnt, dass in bestimmten Orten keine Soldaten sind, in anderen keine Vermehrungen vorgenommen wurden und dass überhaupt keine Vorbereitungen zum Eindringen und Vorstoss gegen Mitrovitza und den Sandschak getroffen werden. Das Volk in Bosnien sei unzufrieden und alle würden bei einem Versuche Oesterreich-Ungarns, in dem Sandschak vorzudringen, wie ein Mann einen Aufstand hervorrufen, sich erheben und die Monarchie vom Rücken anfallen. Er habe sich überall davon überzeugt, dass die Verhältnisse normal seien. Das ganze journalistische Geschrei über Truppenbewegungen von Brod nach Sarajewo beziehe sich auf den gewöhnlichen Truppenwechsel. Im Ganzen seien über Brod 12.000 Soldaten nach Sarajevo gegangen und ebensoviele Soldaten gehen zurück, welche drei Jahre in Sarajewo verbracht haben. Die Stimmung des Volkes sei sehr günstig und Serbien könne mit vollkommener Sicherheit auf das Volk in jenen Gegenden rechnen.
In einem Berichte vom gleichen Datum berichtet Mojo Hrvacanin, dass ein gewisser S. K o v a c e v i c aus der bosnischen Krajina von ihm Waffen und Munition verlangte und sich erbot, einen Aufstand zu organisieren. Er habe dies jedoch abgelehnt und dies auch dem Kovacevic ausgeredet, weil die Zeit hiefür nicht günstig sei. Er äussert auch den Verdacht, dass ein solcher Aufstand der Monarchie erwünscht wäre und von ihr gefördert würde, damit ein Anlass zum Einschreiten vorliege. Er erbietet sich zu einer Reise in jene Gegend, um den Sachverhalt genau zu erheben und gibt die Anregung, dass einige Auszeichnungen für einige der angesehensten und sicheren einflussreichen Leute zur Verfügung gestellt werden. Er erklärt sich auch bereit, von dieser Angelegenheit den König direkt zu verständigen.
In dem Briefe vom 4.September 1904 erwähnt Moji Hrvacanin, dass er zur Krönung des Königs Peters gekommen sei, der ihm in der stürmischen Zeit des Jahres 1875 als Aufstandsführer geneigt war und ihm sogar das Leben rettete. Er bitte um eine Audienz beim König, da er nach Serbien zurückkehren wolle. Er schildert dann verschiedene politische Verhältnisse, ebenso auch persönliche und erzählt, dass er die Photographien des serbischen Königs und die Bücher des H o l e c e k über Bosnien und die Herzegowina in dem oberen Slavonien und in der Krajina verteilt habe. Das serbische Volk sei selbstbewusst und wach. Er glaube und hoffe auf eine bessere Zukunft, das Verhältnis zu den Kroaten sei nicht günstig, nur die Fiumaner Zeitung " N o v i L i s t " trete für die serbisch-kroatische Einigkeit ein.
In dem Briefe aus Dubica vom 19.November 1904 an den Leibarzt des serbischen Königs schildert im Mojo Hrvacanin seine Verdienste um die allgemeine serbische Sache und die Opfer, die er im Jahre 1875/76 gebracht habe und ersucht, ihm mit Rücksicht auf seine missliche Lage beim König eine finanzielle Unterstützung zu erwirken. Dieser Brief wurde mit Begleitschreiben vom 28.November 1904 dem Pasic übermittelt. Mit der Quittung vom 3.Jänner 1905 bestätigt Mojo Hrvacanin, dass er aus der Kasse des Ministerium des Auswärtigen auf Grund des vertraulichen Beschlusses vom 3.Jänner 1905 12.000 Dinar erhalten habe, um laut Briefes vom 28.12.1904 dem Ausschusse in Ungarn 6.000 und einer gewissen Person in Bosnien 6.000 K zu übergeben.
In dem Schreiben des Präsidenten der Verwaltung der serbischen national-radikalen Partei in Karlowitz, Dr. Gjorje K r a s o - j e v i c bestätigt dieser unter dem 7./20.Jänner 1905 dem Nikola Pasic, dass Mojo Hrvacanin dessen Auftrag ihm pünktlich mitgeteilt habe. In dem Berichte aus Dubica vom 17.April 1905 macht Mojo Hrvacanin die Mitteilung über das Ergebnis seiner Reise, wobei er einen ausführlichen Kundschafterbericht über Eisenbahnbauten, über Stand und Vermehrung der militärischen Besatzungen, über die Einberufung von Offizieren in Sarajewo und über die allgemeine Stimmung beim Militär erstattet. In Brod sei die Festung vollkommen mit Munition versehen und nach Staragradiska komme ein Bataillon Militär, bis jetzt seien dort nur einige Soldaten. In Bosnien wür-



den jetzt mehr Leute assentiert als sonst. Am Schlusse betont er, dass er persönlich vortragen werde, was man in diesen Gegenden tun solle, falls es zu ernsthaften Zusammenstössen kommen sollte, denn man sollte überall vorbereitet und organisiert sein und langsam und unbemerkt Waffen und Munition herbeischaffen. (Forts.folgt)

Die Gegensätze im tschechischen Verbande.

Der deutschen Oeffentlichkeit ist über die Stimmung innerhalb der tschechischen Parteigruppen wenig bekannt. Der tschechische Verband gibt sich nach aussen hin bei allen seinen Beschlüssen und Abstimmungen als eine geschlossene Einheit und versteht es meisterhaft, die innerhalb seiner Parteigruppen herrschenden Differenzen nach aussen hin zu verschleiern. In Wirklichkeit hat vielleicht kein Parteiverband soviele divergierende Strömungen aufzuweisen, wie der Verband der tschechischen Parteien. Er zählt insgesamt 96 Mitglieder. Es entbehrt nicht eine pikanten Beigeschmackes, dass sowohl sein rechter als auch sein linker Flügel die gemässigten Elemente enthält und dass der Sitz des Radikalismus in seinem Zentrum ist. Der rechte Flügel besteht aus den sechs katholisch-nationalen Abgeordneten unter der Führung des Abgeordneten Dr. H r u b a n, der linke Flügel aus den 26 tschechischen Sozialdemokraten. Beide Gruppen, sonst durch eine Weltanschauung von einander getrennt, stehen in nationaler Beziehung auf der Basis der nationalen Autonomie und wäre auch jederzeit zu Verhandlungen mit den Deutschen bereit. Ihnen am nächsten kommen die 12 Jungtschechen, die auch intellektuell die besten Talente haben. Dr. F i e d l e r und Dr. K ö r n e r sind politische Talente, die in ihrem Innersten ebenfalls der radikalen Tonart fernestehen und die genau wissen, dass die künftige Entwicklung des tschechischen Volkes nur auf Grund eines Einvernehmens mit der deutschen Minorität in den Sudetenländern erfolgen kann. Die Jungtschechen haben jedoch seit Jahren ein Wahlbündnis mit den Agrariern und halten daran trotz der Widernatürlichkeit dieses Bündnisses, nachdem ja die jungtschechischen Mandate zumeist Städtemandate sind, fest. Sie stehen daher unter der Didaktur der tschechischen Agrarier. Wieder ist es eine Eigentümlichkeit der tschechischen Parteipolitik, dass die Agrarier bei allen übrigen Nationen ein konservatives Element, hier zusammen mit den National-Sozialen und den unabhängigen Fortschrittlern einen Radikalismus verkörpern, der auf dem reinen Prinzip der Negation beruht. Die 36 tschechischen Agrarier bilden zusammen mit den 9 National-sozialen und den 7 Fortschrittlern die überwiegende Mehrheit im tschechischen Verbande und sind zugleich die Träger jener starren Negationspolitik, die in der staatsrechtlichen Verwahrung und in den übrigen Reden und Erklärungen der tschechischen Abgeordneten bei den verschiedensten Anlässen zum Ausdruck gekommen ist. Die Klubstatuten des tschechischen Verbandes halten auf strenge Disziplin. Die gemässigte Minderheit wird von der radikalen Mehrheit terrorisiert und hat bisher die vorgeschriebene Parteidisziplin eingehalten. Aber selbst unter den Agrariern bestehen wieder zwei Strömungen. Die Gruppe des Abgeordneten P r a s c h e k übertrifft an Radikalismus womöglich noch die Nationalsozialen, die mit der Gruppe S t a n e k keineswegs übereinstimmt. Der Abgeordnete Stanek ist nominell auch der Obmann des tschechischen Verbandes, es ist jedoch ein offenes Geheimnis, dass die eigentliche Politik des tschechischen Verbandes nicht von ihm, sondern von seinen radikalen Hintermännern gemacht wird. Dazu kommt noch, dass die gesamten Agrarier ihrerseits wieder von dem agrarischen Oberdiktator Dr. S v e h l a in Prag, abhängig sind, der seinerseits wieder dem parlamentarischen Boden fernstehend und mit den Verhältnissen im Parlament nicht vertraut, eine ähnliche doktrinäre Negationspolitik verkündet wie auf der Gegenseite der Obmann des deutschen Volksrates Dr. T i t t a. Die Haltung des czechischen Verbandes und die darin bestehenden Strömungen werden durch diese einfache Feststellung von Tatsachen verständlich. Die

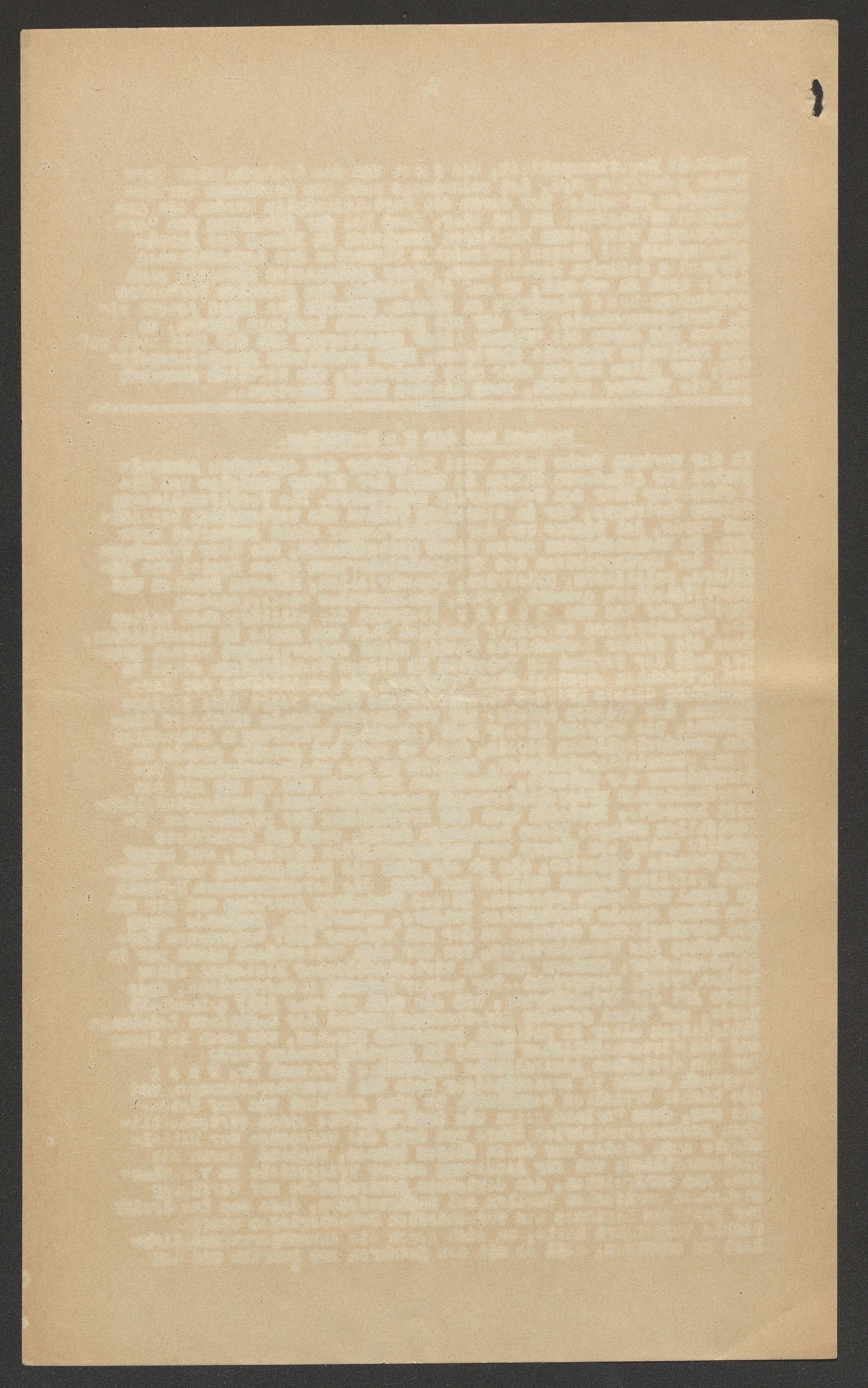


radikale Negationspolitik, die jetzt von dem tschechischen Verbande getrieben wird, ist keineswegs nach dem Geschmack der gemässigten Elemente. Nur durch die Parteidisziplin werden sie gezwungen mitzugehen. Es ist klar, dass bei der Anbahnung von Verhandlungen über einen künftigen Ausgleich in Böhmen der Anknüpfungspunkt bei diesen gemässigten Elementen des tschechischen Verbandes gefunden werden muss. Diese gemässigten Elemente sind heute noch zu schwach, um auf die Politik des gesamten Verbandes richtungsgebend einwirken zu können. Schafft man ihnen jedoch eine Verfassungsbasis, auf der sie praktisch bestehen können, so können sie durch die Drohung einer Separierung mit der Zeit auch auf die radikalen Elemente einwirken. Eine praktische Ausgleichspolitik, vor allem andern aber eine Regierung, die wirklich Anspruch auf die Führung erhebt, muss hierden Hebel ansetzen..

==

England und der U - Bootkrieg.

In der vorigen Woche haben zwei Vertreter des deutschen Admiralstabes vor geladenen Gästen im Saale der Wiener Handels- und Gewerbekammer über den U-Bootkrieg gesprochen. Die Veröffentlichung dieses Vortrages, der in einzelnen Teilen als vertraulich bezeichnet wurde, ist bisher von der Militärzensur nicht gestattet worden. Im Nachstehenden seien diese Mitteilungen, die über Veranlassung der Marinesektion des Kriegsministeriums einem Kreise von Militärs, Politikern, Gelehrten, Industriellen, höheren Beamten und Schriftstellern gemacht wurden, auszugsweise wiedergegeben:
Kapitän zur See von B ü l o w besprach die militärischen Seiten des U-Bootkrieges in seiner heutigen Form und sagte im Wesentlichen, dass die früher beobachtete Taktik nicht weitergeführt werden konnte, weil der Verlust an U-Booten in keinem Verhältnisse stand zu den erreichten strategischen Erfolgen. Die unmittelbar der Verschärfung dieses Krieges vorangegangene Phase zeigt eine gewisse Lähmung des Krieges infolge der von Amerika damals erhobenen Einsprüche. Die während dieser Zeit gemachten Erfahrungen erbrachten den unwiderleglichen Beweis, dass es sich bei Amerika damals um keine Humanitätsprinzipien, sondern um die uneingeschränkte Unterstützung der Entente, namentlich Englands und um die mit den amerikanischen Kriegslieferungen zusammenhängende Verdienstmöglichkeit handelte. Zugleich trat die Erscheinung der sogenannten U-Bootfallen zutage. Diese bestanden darin, dass gut bewaffnete Schiffe unter der Flagge von Handelsschiffen segelten, auf Anruf der U-Boote beilegten, als ob sie sich die Durchsuchung nach Bannware gefallen lassen wollten und dann die herankommenden U-Boote in Grund und Boden schossen. Dieses Verhalten Amerikas und der mit ihm schon damals verbündeten Entente, namentlich Englands zwang aus strategischen Gründen zu der mit Februar 1917 begonnenen Verschärfung des U-Bootkrieges, von der sich Deutschland nicht nur in strategischer, sondern auch in wirtschaftlicher Beziehung einen vollen Erfolg verspricht. Der Redner betonte nachdrücklich, dass diese Art der Kriegführung, wie sie seit Februar 1917 gehandhabt werde, auf Grund genauer Berechnungen sowohl der maritimen Leistungsfähigkeiten aller in Betracht kommenden Staaten, wie auch in Bezug auf den wirtschaftlichen Erfolg in Angriffgenommen wurde.
Der dem deutschen Admiralstabe zugeteilte Leutnant Dr. F u s s besprach sodann in zweistündiger Rede die Vorausberechnungen und die bisher erzielten Resultate. Er ging zunächst von der Tatsache aus, dass England gegen die Zentralmächte einen wirtschaftlichen Aushungerungskrieg führe und dass die Gegenzüge der Mittelmächte auch wieder nur dahin führen können, England durch die wirtschaftliche Not zur Aenderung seiner Kriegsziele zu veranlassen. Aus zahlreichen, dem deutschen Admiralstabe zur Verfügung stehenden englischen Quellen sei nachgewiesen, dass das Inselreich zur Zeit des Beginnes des verschärften U-Bootkrieges absolut nichts vorgekehrt hatte, um sich gegen die Aushungerungsmöglichkeit zu schützen, weil es mit den Zufuhren aus Amerika und den



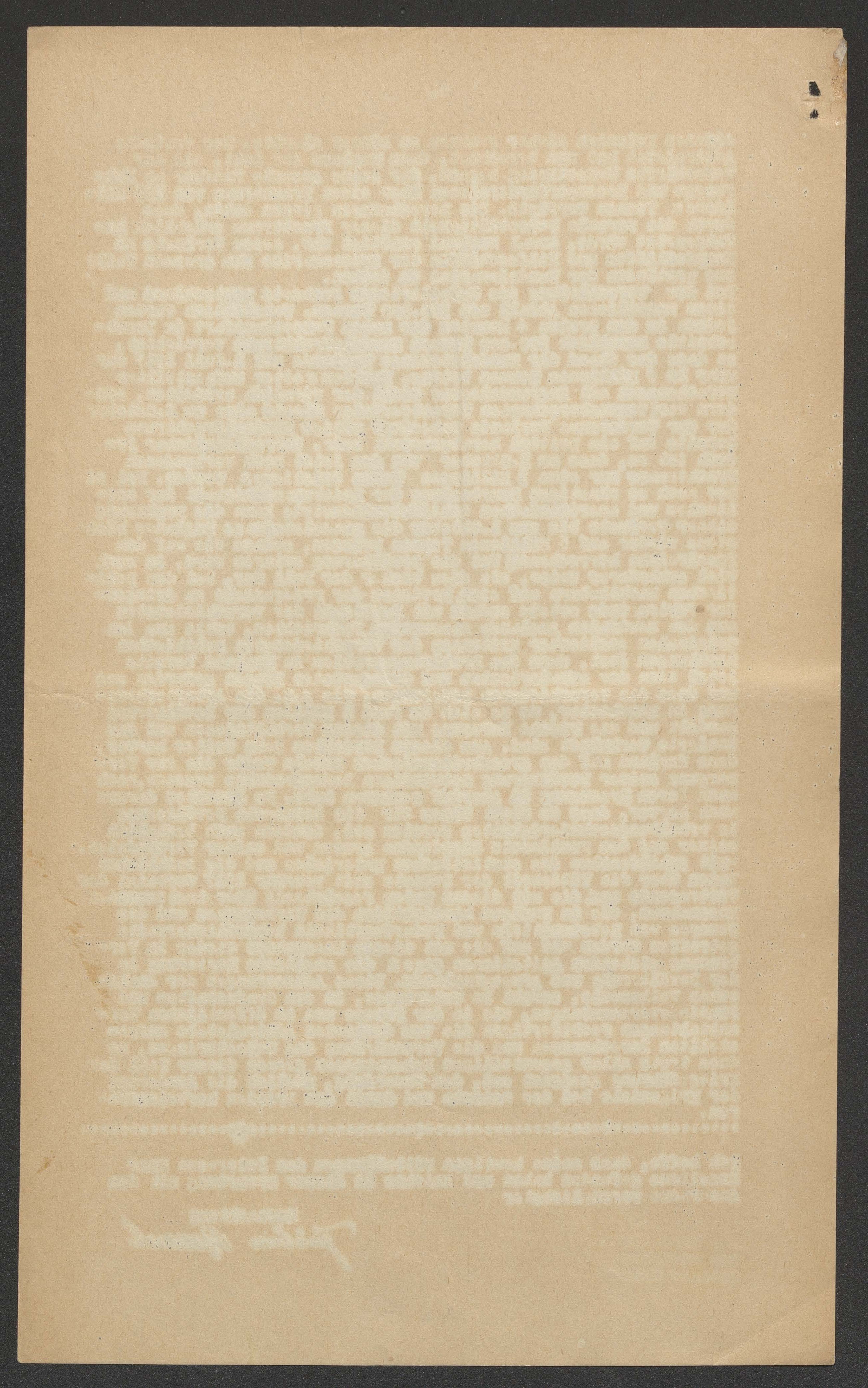
eigenen Kolonien sicher rechnen zu können glaubte. Der deutsche Admiralstab hat nun berechnet, dass England zur Zeit, als der verschärfte U-Bootkrieg begann, für seine gesamte Einfuhr an Nahrungs- und Lebenserfordernissen über einen Frachtraum von 19½ Millionen Tonnen verfügte. Die Berechnungen gingen dahin, dass durch die normale U-Boottätigkeit dieser Frachtraum erheblich herabgesetzt würde, zumal England genötigt war, seine Verluste an Kampfschiffen und Hilfsschiffen der Kriegsmarine zum grossen Teile aus Beständen der Handelsmarine zu decken.
Bei der Verschärfung des U-Bootkrieges rechnete Deutschland auf einen monatlichen Abfall von 500.000 Tonnen. Tatsächlich wurden jedoch in den ersten 4 Monaten der neuen U-Bootkampfart im Durchschnitte monatlich 900.000 Tonnen Handelsfrahhtraum vernichtet, so dass der Stand der Handelstonnage Englands mit 1.Juli 1917 nur mehr 10 ¾ Millionen Tonnen betrug. Nachdem weiter aufgestellten Berechnungen mit Zugrundelegung nicht der wirklich erzielten, sondern der vorausberechneten U-Bootserfolge müsste also am 1.Oktober der zur Versorgung Englands unbedingt nötige Minimalfrachtraum bereits auf ein Drittel herabgebracht sein. Wahrscheinlicher jedoch ist es, dass am 1.Oktober von dem jetzt noch vorhandenen Frachtraume nur etwa 3 Millionen Tonen existieren werden. Bei einer noch so günstigen Beurteilung der Leistungsfähigkeit der englischen und amerikanischen Schiffsbauindustrie kann die Ergänzung dieser Verluste bis zum 1.Oktober die Handelstonnage Englands höchstens wieder auf 6 Millionen Tonnen bringen, sodass die auf dem Inselreiche herrschende Not die Bevölkerung zwingen wird, in noch viel schärferer Weise, als dies bisher der Fall war, bei den politischen Machthabern auf eine Revision der Kriegsziele zu dringen-
Der Vortragende setzte sodann mit Benützung der verschiedensten aus dem neutralen Auslande stammenden Nachrichten, sowie aus den Originalen englischer Zeitungen der verschiedensten politischen Richtungen fest, dass das Ernhärungsproblem in England bereits jetzt eine der schwierigsten und dringendsten Fragen geworden sei und dass die verschiedenen Bewegungen, wie z.B. die Arbeiterbewegung in Manchester, wo es sich um rund 1 Million der Bevölkerung handelt und die irische Bewegung mit diesen Verhältnissen auf das innigste verknüpft sind. Aus diesen Berichten gehe weiter hervor, dass England auf den grossbritannischen Inseln weder die zur Versorgung seiner Bevölkerung notwendigen Bodenprodukte erzeuge, noch auch deren Erzeugung in Angriff genommen habe. Es leuchtet daraus auch hervor, dass es nicht bloss für die heimische Bevölkerung in Erhaltungsschwierigkeiten geraten sei, sondern auch bezüglich seiner auf dem Kontinente kämpfenden Armeen und seiner Verbündeten.
-Mit Zuhilfenahme des statistischen Materiales und die zeitlichen Daten über die Tätigkeit der U-Boote seit Februar 1917 verweist der Vortragende auf die mit diesen Daten regelmässig übereinstimmenden Massnahmen, die in England hinsichtlich des Verbrauches und des Bezuges von Lebensmitteln und Bedarfsartikeln behördlicherseits getroffen werden und auf die mit diesen Massnahmen wieder in Verbindung stehenden Agitationen gegen die englische Regierung in der Bevölkerung und Armee Englands. Diese Aeusserungen der englischen Volksseele, sowohl im Unterhause, in den Grafschafts- und Gemeindeversammlungen, wie in der Presse und in öffentlichen Veranstaltungen rechtfertigen die vom deutschen Admiralstabe aufgestellten Berechnungen und die Verschärfung des U-Bootkrieges, so dass trotz aller gegenteiligen Behauptungen gerade dieser Teil der Kriegsführung geeignet sei, den Enderfolg, nämlich die Aenderung der Krigsziele bei der Entente und damit den Frieden herbeizuführen.

****

Ich hoffe, dass meine heutigen Mitteilungen das Interesse Euer Exzellenz gefunden haben und zeichne in dieser Erwartung mit dem Ausdrucke vorzüglichster

Hochachtung

Julius Rosasch



16

Julius B e n e s c h
Herausgeber der "Deutsch-
böhmischen Korrespondenz"
Wien I., Parlament.

Streng vertraulich !
Nur zur persönlichen
Information !

****

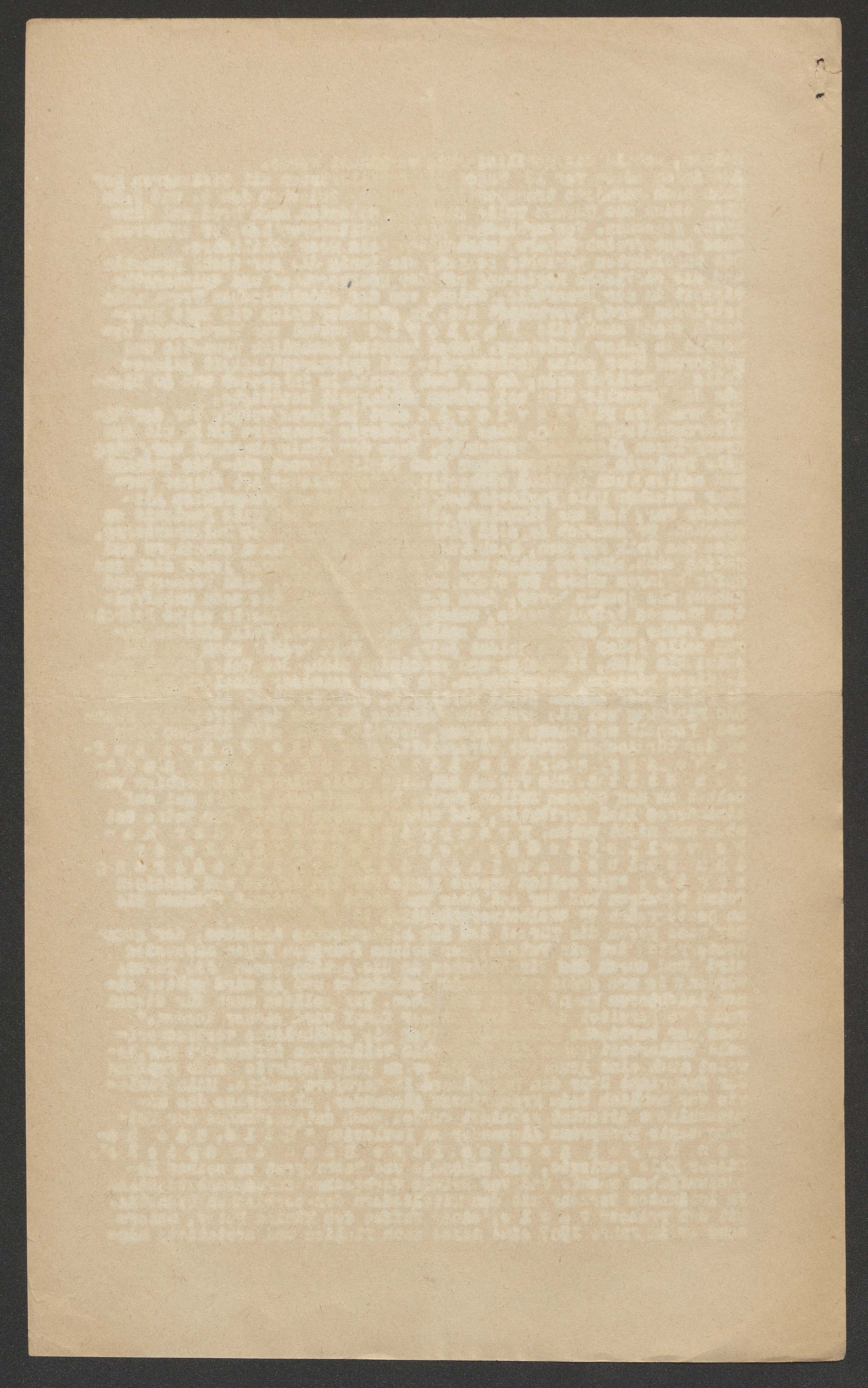
Wien, den 21.Juli 1917.

E u e r E x z e l l e n z !

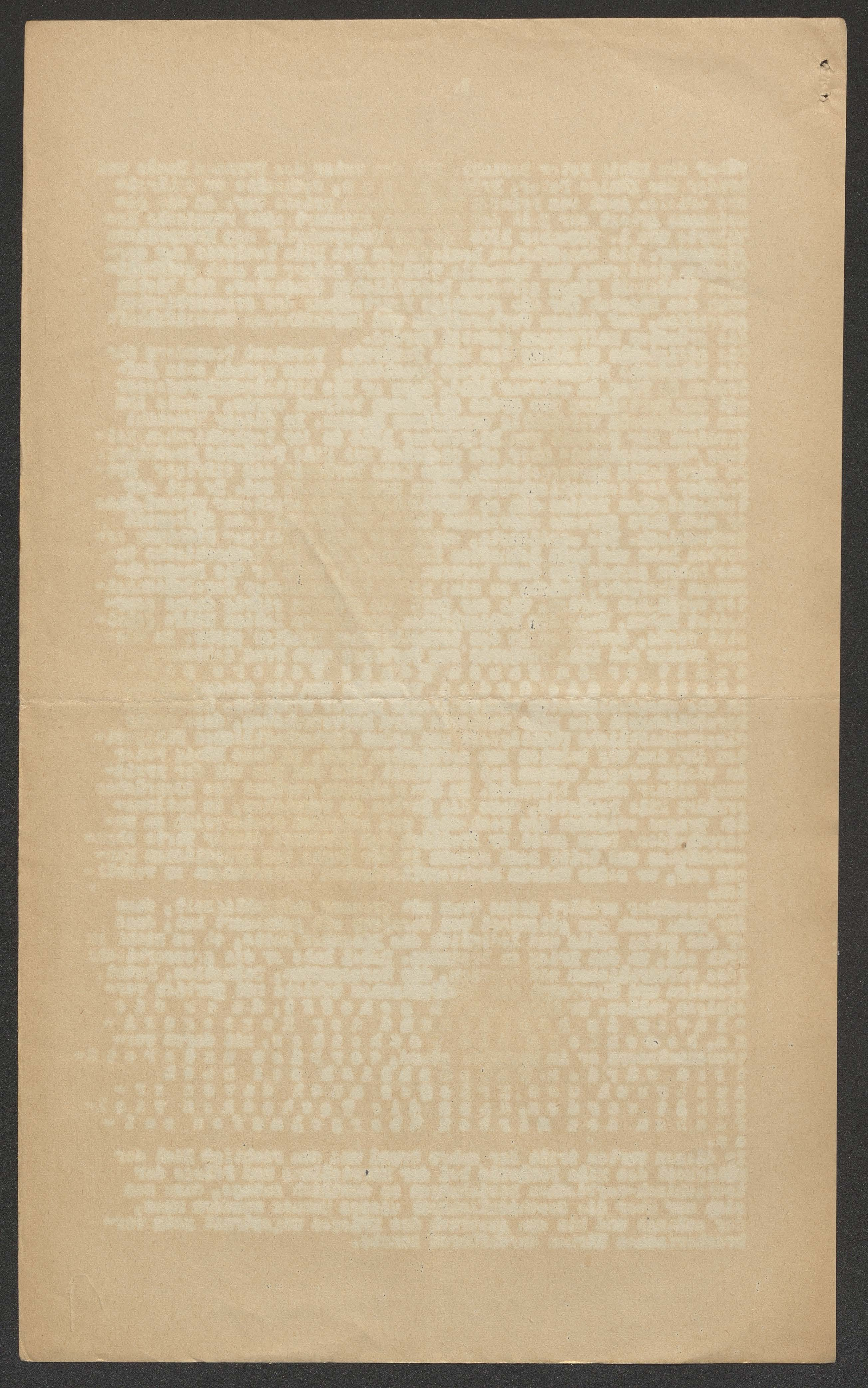
Ich erlaube mir heute, E u e r E x z e l l e n z einen streng vertraulichen Bericht zu übersenden und beginne meine Mitteilungen mit der Fortsetzung des Aktenmateriales über die Wühlarbeit der serbisch. Regierung und der serbisch. Dynastie gegen die Monarchie.

(Fortsetzung der Mitteilungen über die serbische Wühlarbeit gegen die Monarchie)...... Auch in dem Berichte vom 28.April 1905 drängt Mojo H r v a c a n i n zur Beistellung von Waffen, damit im Falle des Vordringens unserer Truppen nach dem Sandschak in Bosnien und der Herzegowina ein Aufstand organisiert werde. Er berichtet, dass er in Bosnien und in der Krajina eine Menge von Photographien des Herrschers, Nadeln, Brochen, Knöpfe u.s.w. mit dem Bildnis des Herrschers verteilte. Er dankt auch für ihm bisher gewährte Unterstützung und bittet um ein Darlehen von 6000.- Kronen. In dem Briefe vom 2. Mai 1905 schreibt Mojo Hrvacanin aus Dubica an seinen Bruder Maso, dass er dem Nikola (offenbar Pasic) mitteilen solle, dass er bald einen ausführlichen Bericht vorlegen werde, er möge jedoch überzeugt sein, dass alles vorbereitet sei und man sich auch für das weitere Vorgehen vorbereite. Hauptsächlich werde der Sandschak verstärkt und man erichte überall Strassen. Man müsse in schnellem Tempo zur Beschaffung der Kanonen drängen. Es sei ein Glück, dass in Budapest ein Wirrwarr herrsche und das Italien wie ein geladenes Gewehr darauf warte, auch etwas an sich zu reissen, wenn Oesterreich-Ungarn losgehe. Oesterreich-Ungarn bereite sich hauptsächlich gegen Montenegro vor, um dasselbe im Zaume zu halten, damit es ihm seine Pläne nicht verderbe, deshalb befestige es alle Forts und Höhen in der Bocche di Cattaro. Es wäre gut, wenn General S. G r u i c, der sich gegenwärtig in Ragusa befindet, als Fachmann alles überblickte, welche Massregeln Oesterreich-Ungarn unternehme, denn er habe mit dem wenigen Zehrgelde, das er hatte, nicht bis dorthin auskommen können. Falls Nikola (offenbar Pasic) wolle, dass er die Reise nach Metkovic und noch weiter antrete, solle er dem Maso einige Hunderter an Geld geben, damit dieser sie ihm einsende und er werde die Reise antreten.
In einem Schreiben vom 10.Oktober 1912, zur Zeit des Balkankrieges erstattete Mojo Hrvacanin einen ausführlichen Spionagebericht. Er teilte mit, dass die Mohammedaner in Bosnien sehr erbittert seien, und dass sie geneigt wären, dem mohammedanischen Reiche zu Hilfe zu kommen, ferner dass sie drohen, alle Serben abzuschlachten und die österreichischen Behörden dies nicht beachten, sondern sie anscheinend noch aufhetzen. Er habe den Eindruck, dass Oesterreich-Ungarn einige seiner Militärkorps mobilisieren werde. In Doljna-Tuzla vermehre man die allgemeine Zahl der Gebirgsbatterien und auf den bosnischen Märkten kaufeman kleinrassige Pferde, welche für gebirgige und steile Gegenden geeignet seien. Am 6./19.Oktober habe eine Militärkommission im Bezirke Dubica 2000 Pferde gekauft. Am 11.Oktober seien die bosnischen Soldaten in 80 Waggons nach Görz und Gradiska versendet worden. Man spreche davon, dass man zwei ungarische Korps mobilisieren und längs der Drina und des Sandschaks Novibazar verteilen werde. In Banjaluka seien vor einigen Tagen 40.000 Soldaten gewesen und in der Nacht wiederverschwunden. In ganz Bosnien haben die Gendarmeriebesatzungen je 400 Gewehre und ebenso viele Monturen und Schuhe für die Streifkorps bekommen. Die Reservisten hätten Einberufungen erhalten, sich zu jeder Stunde bereitzuhalten und sich bei den Gendarmeriekommanden zu

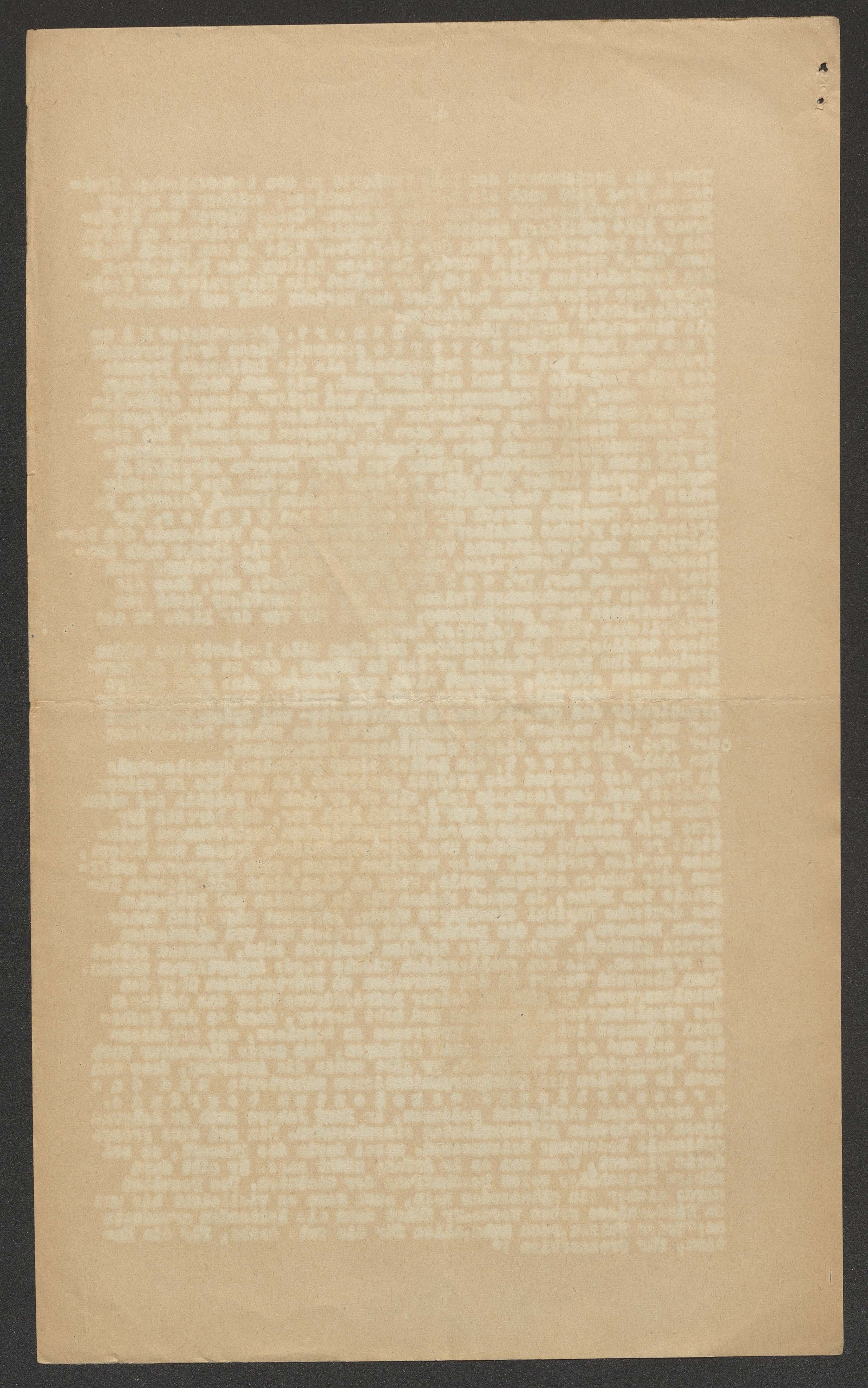
melden, sobald die Mobilisierung verkündet werde.
Aus Agram seien vor 12 Tagen 95 Artilleristen mit Offizieren per Bahn nach Sarajewo transportiert worden. Zwischen dem 8. und 9.ds Mts. seien aus Ungarn volle Züge mit Soldaten nach Brod und Vinkovce gekommen. Vonserbischen Reserveoffizieren habe er erfahren, dass Oesterreich-Ungarn tatsächlich sein Heer mobilisiere.
Die angeführten Berichte zeigen, wie innig die serbische Dynastie und die serbische Regierung mit der Hochverrats- und Spionagetätigkeit in der Monarchie, welche von der südslawischen Propaganda betrieben wurde, verknüpft ist. In gleicher Weise wie Mojo Hrvacanin stand auch Mile P a v l o v i c selbst zur serbischen Dynastie in naher Beziehung. Dabei konnten natürlich Dynastie und Regierung über seine Hochverrats- und Spionagetätigkeit keinesfalls im Zweifel sein, da er doch gerade im Interesse und im Dienste der Dynastie sich bei seiner Wühlarbeit betätigte.
Die Frau des Mile P a v l o v i c sagt in ihrem Verhör vor der Militäranwaltschaft aus, dass Mile Pavlovic besonders intim mit dem Kronprinzen Alexander verkehrte. Wenn der König abwesend war, ging Mile Pavlovic zum Kronprinzen fast täglich, sonst ein- bis zweimal und selten auch dreimal wöchentlich. Von welcher Art dieser Verkehr zwischen Mile Pavlovic und dem serbischen Kronprinzen Alexander war, ist aus einzelnen Aufzeichnungen des Mile Pavlovic zu ersehen. Er schrieb in sein Notizbuch zu Beginn des Balkankrieges, dass das Volk wachsen, sich ausbreiten, die Grenzen erweitern und Nation sich einigen solle und dass zu diesem Zwecke jeder sich zum Opfer bringen müsse. Es stehe noch eine Aufgabe, eine bessere und schöne als jemals bevor, dass ein grosser Teil des noch unbefreiten Stammes befreit werde, welcher durch Jahrhunderte seine Befrei-ung suche und erwarte. Man solle das serbische Volk einigen, darum solle jeder Serbe Soldat sein. Ein Volk breite sich aus und entwickle sich, es wachse und vereinige sich; das Volk selbst solle diese Einigung durchführen. Es müsse entweder gänzlich zugrunde gehen oder seinen Staat verlieren, oder es müsse sich einigen. Die Einigung sei die erste und einzige Aufgabe des serbischen Stammes. Deshalb sei diese Bewegung, deshalb haben sich 250.000 Mann an der türkischen Grenze versammelt. Aber d i e w a h r e A u f g a b e d e r S e r b e n l i e g e a u f e i n e r a n d e r e n S e i t e. Die Türkei sei eine reife Birne, die Serbien von selbst in den Schoss fallen werde. Die serbische Aktion sei auf einanderes Ziel gerichtet, auf einer anderen Seite. Der Feind sei oben und nicht unten. K r o n p r i n z A l e x a n d e r h a b e v o l l s t ä n d i g R e c h t g e h a b t, a l s e r i h m s e l b s t a m T a g e d e r M o b i l i s i e r u n g s a g t e : "Wir sollen unsere Leute für den wahren und einzigen Feind bewahren und der ist oben und nicht im Süden." "Denken Sie an Oesterreich ?" "Selbstverständlich !"
Der Hass gegen die Türkei ist ein historisches Andenken, der gegen Oesterreich ist ein Vulkan, der seinen feurigen Regen ausspeien wird. Und durch das Hineinziehen in die Aktion gegen die Türkei werden wir uns gegen Oesterreich schwächen und es wird später einen leichteren Kampf gegen uns haben. Wir sollten auch für diesen Kampf vorbereitet sein, denn dieser Kampf wird sicher kommen."
Dass der serbische Thronfolger über die gefährliche verbrecherische Wühlarbeit gegen die Monarchie vollkommen informiert war, beweist auch eine Aeusserung, die er zu Mile Pavlovic nach Empfang der Nachricht über den Doppelmord in Sarajevo machte. Milo Pavlovic war nämlich beim Kronprinzen Alexander, als gerade das unmenschliche Attentat gemeldet wurde. Nach Entgegennahme der Meldung sagte Kronprinz Alexander zu Pavlovic: " M i l e, S i e h a b e n d a b e i g e w i s s I h r e H a n d i m S p i e l e".
Dieser Mile Pavlovic, der Spionage und Hochverrat zu seinen Lebensaufgaben machte und vor keinem Verbrechen zurückscheute, stand in intimsten Verkehr mit den Mitgliedern der serbischen Dynastie. Mit dem Prinzen P a w l e, einem Neffen des Königs Peter, unternahm er im Jahre 1907 eine Reise nach Italien und erstattete hie-



rüber dem König Peter Bericht. Mit dem Vater des Prinzen Pawle und Bruder des Königs Peter, Prinz A r z e n, wechselte er zahlreiche Briefe. Auch vom Prinzen Pawle liegen Briefe vor. An die gemeinsame Arbeit zur Zeit der Annexion erinnert eine russische Menükarte vom 1. November 1908 mit der Unterschrift des Kronprinzen Alexander. Die angeführten Beziehungen des Mile Pavlovic zur serbischen Regierung und Dynastie verleihen seiner an sich gefährlichen Tätigkeit einen geradezu bedrohlichen Charakter. Sie bieten auch den Masstab für die richtige Beurteilung des grosserbischen Angriffes, auf dessen Vorbereitung und Durchführung unzweifelhaft die grössten Hoffnungen gesetzt wurden.
Die offizielle Stellung des Mile Pavlovic verdient besonders für die böhmische Propaganda grosse Beachtung. Denn gerade sein Auftreten in Prag im Februar 1914, dass er als Mittelschulprofessor mit der Verteilung von Orden in Böhmen betraut wurde, musste ihn von vornherein verdächtig erscheinen lassen. In dieser Hinsicht verdient der Bericht vom 10. Februar 1914 in der tschechischen Zeitung "Samostatnost" über ein Gespräch mit Mile Pavlovic Beachtung. Es wird darin hervorgehoben, dass Mile Pavlovic ein eifriger Propagator der tschechisch-serbischen Freundschaft sei. Er sei der tschechischen Nation ein so aufrichtiger und ergebener Freund, dass er sich ihre Sprache angeeignet habe. Er spreche ganz fliessend tschechisch. Die Verdienste, welche er sich in dieser Richtung erworben habe und sein lebhaftes Interesse für die tschechische Sache haben gerade ihn dazu berufen gemacht, dass er die Auszeichnungen übergebe, welche an eine Reihe tschechischer Persönlichkeiten verliehen wurden, wie zur Zeit des Krieges eifrig daran gearbeitet haben, dass der brüderlichen serbischen Nation Hilfe geleistet werde, soweit es in den tschechischen Kräften stehe. Zu diesem Zwecke sei Mile Pavlovic zum Vortrage nach Prag gekommen, d a m i t e r i m N a m e n K ö n i g P e t e r s p e r - s ö n l i c h d i e O r d e n verteile und die Ordensdiplome an die ausgezeichneten tschechischen Führer übergebe. Ueber die Persönlichkeit des Mile Pavlovic wird hervorgehoben, dass seine wissenschaftliche Tüchtigkeit und seine wirtschaftlichen Fähigkeiten ihm den Weg bahnten zum serbischen Hofe, so dass König Peter in vielen Fragen seinen Rat eingeholt habe und ihn mit der Erziehung seiner Söhne betraute. In dem weiteren Verlauf des Gespräches erklärt Mile Pavlovic, dass die Serben es verstehen, in nationalen Fragen zwischen den Tschechen und zwischen Oesterreich zu unterscheiden. Dann sucht er freilich den Eindruck dieser Worte abzu--schwächen und tritt nach aussen in der Maske des friedlichen Mannes auf, um seine wahren hochverräterischen Bestrebungen zu verhüllen.
Demgegenüber erklärt seine Frau mit grosser Aufrichtigkeit, dass ihr Mann nach dem Attentatt von Sarajewo oft geäussert hat, dass er den Krieg wolle und lediglich das Bedenken hatte, ob es nicht zu früh sei, um den Krieg zu beginnen. Dabei habe er die grosserbische Idee verwirklichen und Bosnien, die Herzegowina, Dalmatien, Banat, Kroatien und überhaupt die südslawischen Gebiete mit Serbien vereinigen wollen. Er habe a u c h g e h o f f t, d a s s d i e S l a v e n i n B o s n i e n u n d d e r H e r z e g o w i - n a, b e s o n d e r s d i e T s c h e c h e n, mit deren Vertrauensmännern er im Verkehre stand, S e r b i e n u n t e r s t ü - t z e n w ü r d e n. T a t s ä c h l i c h s e i n a c h A u s b r u c h d e s K r i e g e s a u c h d a v o n e r - z ä h l t w o r d e n, d a s s d i e T s c h e c h e n v i e l - f a c h z u d e n S e r b e n ü b e r g e l a u f e n s e i - e n.
In diesen Worten tritt der wahre Grund und das richtige Ziel der Tätigkeit des Mile Pavlovic bei der Herstellung und Pflege der tschechisch-serbischen Beziehungen so deutlich zutage, dass man sich nur über die Geschicklichkeit dieses Mannes wundern muss, der solange und bis zum Ausbruch des Krieges ungestraft sein verbrecherisches Wirken durchführen konnte.



Ueber die Beziehungen des Mile Pavlovic zu den tschechischen Kreisen in Prag gibt auch ein Bericht Aufschluss, welcher in seiner Wohnung beschlagnahmt wurde. Die Zeitung "Ceske Slovo" vom 15.Februar 1914 schildert nämlich den Abschiedsabend, welcher zu Ehren des Mile Pavlovic, Freitag den 13.Februar 1914 in dem Hotel "Goldene Gans" veranstaltet wurde. Da diese Zeitung das Parteiorgan des Beschuldigten Klofac ist, der selbst ein Einberufer und Teilnehmer der Versammlung war, darf der Bericht wohl auf besondere Verlässlichkeit Anspruch erheben.
Als Einberufer werden Direktor E c k e r t, Abgeordneter K l o f a c und Buchhändler H o v o r k a genannt. Diese drei Personen treten demnach bei dieser Gelegenheit als die intimsten Freunde des Mile Pavlovic auf und sie sind auch, wie auch noch erwiesen werden wird, die Gesinnungsgenossen und Helfer dieses gefährlichen Organisators des serbischen Hochverrats- und Spionagesystems. In dieser Gesellschaft waren etwa 50 Personen anwesend, die sich gewiss zumindest durch ihre serbophile Gesinnung auszeichneten. Es gab auch Trinksprüche, welche von Franz Hovorka eingeleitet wurden, wobei dieser den Mile Pavlovic als Freund des tschechischen Volkes und tatsächlichen tschechischen Konsul feierte. Im Namen der Gemeinde sprach der kaiserliche Rat C i s l e r. Der Abgeordnete Klofac schilderte die hervorragenden Verdienste des Pavlovic um das tschechische Volk und erwähnte, wie dieser nach Entlassung aus dem Gefängnisse unter König Milan zur Erholung nach Prag gekommen war. Dr. S c h r e i n e r führte aus, dass die Arbeit des tschechischen Volkes für die Balkanvölker nicht von dem Bestreben nach Anerkennung, sondern nur von der Liebe zu den brüderlichen Völkern geleitet werde.
Diese Schilderung des Verkehres zwischen Mile Pavlovic und einem gewissen ihm nahestehenden Kreise in Böhmen, der an sich so harmlos zu sein scheint, gewinnt nicht nur dadurch eine ganz andere Bedeutung, dass Mile Pavlovic nach den vorliegenden Beweisen der Organisator des grosserbischen Hochverrats- und Spionagesystems war und ist, sondern insbesondere durch eine nähere Betrachtung der drei Einberufer dieser gemütlichen Versammlung.
Von Adolf E c k e r t, dem Leiter einer privaten Handelsschule in Prag, der während des Krieges gestorben ist und bis zu seinem Ableben sich den Anschein gab, als ob er sich um Politik gar nicht kümmere, liegt ein Brief vom 13.Juli 1901 vor, der bereits für jene Zeit seine revolutionären grosserbischen Bestrebungen betätigt. Er schreibt zunächst über wirtschaftliche Fragen und betont, dass Serbien vorläufig weder Fabriken bauen, noch Bergwerke eröffnen oder Bahnen anlegen solle, wenn es dies nicht mit eigenem Kapitale tun könne, da sonst ebenso wie in Bosnien und Bulgarien das deutsche Kapital eindringen würde. Adressat möge sich daher darum kümmern, dass die Zufuhr nach Serbien nur von slawischen Firmen geschehe. Dabei möge Serbien bestrebt sein, langsam selbst zu erzeugen, bis man schliesslich nichts werde importieren müssen. Dann übergeht Eckert in dem Schreiben zu Erörterungen über den Sokolkongress. Er gibt in seiner Befriedigung über das Gelingen des Sokolkongresses Ausdruck und hebt hervor, dass es den Tschechen gelungen ist, auf dem Kongresse zu beweisen, was Organisation sei und es sei ihnen auch gelungen, das ganze Slawentum auch mit Frankreich zu verbinden. Er gibt sohin die Anregung, dass man auch in Serbien den Sokolnorganisationen nähertrete u n d d a s g r o s s e r b i s c h e S o k o l e n t u m b e g r ü n d e. Es werde dann vielleicht gelingen, in fünf Jahren auch in Belgrad einen serbischen Allskokolentag einzuberufen. Dem sei eine grosse nationale Bedeutung beizumessen. Es sei darin die Zukunft, es sei darin Piemont, wenn man es im Anfang nicht sage. Er gibt dann nähere Ratschläge wegen Beschaffung der Statuten. Das Resultat werde sicher ein glänzendes sein, auch wenn es vielleicht hie und da Hindernisse geben werde. Er führt dann als leitenden Grundsatz an: "Weder Nutzen, noch Ruhm, alles für die gute Sache, für die Nation, für Grosserbien !"



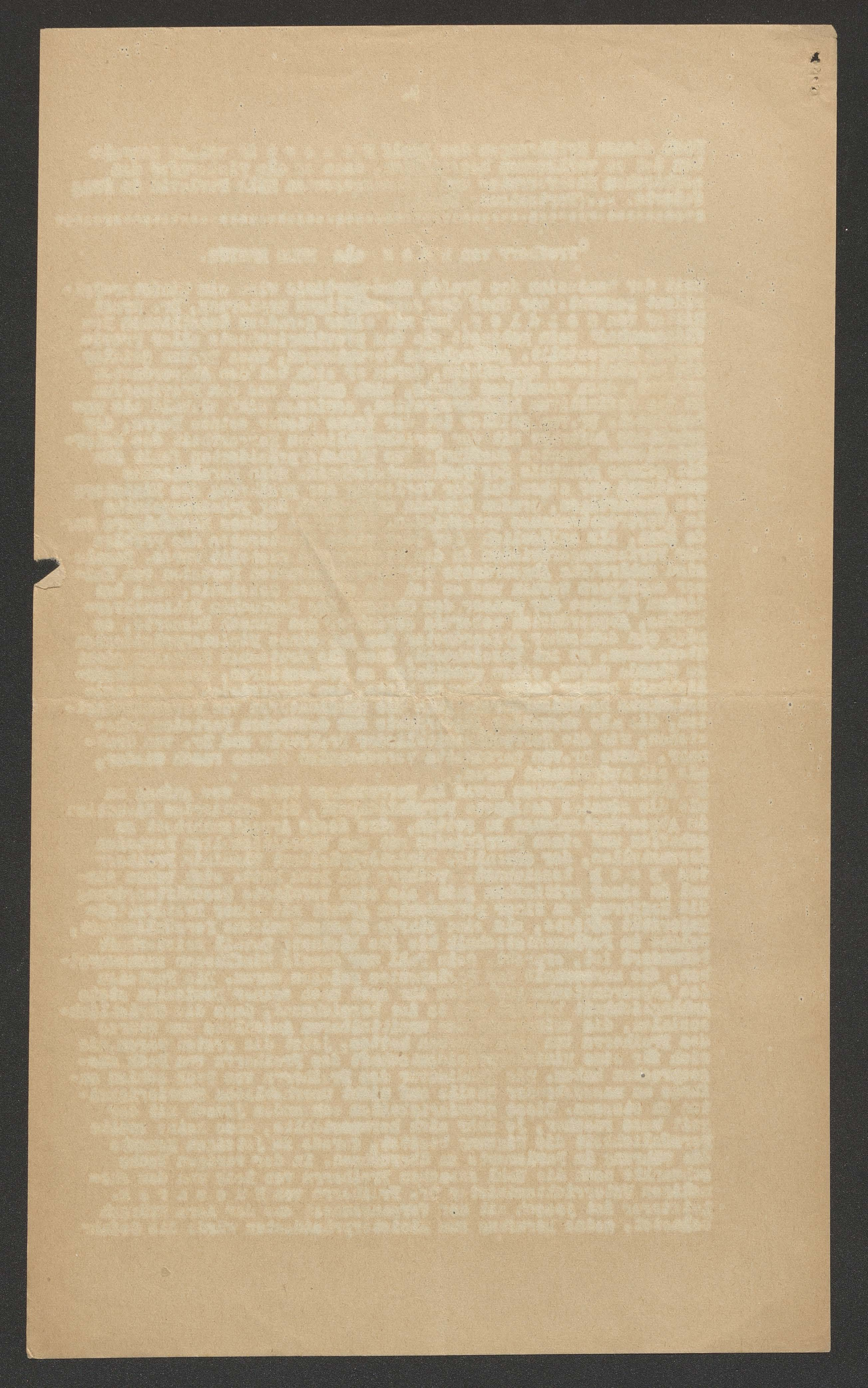
Nach diesen Erklärungen des Adolf E c k e r t in seinem Schreiben ist es vollkommen begreiflich, dass er als Einberufer den serbischen Hochverrats- und Spionageagenten Mile Pavlovic in Prag feierte. ...(Fortsetzung folgt).

****

Freiherr von B e c k als HOMO REGIUS.

Seit der Demission des Grafen Clam-Martinic wird ein Minister-Präsident gesucht. Der Chef der gegenwärtigen Regierung, Dr. Ernst Ritter von S e i d l e r, hat mit einer geradezu ängstlichen Beflissenheit sein Kabinett als das provisorischeste aller Provisorien hingestellt. Anfängliche Vermutungen, dass Dr.von Seidler die persönlichen Sympathien, deren er sich bei den Abgeordneten erfreut, dazu ausnützen könnte, sich selbst aus dem Provisorium in das Definitivum hinüberzuretten, erwiesen sich alsbald als unbegründet. Dr.von Seidler ist der treue Diener seines Herrn, der erhaltene Aufträge mit der sprichwörtlichen Korrektheit des österreichischen Beamten ausführt. Zum Ministerpräsidenten fehlt ihm die genaue Kenntnis der Parlamentstechnik. Sein persönliches Schicksal war schon bei der Verlesung der Erklärung des Ministers des Auswärtigen, Grafen Czernin anlässlich der Friedensdebatte im Abgeordnetenhause entschieden. Die Frage seines Nachfolgers wurde acut, als anlässlich der Idee eines Staatsrates das Problem der Verfassungsrevision in den Vordergrund gestellt wurde. Damals sind zahlreiche Abgeordnete der verschiedensten Parteien vom Kaiser empfangen worden und es ist ein offenes Geheimnis, dass bei diesem Anlasse der Kaiser dem Obmanne des Deutschen Nationalverbandes, Abgeordneten Dobernig gegenüber den Wunsch äusserte, es möge ein deutscher Abgeordneter das Amt eines Ministerpräsidenten übernehmen. Es ist bezeichnend, dass die deutschen Parteien nicht im stande waren, einen Kandidaten zu präsentieren, dessen Persönlichkeit Gewähr dafür geboten hätte, den Burgfrieden im Abgeordnetenhaus herbeizuführen. Auch die Kandidaturen von Persönlichkeiten, die als ehemalige Abgeordnete den deutschen Parteien nahestehen, wie die Herrenhausmitglieder Dr.Beurle und Dr. von Grabmayr, sowie Dr.von Derschatta verschwanden ebenso rasch wieder, als sie aufgetaucht waren.

Im Abgeordnetenhause sowie im Herrenhause wurde vom Anfang an als die einzige geeignete Persönlichkeit, die schwierige Situation im Abgeordnetenhause zu retten, eine feste Arbeitsmehrheit zu schaffen und einen Burgfrieden mit den oppositionellen Parteien herzustellen, der ehemalige Ministerpräsident Wladimir Freiherr von B e c k bezeichnet. Freiherr von Beck hatte sich schon einmal in einer kritischen Zeit, als eine veraltete Geschäftsordnung die Regierung zu einer permanenten Arbeit mit einer Zweidrittel-Majorität nötigte, als eine starke staatsmännische Persönlichkeit, welche in Parlamentstechnik bis ins kleinste Detail meisterhaft bewandert ist, erprobt. Sein Fall war damals Einflüssen zuzuschreiben, die ausserhalb des Parlamentes gelegen waren. Die Parteien des Abgeordnetenhauses haben ihm auch nach seiner Demission stets Anhänglichkeit bewahrt und es ist bezeichnend, dass die Christlichsozialen, die seinerzeit den unmittelbaren Anschluss zum Sturze des Freiherrn von Beck gegeben hatten, jetzt die ersten waren, die sich für eine Ministerpräsidentschaft des Freiherrn von Beck ausgesprochen haben. Die Kandidatur des Freiherrn von Beck schien anfangs an massgebender Stelle auf nicht unerhebliche Schwierigkeiten zu stossen. Diese Schwierigkeiten schwanden jedoch mit der Zeit umso rascher, je mehr sich herausstellte, dass keine zweite Persönlichkeit die Eignung besitzt, gerade im jetzigen Momente die Führung im Parlamente zu übernehmen. In der vorigen Woche schwankte noch die Wahl zwischen Freiherrn von Beck und dem ehemaligen Unterrichtsminister Dr. Freiherrn von H u s s a r e k. Letzterer ist jedoch mit der Vergangenheit aus der Aera Stürgkh belastet. Seine Berufung zum Ministerpräsidenten würde die Gefahr



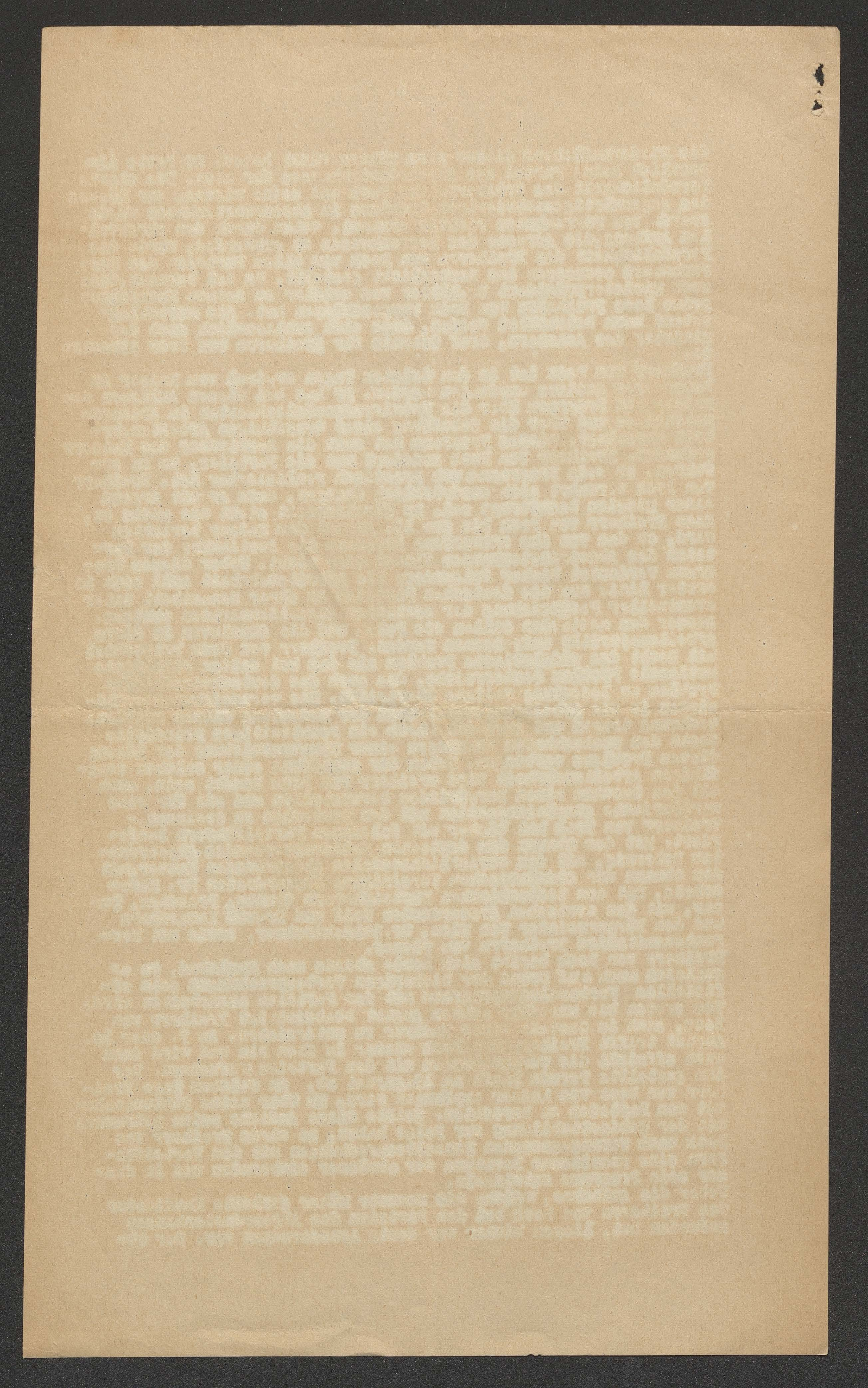
des Wiederauflebens dieser Aera nähergerückt haben. Er hatte eigentlich keine Partei des Abgeordnetenhauses für sich. Die starke Persönlichkeit des Freiherrn von Beck und seine Eignung zur Lösung des gegenwärtigenschwierigen Problems im Abgeordnetenhause wurde zuerst vom Herrenhause richtig erkannt. Schon durch den ehrenvollen Auftrag, die Adresse des Herrenhauses zu entwerfen, wurde die Persönlichkeit des Freiherrn von Beck von allen Parteien des Herrenhauses sozusagen ins Rampenlicht gestellt. Es ist bekannt, dass auch Ministerpräsident Dr. Ritter von Seidler zu seinem Nachfolger primo loco Freiherrn von Beck vorgeschlagen hat. Als ausschlaggebend kann betrachtet werden, dass sich schliesslich auch der Minister des Aeussern, Graf Czernin für Freiherrn von Beck einsetzte.

Freiherr von Beck ist in den letzten Tagen zweimal vom Kaiser in besonderer Audienz empfangen worden. Er hat bei diesen Anlässen dem Kaiser ein Programm über die Entwirrungsmöglichkeiten im Abgeordnetenhause und über die Schaffung einer tragfähigen Arbeitsmehrheit vorgelegt. Dieses Programm hat auch die Zustimmung des Kaisers gefunden. Freiherr von Beck sondiert nun die Parteien, um zu erfahren, ob sein Programmauch praktisch realisierbar ist. Freiherr von Beck verwahrt sich ausdrücklich dagegen, dass er mit irgend einer Mission beauftragt sei. In Wirklichkeit steht die Sache so, dass Freiherr von Beck bis zum 15. August dem Kaiser berichten wird, ob das von ihm entworfene Programm die Zustimmung der Parteien des Abgeordnetenhauses findet oder nicht. Ueber dieses Programm verlautet bisher folgendes: Die Arbeitsmehrheit soll sich in erster Linie auf die deutschen Parteien in ihrer Gesamtheit unter eventueller Heranziehung der deutschen Sozialdemokraten stützen. Ausser den Deutschen sollen die Polen und die Südslaven in diese Arbeitsmajorität aufgenommen werden. Freiherr von Beck betrachtet mit Recht das südslavische Problem als das bei weitem wichtigste nationale Problem Oesterreichs, das auch das deutsch-czechische Problem an Bedeutung weitaus übertrifft. Die Heranziehungder Südslawen in die Arbeitsmajorität soll der Bedeutung dieses Problems Rechnung tragen und zugleich durch ein rechtzeitiges principiis obsta den unabsehbaren Hemmungen einer Hinausschiebung der Lösung dieses Problems vorbeugen. Neben der Schaffung einer solchen tragfähigen Arbeitsmehrheit wird Freiherr von Beck bemüht sein, auch mit den Czechen einen Burgfrieden herzustellen und sie für eine meritorische Ausgleichsaktion mit den Deutschen zu gewinnen.-

Freiherr von Beck hat bisher mit folgenden Parteiführern konferiert: Mit dem Obmann des deutschen Nationalverbandes Abgeordneten Dobernig, mit dem christlichsozialen Abgeordneten Hauser, mit dem Obmann der südslavischen Vereinigung Abgeordneten Dr. Koroschetz, mit den tschechischen Parteiführern Stanek, Praschek, Tusar, mit den deutschen Abgeordneten Wolf und Dr. von Langenhahn und dem Bürgermeister von Wien, Dr. Weisskirchner, sowie mit Herrenhausmitglied Freiherrn von Plener.

Freiherr von Beck begibt sich heute abends nach Karlsbad, wo er zugleich auch auf Grund der bisherigen Vorbesprechungen sein offizielles Verhandlungsprogramm mit den Parteien ausarbeiten wird. Vom ersten bis ungefähr achten August beabsichtigt Freiherr von Beck, sich in Gastein einer Nachkur zu unterziehen. Am 9. oder 10. August trifft Freiherr von Beck wieder in Wien ein und wird dann auch offziell die Verhandlungen mit den Parteien aufnehmen. Der ihm gestellte Termin läuft am 15. August ab, an welchem Tage Freiherr von Beck vom Kaiser empfangen wird, um über seine Fühlungnahme mit den Parteien zu berichten. Sollte diese Audienz seine Betrauung mit der Kabinettsbildung zur Folge haben, so würde Freiherr von Beck nach vorangegangenen Einzelbesprechungen mit den Parteiführern eine gemeinsame Beratung der Obmänner einberufen und in dieser sein Programm entwickeln.

Ueber die Aufnahme, welche die nunmehr näher gerückte Kandidatur des Freiherrn von Beck bei den Parteien des Abgeordnetenhauses gefunden hat, liegen bisher nur wenig Aeusserungen vor. Der Ob-



mann der südslawischen Vereinigung, Abgeordneter Dr.Korosec soll in seiner Unterredung mit dem Freiherrn von Beck Bedenken persönlicher Natur ausgesprochen haben. Diese Bedenken beziehen sich jedoch auf eine Zeit, in der noch Landeshauptmann Dr. Schusterschitz massgebenden Einfluss auf die südslawischen Parteien hatte. Man befürchtet, dass unter einer Ministerpräsidentschaft des Freiherrn von Beck Dr.Schusterschitz diesen Einfluss wieder zurückgewinnen könnte. Die südslawischen Bedenken beziehen sich daher ausschliesslich auf die häuslichen Zwistigkeiten in Südsteiermark und Krain und sind nicht schwer zu beseitigen. Bedenken gegen eine Kandidatur des Freiherrn von Beck bestehen auch bei einem Teile der deutschen Parteien, insbesondere bei den Deutsch-Radikalen. Hierwürde es sich darum handeln, ob Freiherr von Beck den Deutschen sichere Garantien dafür bieten kann, die einen Rückfall in die Zeit der telephonischen Sprachenverordnungen in Böhmen ausschliessen. Von den Tschechen liegt noch keine Aeusserung vor, jedoch erfährt man jetzt, dass zu den am 24. und 25.Juli in Prag stattfindenden Beratungen der tschechischen Lokalorganisationen, die darüber zu entscheiden haben werden, ob die tschechischen Vertreter im Verfassungsausschusse des Abgeordnetenhauses sich an den meritorischen Verhandlungen über die Verfassungsrevision beteiligen sollen oder nicht, auch südslawische und ruthenische Abgeordnete teilnehmen werden. Diese bilden ein beruhigendes Element und werden für die meritorischen Verhandlungen im Verfassungsausschusse eintreten.- Es hat bisher den Anschein, als ob die Situation für eine offizielle Mission des Freiherrn von Beck nicht ungünstig stehe.

==

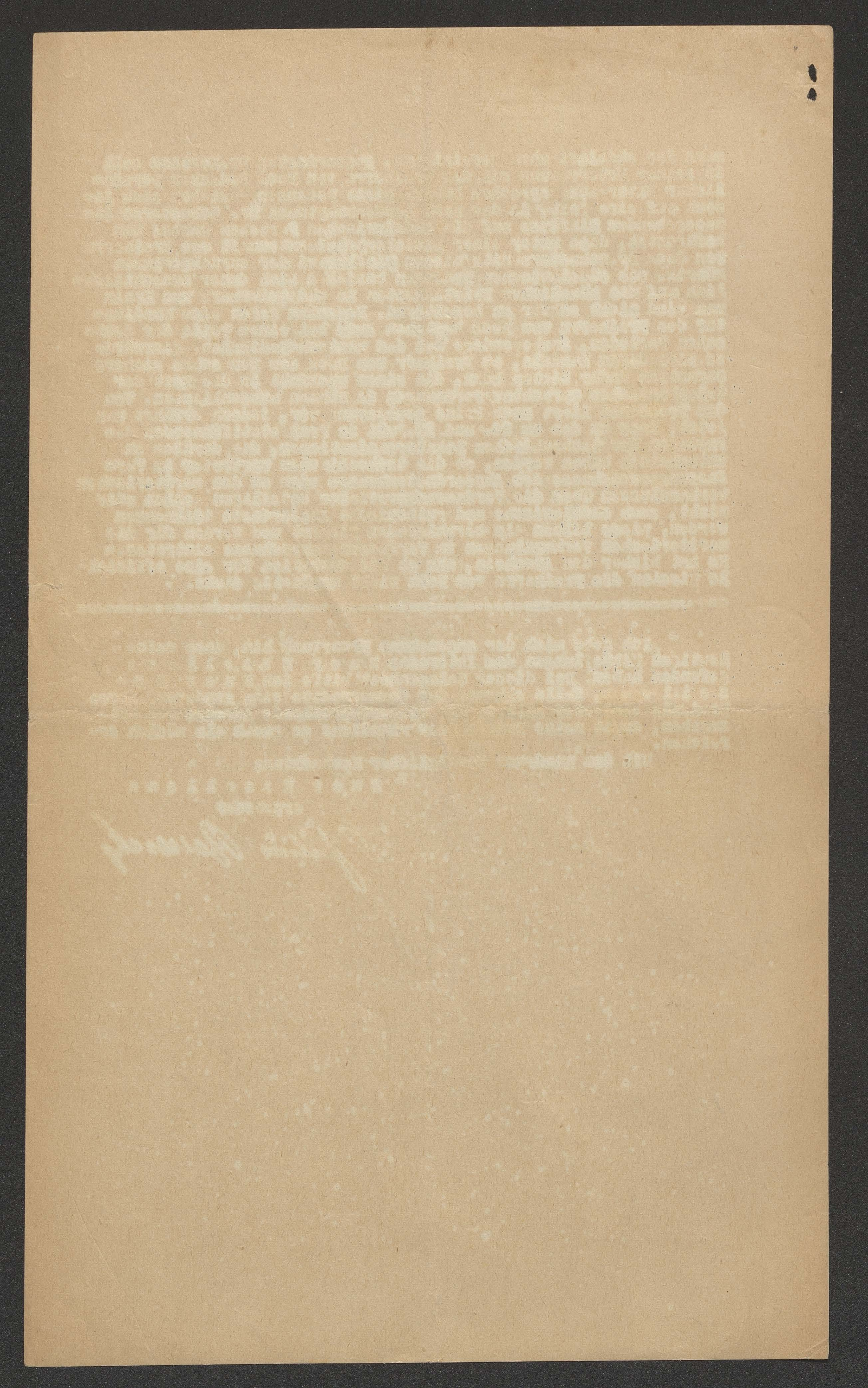
Ich gebe mich der angenehmen Erwartung hin, dass meine heutigen Mitteilungen das Interesse E u e r E x z e l l e n z gefunden haben. Bei dieser Gelegenheit bitte ich E u e r E x z e l l e n z, falls während der Sommermonate eine Aenderung Ihres Domizils eintreten sollte, mir die entsprechende Adresse bekanntzugeben, damit meine Briefe Euer Exzellenz so rasch als möglich erreichen.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung

E u e r E x z e l l e n z

ergebener

Julius Reusch



J u l i u s   B e n e s c h,
Herausgeber der "Deutsch-
böhmischen Korrespondenz"
Wien, I.,Parlament.

Streng vertraulich !
Nur zur persönlichen
Information !

****

Wien, den 28.Juli 1917.

E u e r   E x z e l l e n z !

Ich erlaube mir heute, E u e r   E x z e l l e n z wieder einen streng vertraulichen Bericht zu übersenden und beginne meine Mitteilungen mit der Fortsetzung des Aktenmateriales über die Wühlarbeit der serbischen Regierung und Dynastie gegen die Monarchie.

\- - - - - -

(Fortsetzung).......Auch der zweite Einberufer des Festabends für Mile P a v l o v i t s, der Prager Buchhändler Franz H o v o r k a , der während der Untersuchungshaft in Geisteskrankheit verfallen und gestorben ist, hat seine hochverräterische Gesinnung derart bekundet, dass sein Auftreten als eines intimen Freundes des Mile Pavlovic vollkommen erklärlich ist. Unter den ersten Briefen, welche in der Wohnung des Mile Pavlovic beschlagnahmt wurden, befanden sich auch einige Schriftstücke von Franz Hovorka, welche seine verbrecherische Tätigkeit beweisen.

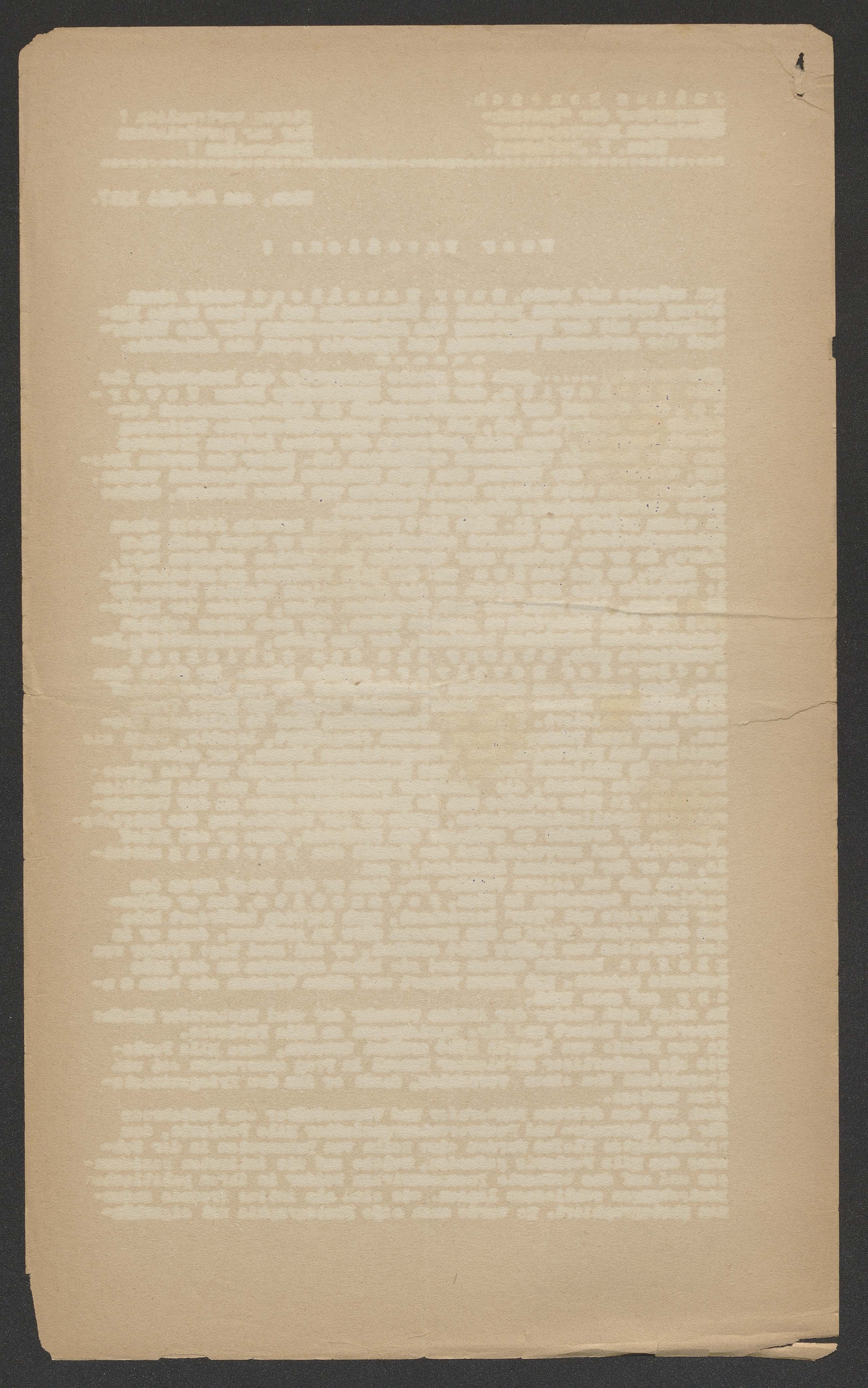
In einem Briefe vom 11. März 1914 erstattet Hovorka direkt einen Spionagebericht. Er bemerkt einleitend, dass er rasch nach Wien fahre, da er am Vortage sehr wichtige Nachrichten erfahren habe, er fahre, um sie dem I v o und dem Mile Pavlovic mitzuteilen. Mile Pavlovic möge sie gleich an die zuständigen Stellen leiten. Er fügt hinzu, dass wenn sie auch Tschechen haben, welche der Regierung für Geld Nachrichten gegeben haben, sie auch einen solchen tschechischen Patrioten besitzen, der aus Liebe, uneigennützig, Informationen gebe, o b z w a r   i h n   d a s   S c h i c k s a l   R e d l's - d e r   R e v o l v e r - ereilen könne. Er führt dann aus, dass ausser dem normalen Militärbudget für den Kriegsbedarf 270 Millionen Kronen aufgewendet worden seien. Der ganze Train wurde reorganisiert. Dafür der Voranschlag über 60 Millionen Kronen. Auch neue Transportwagen werden eingeführt, leichte, damit sie Munition und Nahrungsmittel transportieren können, der Aufwand betrage 20 Millionen Kronen. Das Rekrutenkontingent und die Armeekorps würden erhöht, die Landwehr vervollkommnet und die Munition vermehrt. In Wien arbeite man im Kriegsministerium an der Veränderung des Mobilisationsplanes, sowie an der Veränderung des Betriebs-planes. Er ersucht am Schlusse den Pavlovic, dass er den Brief abschreibe und zerreisse und den Inhalt dem H a r t w i g mitteile, da er für Russland hochwichtig sei.

Hovorka gab bei seinem Verhöre an, dass er den Brief durch den serbischen Gesandten in Wien, J o v a n o v i t s, den er offenbar im Briefe mit "Ivo" bezeichnet, nach Serbien befördert habe. Aus den anderen Briefen des Hovorka wäre zu erwähnen, dass er in dem Schreiben vom 1.März 1914 erwähnt, er sei zwei Tage früher von K l o f a c besucht worden und sie haben angenehm an den Mile Pavlovic gedacht. Mit Herrn Eckert und allen trinken sie beim S u c h y auf sein Wohl.

Da zeigt sich wieder der intime Verkehr der drei Einberufer Klofac Hovorka und Eckert und ihre Beziehungen zu Mile Pavlovic.

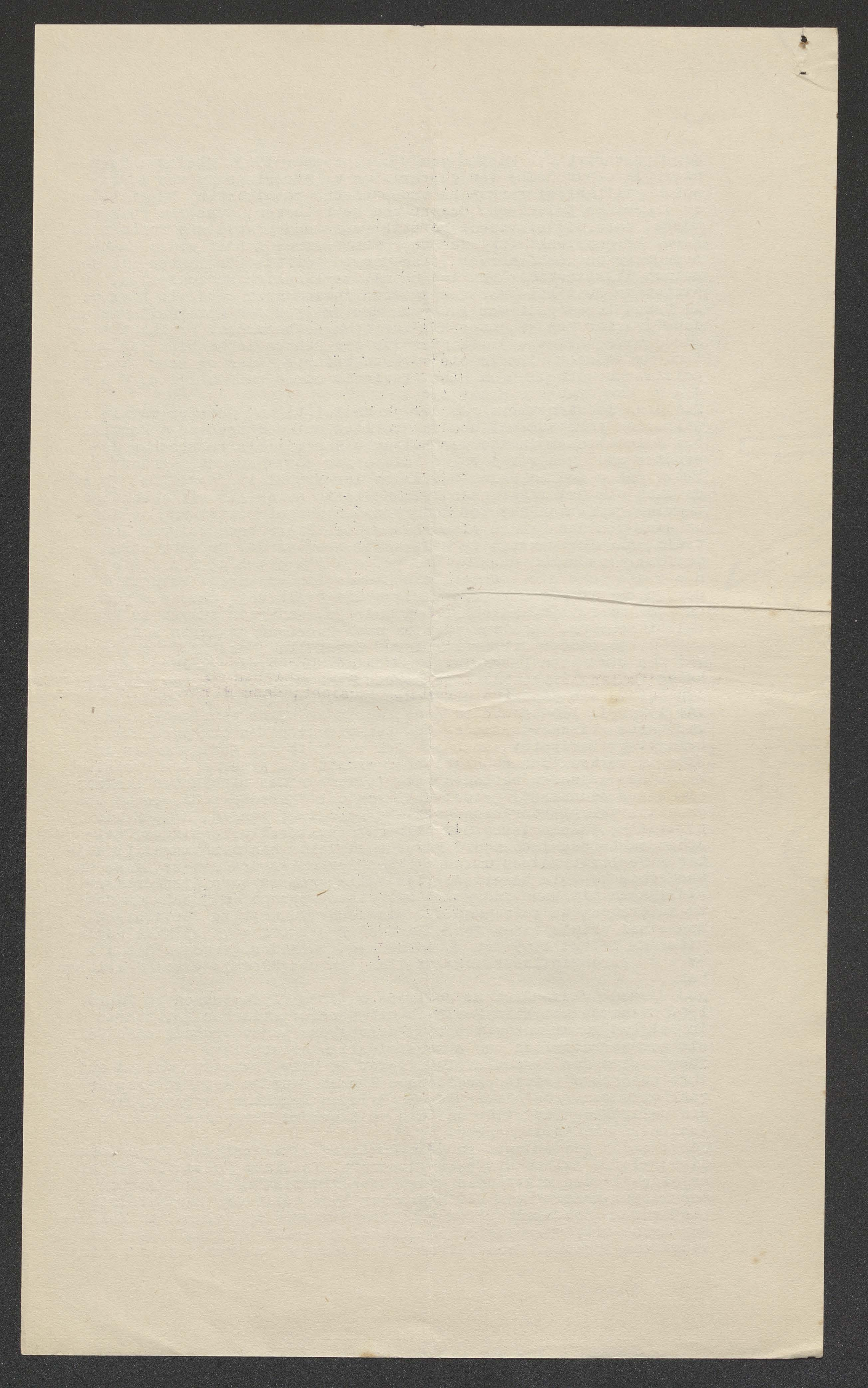
In dem Briefe vom 3.April 1914 erwähnt Hovorka, dass Mile Pavlovic als zukünftiger serbischer Konsul in Prag ausersehen sei und übermittelt ihm einen Vorschlag, damit er ihn dem Kriegsministerium vorlege.

Auch von dem dritten Einberufer und Veranstalter des Festabends für den Spionage- und Hochverratsorganisator Mile Pavlovic, dem Beschuldigten Klofac wurden eine Reihe von Dokumenten in der Wohnung des Mile Pavlovic gefunden, welche auf die intimsten Beziehungen und auf das bewusste Zusammenwirken beider in ihren politischen Bestrebungen schliessen lassen. Sie sind als intime Freunde zusammen photographiert. Es wurde auch eine Photographie mit eigenhän-



diger Zuschrift des Klofac vom 23. September 1913. Klofac interveniert in einer Reihe von Zuschriften um Ueberlassung von serbischen Militärlieferungen an tschechische Fabrikanten. Dabei betont er immer das politische Moment und hebt hervor, dass man zeigen müsse, dass die slavische Politik reale und praktische Fundamente habe. Er empfiehlt für die Uebernahme seiner Arbeit einen Fachschneider und hebt hervor, dass dessen politisches Fühlen mit dem seinen übereinstimme, um ihn so als verlässlich zu empfehlen. Er bittet im Juni 1914 bei der zweiten Anwesenheit des Mile Pavlovic in Prag, kurze Zeit vor Ausbruch des Krieges den Mile Pavlovic und den Direktor Eckert, dass sie ihn zuhause besuchen. Er lässt sich durch Mile Pavlovic Freikarten für die Bahnen in Serbien verschaffen. Er schreibt ihm in einer Ansichtskarte, dass er sehr wichtige politische Mitteilungen habe. Pavlovic müsse zu P a s i c, H a r t w i g und J o v a n o v i c.
Zu dieser letzten Karte gab der Beschuldigte an, dass er damals aus Bulgarien gekommen sei und im Hinblick auf den drohenden Konflikt bei welchem nach Angabe der Bulgaren Hartwig als russischer Gesandter und M a r k o v i c als Organ der "Narodna Odbrana" gehetzt haben sollen, sich bei ihnen ins Mittel legen wollte. Es wurde auch ein Brief gefunden, worin Klofac seine Ankunft ankündigt, um eine Karte von Belgrad nach Konstantinopel bittet und ebenso um eine von der Grenze Altserbiens über Nisch nach Belgrad und mitteilt, dass er Sonntag in Belgrad bleiben werde. Er gibt dabei der Hoffnung Ausdruck, dass er den Dr. S a j k o v i c, N i k a s i n o v i c und die tschechische Beseda finden werde. Bezüglich dieser Zuschrift gab der Beschuldigte die Erklärung, dass sie noch aus dem Jahre 1902 herrühre und dass Dr. Sajkovic zuerst in Prag gelebt habe und dann von Serbien nach Russland gegangen sei.

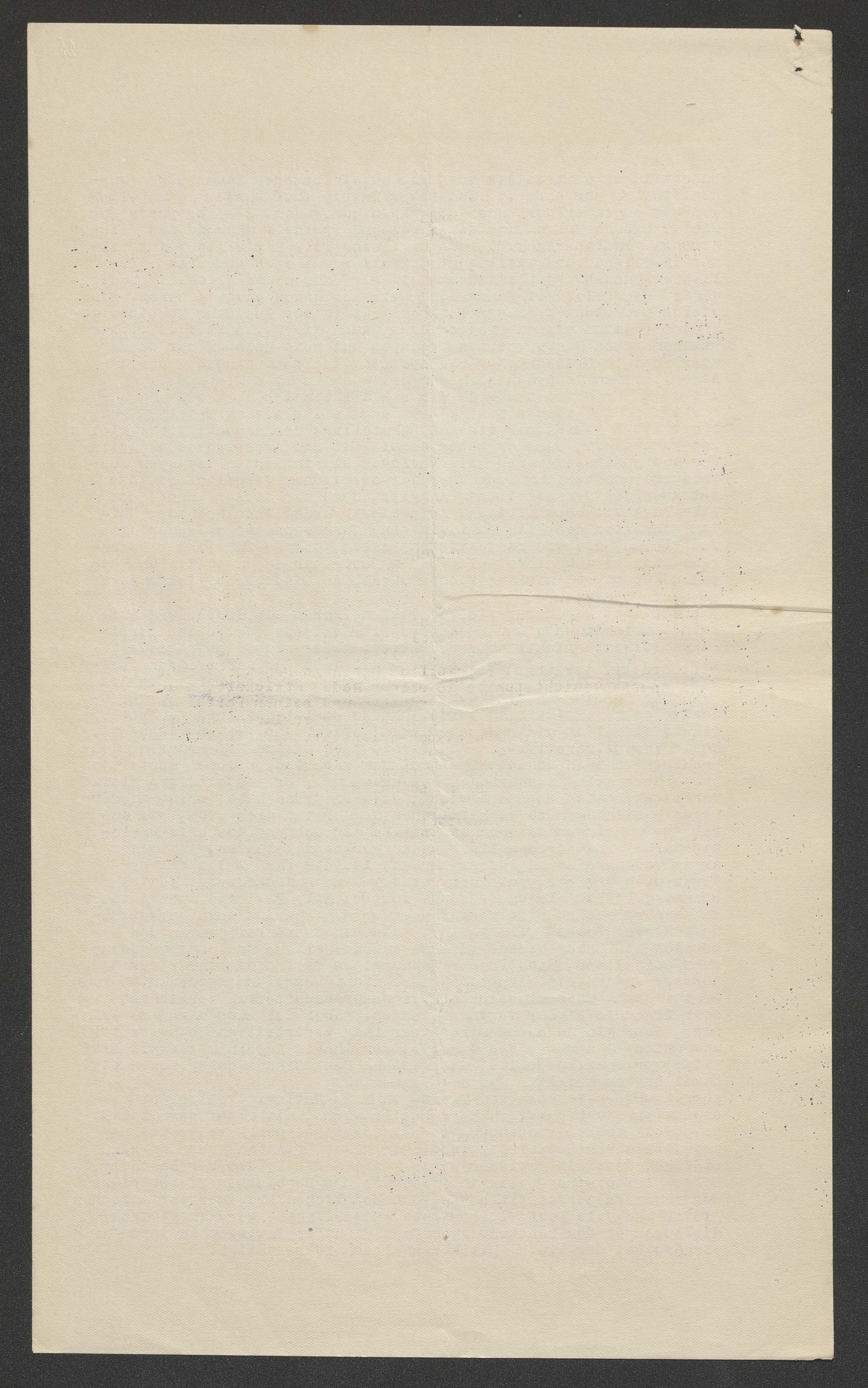
Gegenüber dieser harmlosen Darstellung des Dr. S a y k o v i t s durch den Beschuldigten Klofac wäre hervorzuheben, dass man unter den bei Pasic bezw. im serbischen Staatsarchiv beschlagnahmten Dokumenten eine Zuschrift des Dr. Sajkovits an den Minister vom 15. April 1904 gefunden habe, worin er seine panslawistische und grosserbische Gesinnung und Betätigung offen zum Ausdruck bringt. Er berichtet, dass er sich zur Zeit des Königsmordes in Wien in vertraulicher politischer Arbeit als Attache des Ministeriums des Aeussern befunden habe (offenbar des serbischen Ministeriums des Aeussern). Er sei dann von der "Narodna rada ceska" aus Prag als Delegierter nach Russland geschickt worden, um auf die politische, ökonomische und allgemein kulturelle Verbindung zwischen dem tschechischen und russischen Volke hinzuarbeiten. Im weiteren Verlaufe seines umfangreichen Berichtes erklärt er, dass das tschechische Volk bereit sei, im Falle grosser europäischer Verwicklungen mit Mann und Maus, mit einem Sprunge an Russlands Seite zu treten, um seine und die slawische Zukunft zu verteidigen.-
Aus einem Briefe eines Journalisten T a l e t o v an Mile Pavlovits vom 14. Mai 1909 ist zu entnehmen, dass der genannte S a j k o v i c eine einflussreiche Stellung in der "Nowoje Wremja" erlangt hat.
Aus diesen Briefen ist zu schliessen, dass Klofac schon im Jahre 1902 zusammen mit Mile Pavlovic mit panslavistischen Agitatoren in Belgrad Zusammenkunft hatte, welche das ganze tschechische Volk als hochverräterisch und staatsfeindlich hinstellen.
Zuschriften des Beschuldigten Klofac an Mile Pavlovic, welche auf ihre besondere Inition schliessen lassen, wurden noch in grosser Zahl gefunden. Aus allen diesen Briefen leuchtet unverkennbar die politische Intimität und die vollkommene Uebereinstimmung der Ansichten und Ziele hervor.
Ueber seine Beziehungen zu Mile Pavlovic gibt übrigens der Beschuldigte Klofac selbst die beste Auskunft. In seinem Berichte über eine Reise in den slavischen Süden, veröffentlicht in der Zeitung "Ceska Demokracie" vom 22. September 1906 teilt der Beschuldigte Klofac sein Zusammentreffen mit Mile Pavlovic in Belgrad in folgender Weise mit: "Der Zug blieb stehen. Ueberall erklingt schon die slavische Sprache. Neue Uniform. Wir drängen uns vom Zuge weg. Im



Bahnhoflärm kommt es uns vor, als ob wir unseren Namen hören würden. Ja, es war auch so. Und bevor Du bis fünf zählen kannst, liegen wir schon an der Brust des alten Kameraden, des Märtyrers für die serbische Nation und die serbische Freiheit während der Milanischen Gewaltherrschaft, des Professor Mile P a v l o v i c, eines in Belgrad und vielleicht überall - was viel bedeutet - beliebten Mannes. "Gut angekommen !" wir danken und drücken uns die Hände. Mehr als drei Jahre haben wir uns schon nicht gesehen. Wie vieles hat sich in dieser letzten Zeit in der Residenz Serbiens geändert ! Nicht nur die Regierungen, auch die Dynastie........Wir blieben schon Gäste unseres Freundes und sein Haus in der Gasse "der Königin Ljubica" war bis spät in die Nacht hinein Zeuge unseres intimen Gespräches. D e n n w e n n j e m a n d i n d i e s e r b i s c h e n V e r h ä l t n i s s e e i n g e w e i h t i s t, d a n n i s t e s s i c h e r M i l e P a v l o v i c." Aus dieser eigenen Darstellung des Beschuldigten Klofac ist zu ersehen, dass er schon damals mit dem grosserbischen Agitator und Spionageagenten Mile Pavlovic die intimsten Gedanken austauschte und von ihm auch über die serbischen Verhältnisse, das ist über den grosserbischen Angriff, denn nur dieser konnte den Mile Pavlovic beschäftigen, informiert wurde. Wenn trotzdem unter den Schriften des Mile Pavlovic eine Korrespondenz zwischen diesem und Klofac, die wie man erwarten sollte, den ausführlichen Gedankenaustausch über ihre politischen Bestrebungen darstellt und eingehend erörtert, nicht gefunden wurde, so sind hiebei folgende Momente zu beachten:

K l o f a c wurde bereits vor vielen Jahren mit Beziehung auf seine ausländischen und besonders mit Beziehung auf seine serbischen Reisen öffentlich verdächtigt. Da er sich dessen bewusst war, was für ihn auf dem Spiele stand, wenn der wahre Grund seines radikalen Auftretens in der Monarchie erwiesen werden sollte, gewöhnte er sich an eine derartige Vorsicht, dass diese zum Leitmotive seiner Betätigung wurde. Der Beschuldigte Klofac selbst erklärte einmal in einer Versammlung (Bericht der Zeitung "Samostatnost" vom 31.März 1914: " Ich lernte nach vielen Erfahrungen, misstrauisch zu sein und nicht einmal den nächsten Freunden sagte ich etwas über meine auswärtigen Beziehungen". er Beschuldigte Klofac war sich demnach dessen bewusst, dass er Grund habe, seine auswärtigen Beziehungen zu verheimlichen und er tat dies auch, wie aus folgenden Belegen zu ersehen ist: In der Wohnung des Mile Pavlovic wurde eine Adressenliste jener Personen gefunden, mit denen er im Verkehre stand. Diese Adresse lautete für K l o f a c: "Frau M. B u r e s, Ecke der Palacky- und Budeckegasse, Königl-Weinberge." Die gleiche Adresse ist bei Mile Pavlovic auch notiert auf einer Druckschrift vorgefunden worden. Daraus geht unzweifelhaft hervor, dass Mile Pavlovic die Geheimnachrichten an den Beschuldigten unter dieser Adresse zukommen liess und es ist gewiss sehr auffallend, dass in der Wohnung des Klofac die unter der Deckadresse an ihn eingelangten Briefe nicht vorgefunden wurden. Daraus ergibt sich, dass diese Briefe entweder rechtzeitig vernichtet oder irgendwo sicher verwahrt wurden. Dabei ist auch daran zu erinnern, dass Klofac auchdem rechtskräftig verurteilten Hochverräter und Spion J a n c e w e c k i j, der ihm in Russland finanzielle Hilfe verschaffen wollte, die gleiche Deckadresse angegeben hat, damit er ihm heimlich das Geld zuschicke

Aber auch der Verkehr von Klofac zu Mile Pavlovic vollzog sich, soweit er nicht mündlich hergestellt wurde, nicht auf normalem Wege durch direkte Einsendung an seine Adresse per Post, sondern heimlich durch Mittelspersonen. Der Zeuge Dr.Anton Hassmann bestätigt, dass ein gewisser Eugen R i j a c e k, dem der Beschuldigte Klofac eine Stelle im Pressbüro des serbischen Ministeriums des Aeussern verschafft hatte, den heimlichen Briefverkehr zwischen Klofac und Mile Pavlovic besorgte. Diese Angabe wird auch durch die Aussagen der Beschuldigten Frau Mathilde Pavlovic in ihrem Verhöre bei der k.u.k. Militäranwaltschaft bestätigt.



Ueberdies ist zu beachten, dass das Schriftenmaterial, welches in der Wohnung des Mile Pavlovic von der Militäranwaltschaft beschlagnahmt wurde, wohl sehr reichhaltig aber immerhin nicht vollständig ist. Die Hausbesorgerin des Mile Pavlovic, Kata C e k i c geb. Sträf bestätigt als Zeugin, dass vor dieser umfassenden Hausdurchsuchung durch Frau Mathilde Pavlovic eine Sichtung vorgenommen wurde und dass diese durch die Zeugin einen Teil dieser Schriften habe verbrennen lassen. Auch die Frau Mathilde Pavlovic gab bei ihrem Verhöre an, dass bereits vorher ein Teil der Schriften, welche von ihrem Manne im Ofen verborgen wurden, verbrannt ist und dass Mile Pavlovic auch einen Teil der Schriften mitgenommen habe. Dadurch sind zweifellos die allerwichtigsten Schriften beiseite geschafft und dem behördlichen Zugriffe entzogen worden.-

- - - - -

Trotz der angewendeten Vorsicht und des heimlichen Verkehres unter Deckadressen ist es doch gelungen, ein Dokument herbeizuschaffen, welches den Beschuldigten Klofac einer direkten Spionagetätigkeit zu Gunsten Serbiens überführt.(Der Inhalt dieses Dokumentes wurde Euer Exzellenz bereits vor einiger Zeit im Wege der "Vertraulichen Mitteilungen"bekanntgegeben und bezieht sich auf die Mitteilung über die Explosivpatronen.).

==========

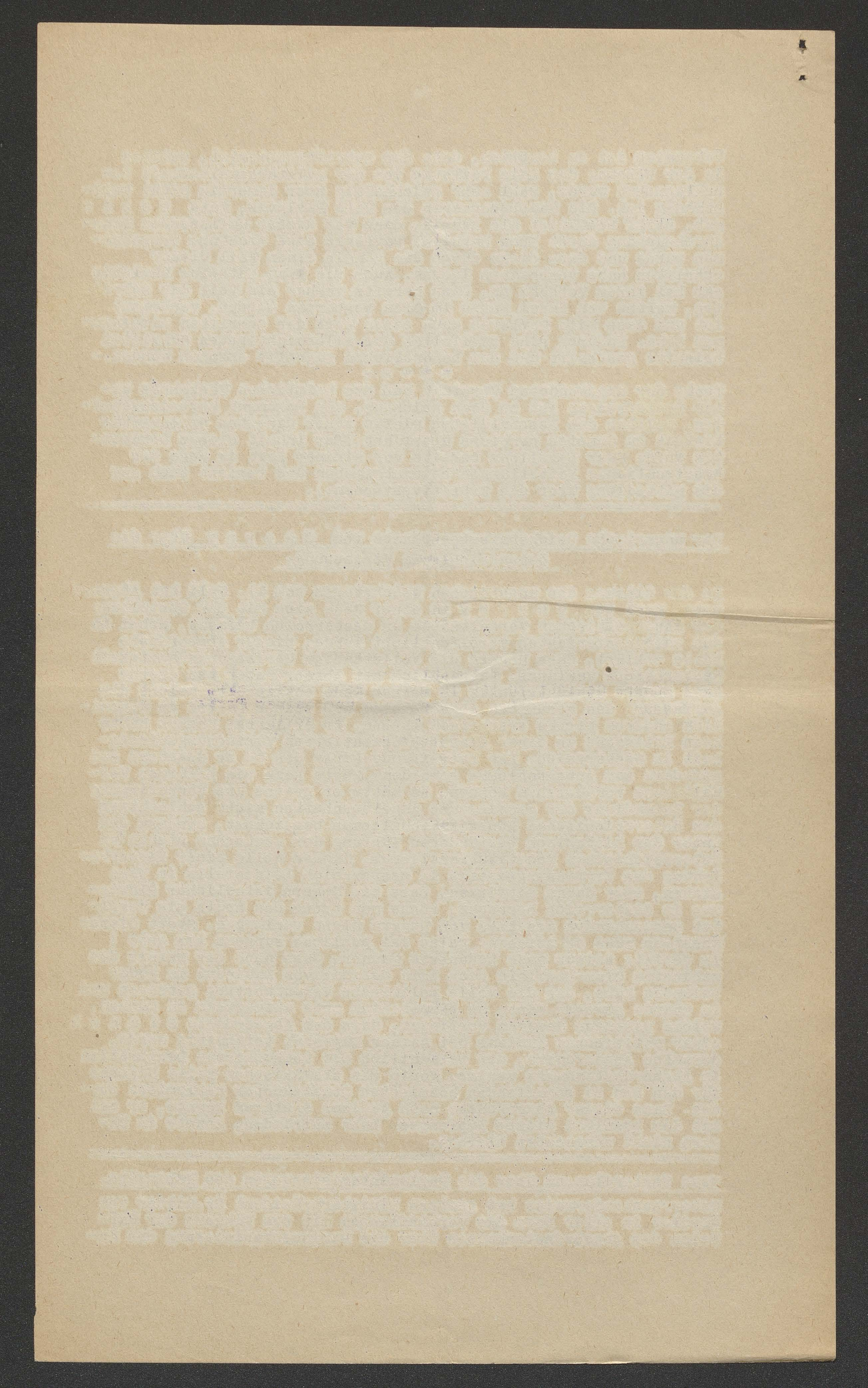
Der ungarische Reichstagsabgeordnete von C s e r n y über die österreichische Verfassung.

In der Sitzung des ungarischen Reichstages vom 11. Juli hat Abgeordneter Karl von C s e r n y in einer Rede sich mit der Gestaltung der innerpolitischen Verhältnisse in Oesterreich befasst, wobei in den Zeitungsberichten veröffentlicht wurde, dieser Abgeordnete hätte erklärt, dass Ungarn die vollständige Verfassungsmässigkeit Oesterreichs verlange. Tatsächlich hat Abgeordneter von Cserny ganz andere Gesichtspunkte in seiner Rede entwickelt, welche die Auffassung des genannten Abgeordneten und seiner Partei in wesentlich anderem Lichte erscheinen lassen. Er erklärte, Ungarn hätte kein Interesse an einer slawisch-orientierten Verfassungsmässigkeit in Oesterreich. Der betreffende Punkt des 64 er Gesetzes sei geradezu zum Anachronismus geworden. Hätte Deak die heutigen Verhältnisse voraussehen können, so hätte er gewiss aus Vorbedingung der Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten nicht schlechtweg den österreichischen Konstitutionalismus bezeichnet, sondern den unter der historisch begründeten Führung der Deutschen stehenden österreichischen Konstitutionalismus. Ungarn wolle einer Wiederbelebung des Verfassungswesens in Oesterreich keinesfalls im Wege stehen, aber daran mitwirken, dass ein Ungarn feindlicher Slawismus in Oesterreich herrsche, könne man trotz des heute als veraltet anzusehenden Gesetzes von Ungarn nicht verlangen. Statt dieses Gesetzes muss es heissen: Salus rei publicae suprema lex esto ! Im Verfolg seiner Rede bedauerte Redner, dass nach der Krisis des Kabinetts Clam-Martinic sich kein definitives Kabinett am Ruder befunden habe, das die volle politische Verantwortung getragen und im Stande gewesen wäre, an kompetentem Orte aufmerksam zu machen, welche Bedenken dagegen vorliegen, dass der Abgeordnete S t a n e k einer politischen Audienz bei Seiner Majestät teilhaftig werde, derselbe Abgeordnete, der bekanntlich die tschechische Deklaration im Abgeordnetenhause verlas, worin die slowakischen Teile Ungarns für den neu zu schaffenden böhmischen Staatskörper reklamiert wurden. Dass dieser Abgeordnete nach Audienz erklären konnte, er sei mit dem Resultat dieses Empfanges sehr zufrieden, konnte in Ungarn nicht unbeachtet bleiben.

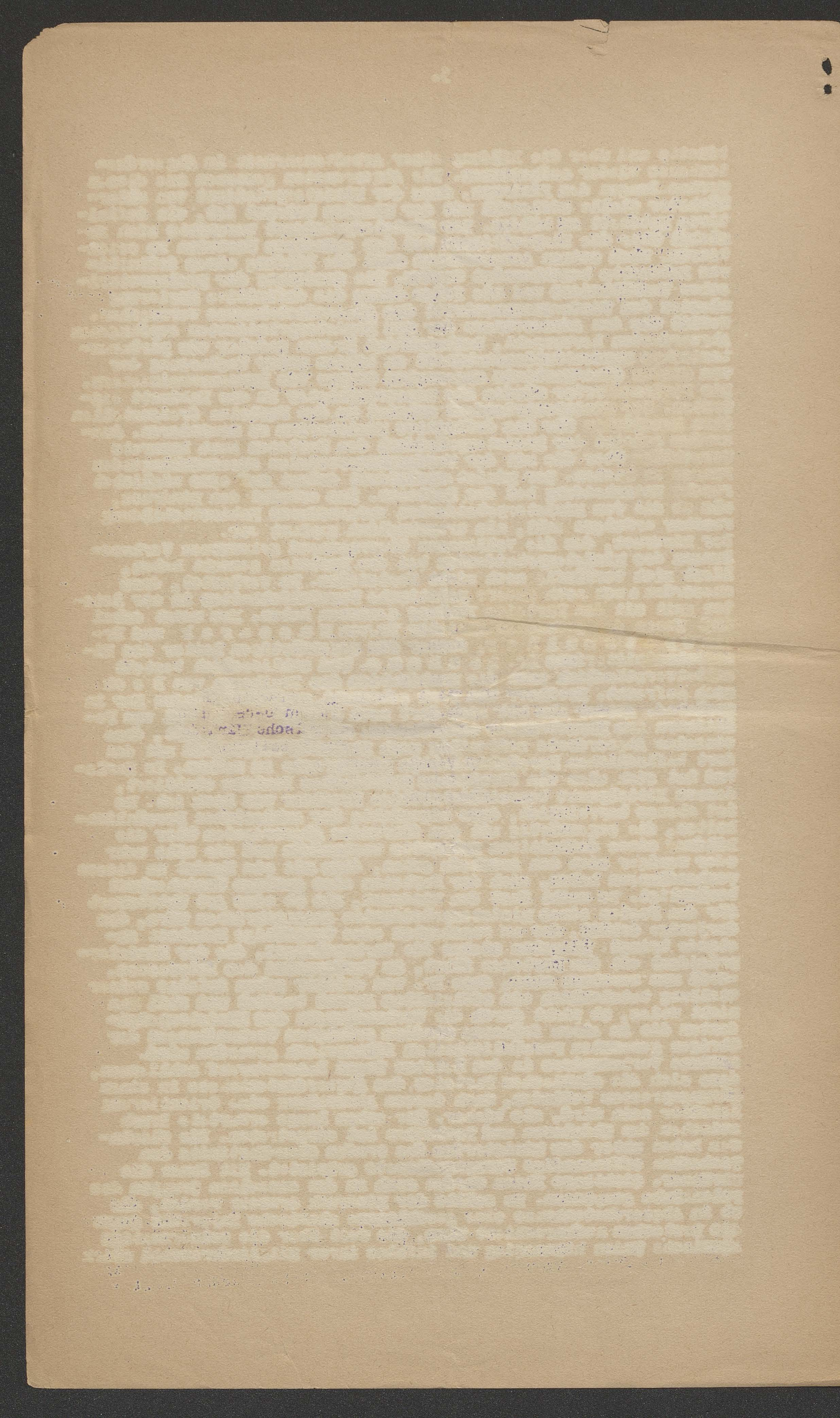
==========

Neue Verhandlungen über die Parlamentarisierungen des Kabinetts.

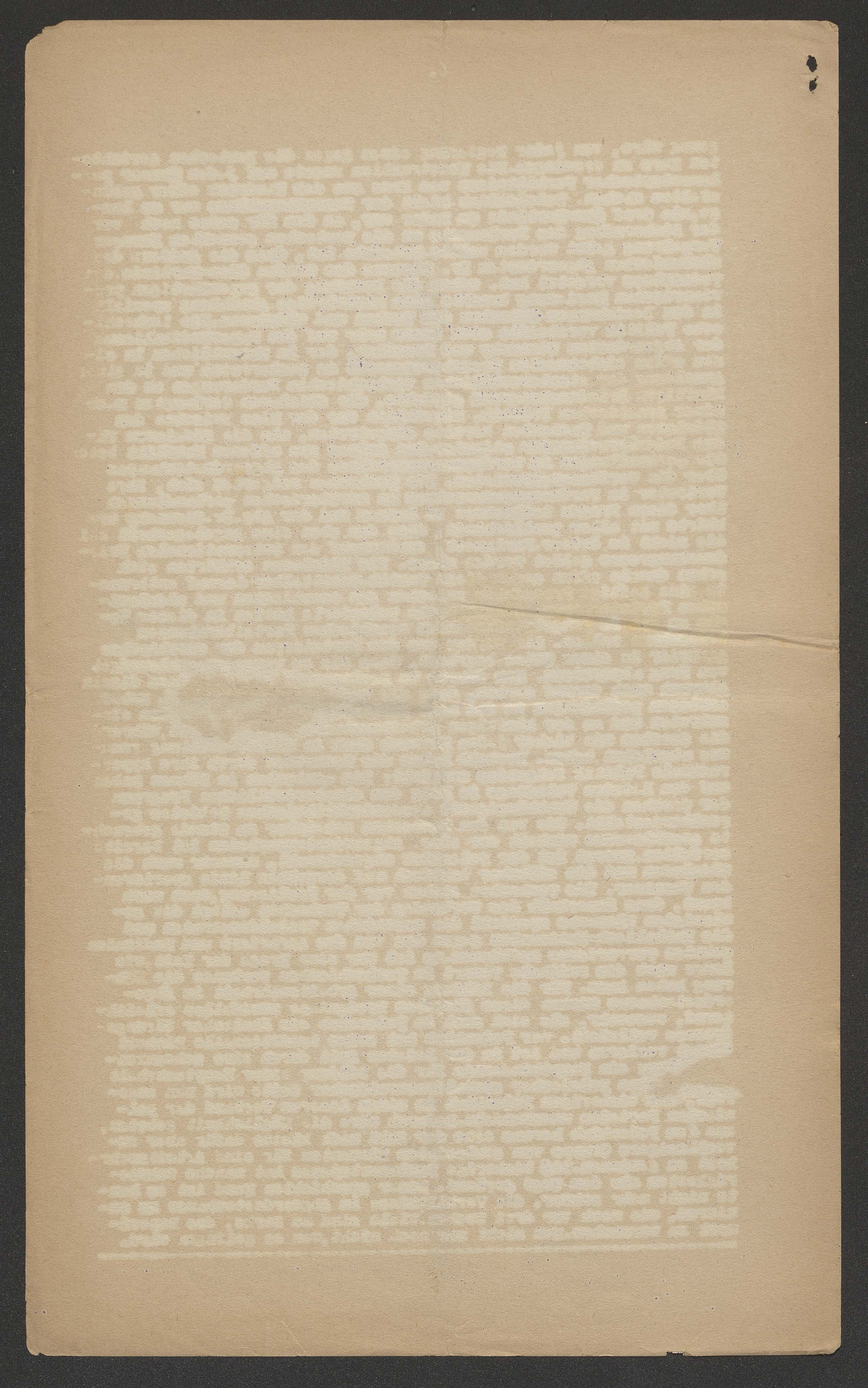
Ueberraschenderweise hat gestern Ministerpräsident Dr.Ritter von Seydler in aller Form die Verhandlungen mit den Führern der Parteien des Abgeordnetenhauses über die Parlamentarisierung des Ka-



binetts und über die Bildung einer Arbeitsmehrheit im Abgeordnetenhause wieder aufgenommen. Die Abgeordneten gewannen aus diesen Verhandlungen den Eindruck, dass der Ministerpräsident von allerhöchster Stelle offiziell mit der Mission betraut ist, ein definitives Kabinett zu bilden. Der Ministerpräsident versuchte sich zunächst über die Dispositionen bei den einzelnen Parteien zu orientieren. Nach seinen Aeusserungen soll die Bildung eines definitiven Kabinetts beschleunigt werden. Die Sanierung der parlamentarischen Verhältnisse und als Folge davon die definitive Regierung müssten dem Wiederzusammentritt des Abgeordnetehauses vorangehen. Soweit aus den Aeusserungen der vom Ministerpräsidenten empfangenen Abgeordneten hervorgeht, beabsichtigt Dr. von Seidler ein parlamentarisches Konzentrationskabinett zu bilden unter Weglassung der vom Grafen Clam-Martinic angeregten Gruppe von Landsmannministern. Die Parlamentarier würden als Ressortminister in das Kabinett eintreten. Der Ministerpräsident scheint es den Parteien freizustellen ihre Kandidaten für das definitive Ministerium zu nominieren. Ausserdem scheint der Ministerpräsident den Parteien auch konkrete Vorschläge über die mit der Verfassungsrevision zusammenhängenden Fragen zu machen. Der Ministerpräsident drängt auf eine möglichst rasche Entscheidung bei den Parteien. Das erweckt den Eindruck, als ob die vom Ministerpräsidenten vorgenommene Kabinettsbildung rascher erfolgen soll, als ursprünglich geplant war.
Der Eindruck, den die vollkommen überraschend gekommenen Verhandlungen des Ministerpräsidenten bei den Parteien gemacht haben, lässt sich vorläufig noch nicht feststellen. Es verlautet, dass ausserdem auch noch andere politische Persönlichkeiten in der letzten Zeit mit den Parteien Fühlung genommen haben. Man nennt dabei die Namen der gewesenen Minister Dr. von H u s s a r e k und Dr. von S p i t z m ü l l e r, ferner den gegenwärtigen Leiter des Eisenbahnministeriums Dr. B a n h a n s. Und schliesslich besteht selbstverständlich auch die Kombination des Freiherrn von B e ck noch aufrecht. Freiherr von Beck gebraucht gegenwärtig eine Kur in Karlsbad. Ausser ihm hat sich dort noch eine namhafte Zahl von Politikern zum Kurgebrauche eingefunden. Es ist auch bekannt, dass einzelne Abgeordnete zeitweilig nach Karlsbad reisen, um mit den dort befindlichen Persönlichkeiten Rücksprache zu nehmen. In Karlsbad hat sich also ein förmliches politisches Zentrum etabliert, dessen Mittelpunkt begreiflicherweise Freiherr von Beck ist. Es ist ebenso begreiflich, dass angesichts der zahlreichen Persönlichkeiten, die gegenwärtig mit den führenden Abgeordneten über die Bildung eines definitiven Kabinetts verhandeln und die alle mehr oder weniger sich den Anschein geben, dass sie ein Mandat zu diesen Verhandlungen haben, sich der Parteien eine gewisse Unsicherheit bemächtigt. Es macht fast den Eindruck, als ob eine Art Wettbewerb für den Posten eines Ministerpräsidenten ausgeschrieben wäre, den derjenige erhält, der am raschesten eine tragfähige Mehrheit zustande bringt. Momentan stehen die Verhandlungen, die der Ministerpräsident mit den Parteien führt, im Vordergrund des Interesses, -weil man annehmen muss, dass Dr. von Seidler schon infolge seiner Stellung tatsächlich ein offizielles Mandat besitzt und weil man nicht weiss, ob nicht durch die Verhandlungen des Ministerpräsidenten die in einem früheren Stadium erfolgten Verhandlungen der übrigen genannten Persönlichkeiten illusorisch geworden sind.
Gewisse Vorkommnisse in den letzten Tagen lassendarauf schliessen, dass sich die slawischen Parteien des Abgeordnetenhauses in einem Gärungsprozess befinden, nach dessen Abwicklung eine Orientierung leichter sein wird, als bisher. Der schon lange erwartete Bruch zwischen den Südslawen und Tschechen ist eingetreten. Die Südslawen haben unter dem Ministerium des Grafen Clam-Martinitz den Tschechen offenkundige Vorspanndienste geleistet. Mit ihnen die Ukrainer. Sichtbare Fäden wurden auch zu den einzelnen Gruppen des Polenklubs gesponnen. Es sollte der Eindruck erweckt werden, als ob im Abgeordnetenhause eine geschlossene slawische Majorität gegen die Deutschen aufmarschiert wäre, die weit über die seinerzeitige slawische Union hinausging und infolge ihrer Mitgliederanzahl stark



genug wäre, von jeder Regierung einen gegen die Deutschen gerichteten Kurs zu erzwingen. Die Konstruktion musste auf jeden Kenner parlamentarischer Verhältnisse von Haus aus den Eindruck einer gekünstelten machen. Tatsächlich hielt der Zusammenschluss nur so lange, als Graf Clam-Martinic am Ruder war, an dem für seine noch vor der Einberufung des Parlaments an die Deutschen gemachten Zusagen Vergeltung geübt werden sollte. Tatsache ist, dass die Audienz des slowenischen Abgeordneten Dr. Korosec dem Grafen Clam-Martinic den Todesstoss versetzt hat. Schon die Berufung der gegenwärtigen provisorischen Regierung brachte eine merkwürdige Abkühlung speziell in den Beziehungen zwischen den Tschen und Südslawen. Die tschechische Politik versteifte sich immer mehr auf den Hyperradikalismus der Abgeordneten Stransky und Praschek, der im Wesentlichen in einem offen einbekannten Desinteressement an Oesterreich und in einer Anmeldung der staatsrechtlichen tschechischen Forderungen an den künftigen Friedenskongress gipfelte, die Südslawen verlangten nach einer praktischen Politik. Eigentlich war der Riss zwischen den Südslawen und Tschechen bereits eingetreten, als die Südslawen für das Budgetprovisorium stimmten. Den Anlass zum offenen Konflikt boten die Verhandlungen im Verfassungsausschuss des Abgeordnetenhauses über die Verfassungsrevision. Die Tschechen weigerten sich, ihre Vertreter im Verfassungsausschuss an meritorischen Verhandlungen über diese Fragen teilnehmen zu lassen und der Abg. Dr. Stransky erklärte mit aller Deutlichkeit, dass das eben eine Angelegenheit sei die nicht im österr. Parlament, sondernauf dem internationalen Friedenskongresse gelöst werden müsse. Die Südslawen erklärten sich schon damals offen gegen diese Taktik. Unmittelbar darauf entbrannte eine heftige Pressfehde zwischen den czechischen und südslawischen Parteiorganen. Südslawische Delegierte hätten in dieser Woche an den in Pragstattfindenden czechischen Parteiberatungen teilnehmen sollen. Sie wurden von dem Parteiorgan der czechischen Agrarier in einer Weise begrüsst, dass sie es vorzogen, schleunigst von Prag abzureisen. Man führte in parlamentarischen Kreisen diesen Abbruch auch darauf zurück, dass die Südslawen bereit sind, unter gewissen Bedingungen in das neue parlamentarische Ministerium einzutreten und an der künftigen Arbeitsmehrheit teilzunehmen, während die Czechen wie bisher jeden Versuch auch in dieser Richtung rundweg abgelehnt haben. Deshalb haben die Tschechen durch ihre hyperradikale Politik folgendes erreicht: Die Deutschen in Böhmen haben auf dem letzten Volkstage in Prag dem staatsrechtlichen Programm der Czechen die Unabhängigkeit desdeutschböhmischen Gebietes gegenübergestellt. Die von den Tschechen scheinbar zu Stande gebrachte geschlossene Einheit der slaw. Abgeordnetenparteien ist bereits zerfallen. Zuerst ist der Polenklub abgeschwenkt, nunmehr auch die Südslawen und die offenbar taktisch auf derselben Linie operierenden Ukrainer. Die Tschechen stehen vor der Isolierung, wozu noch kommt, dass innerhalb des Verbandes der Tschechen selbst die gemässigten Elemente speziell die czechischen Sozialdemokraten und die Katholisch-Nationalen gegen den von den Agrariern und Radikalen geübten Terrorismus aufbäumen. Es ist nur eine Frage der Zeit, wie lange noch die radikale Tonart im Tschechischen Verbande die Führung haben kann. Für die Bildung einer Arbeitsmehrheit im Abgeordnetenhause wirken diese jüngsten Ereignisse zweifellos erleichternd, umsomehr, als sich auch im Polenklub ein ähnlicher Gärungsprozess vollzieht. Der Polenklub hat seine traditionelle Einheit längst verloren und ist in der letzten Zeit durch eine schwankende Haltung ein Haupthindernis für die Bildung einer Hauptmehrheit geworden. Von polnischer sozialdemokratischer Seite wird nun angeregt, den bisherigen Polenklub in einen loseren Verband der polnischen Parteien umzuwandeln. Dadurch wäre die Möglichkeit geboten, aus dem Polenklub heraus eine der Zahl nach kleine dafür aber zuverlässigere Gruppe von gemässigten Elementen für eine Arbeitsmehrheit zu gewinnen. Die bisherige Parlamentspause hat manche Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt. Einer geschickten Hand ist es heute nicht mehr schwer, die Verhältnisse im Abgeordnetenhause zu sanieren, wie noch vor drei Wochen. Viele sind am Werke, das Experiment zu versuchen. Man sieht nur noch nicht, wem es gelingen wird.



J u l i u s B e n e s c h,
Herausgeber der "Deutsch-
böhmischen Korrespondenz"
Wien I., Parlament.

Streng vertraulich !
Nur zur persönlichen
Information !

****

Wien, den 4. August 1917

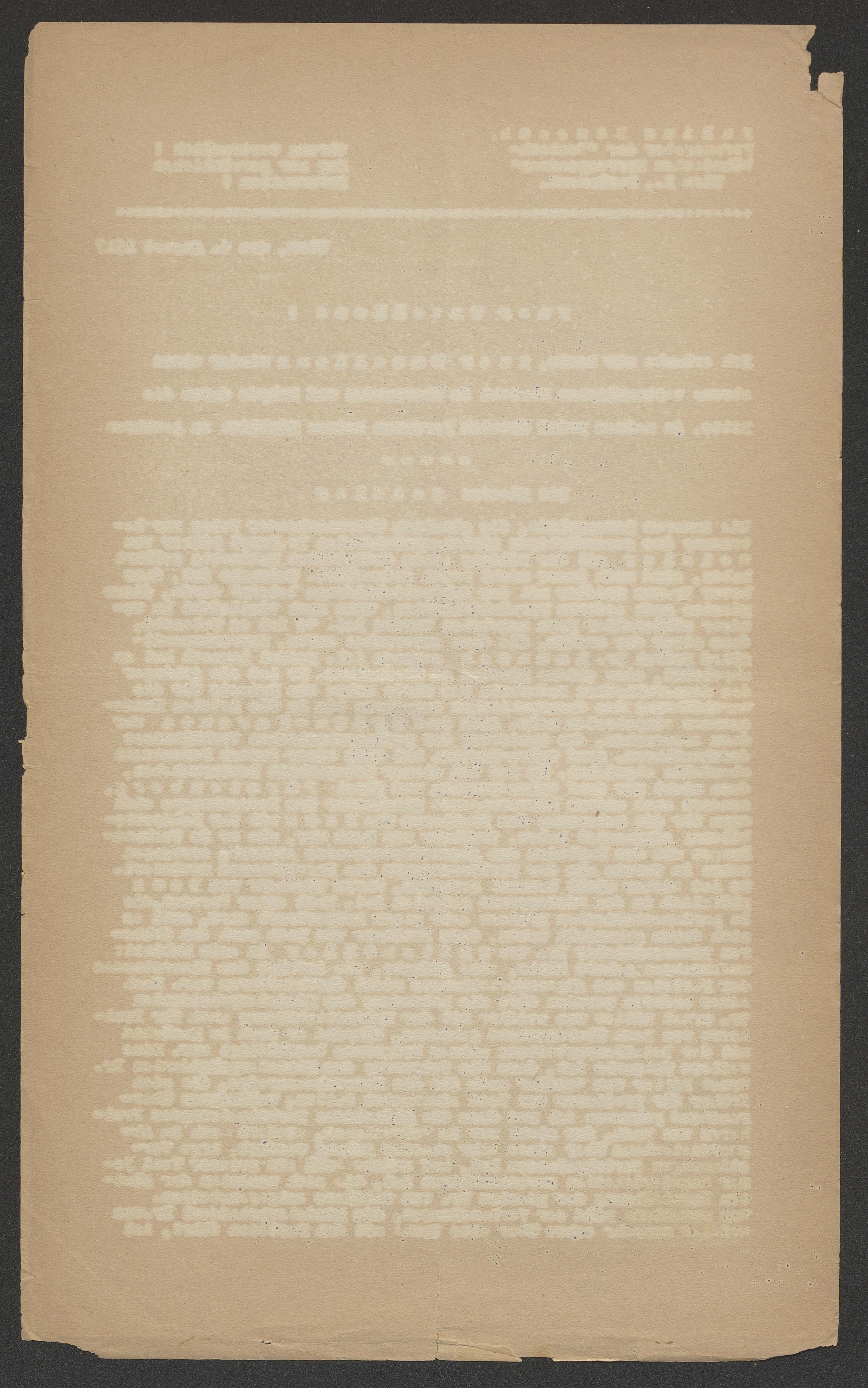
E u e r E x z e l l e n z !

Ich erlaube mir heute, E u e r E x z e l l e n z wieder einen streng vertraulichen Bericht zu übersenden und knüpfe daran die Bitte, in meinen Brief dritten Personen keinen Einblick zu gewähren.

- - - - -

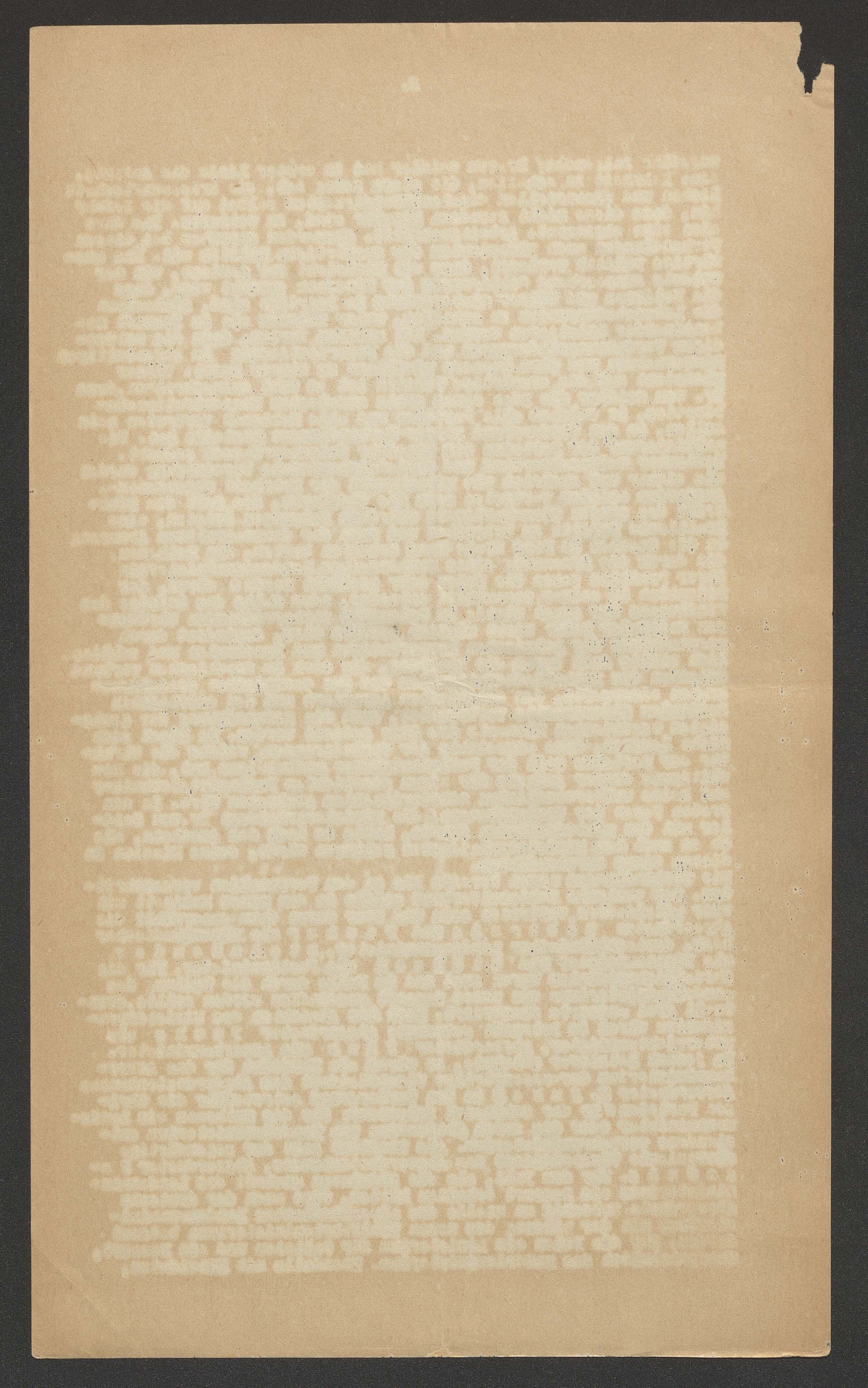
Die Mission S e i d l e r .

Die inneren Beweggründe, die gänzlich überraschender Weise zur Betrauung des gegenwärtigen Ministerpräsidenten Dr.Ernst Ritter von S e i d l e r mit der Bildung eines definitiven Kabinetts geführt haben, sind noch immer nicht recht aufgeklärt. Tatsache ist, dass bevor Dr.von Seidler mit der Kabinettsbildungs betraut wurde, diese Mission auch anderen Persönlichkeiten, wenn auch vielleicht in weniger offizieller Form angeboten worden ist. So ist es Tatsache, dass einer der erstan, die dazu ausersehen waren, Herrenhausmitglied Hofrat Dr. L a m a s c h gewesen ist. Hofrat Lamasch hat es abgelehnt, eine solche Mission zu übernehmen. Er ist ein Anhänger des demokratischen Gedankens und würde schon aus Prinzip für die Durchführung des demokratischen Gedankens bis in die letzten Konsequenzen eingetreten sein. Auch Graf S y l v a - T a r o u c a war dazu ausersehen, die Sanierung der parlamentarischen Verhältnisse durchzuführen. Graf Sylva-Tarouca hat nach einer kurzen Bedenkzeit ebenfalls abgelehnt. Es ist bei dieser Gelegenheit hervorzuheben, dass nicht nur Graf Sylva-Tarouca und Fürst F ü r s t e n b e r g, sondern auch andere hervorragende Mitglieder des Herrenhauses sich warm für die Betrauung des Freiherrn von B e c k mit der Kabinettsbildung eingesetzt haben. Freiherr von Beck war, als er in Verhandlungen mit den Parteien des Abgeordnetenhauses eintrat, sozusagen schon im Voraus als der Vertrauensmann des Herrenhauses nominiert. Es ist bisher nicht bekannt geworden, warum Freiherr von B e c k plötzlich in den Hintergrund getreten ist. Nach einer Version,die in parlamentarischen Kreisen sehr stark kolportiert wird, soll es sich darum gehandelt haben, dass Freiherr von Beck auch den früheren Finanzminister Dr. von S p i t z m ü l l e r in sein Kabinett aufzunehmen gehabt hätte, eine Aufgabe, die infolge des Widerstandes der Parteien des Abgeordnetenhauses nicht durchzuführen war. Nach einer anderen Version wäre die Betrauung des Ministerpräsidenten Dr. Ernst Ritter von Seidler mit der Kabinettsbildung auch für Freiherrn von Beck überraschend gekommen, während er noch in Karlsbad mit der Detailausarbeitung seines Programms beschäftigt war. Eine weitere Tatsache ist, dass die Betrauung des Ministerpräsidenten Dr. Ernst Ritter von Seidler auch für die Herrenhauskreise, die sich früher für Freiherrn von Beck eingesetzt hatten, vollkommen überraschend gekommen ist und dass die plötzliche Zurücksetzungdes Freiherrn von Beck, der nicht nur im Herrenhause, sondern auch im Abgeordnetenhaus über einen sehr starken Anhang verfügt, arge Verstimmungen zurückgelassen hat, auf welche wohl ein grosser Teil jener Schwierigkeiten zurückzuführen ist, die sich momentan der glatten Durchführung der Mission Dr. von Seidlers entgegenstellen.
Das momentane Bild der Verhandlungen, die Ministerpräsident Dr.von Seidler nunmehr schon über eine Woche mit den Parteien führt, ist

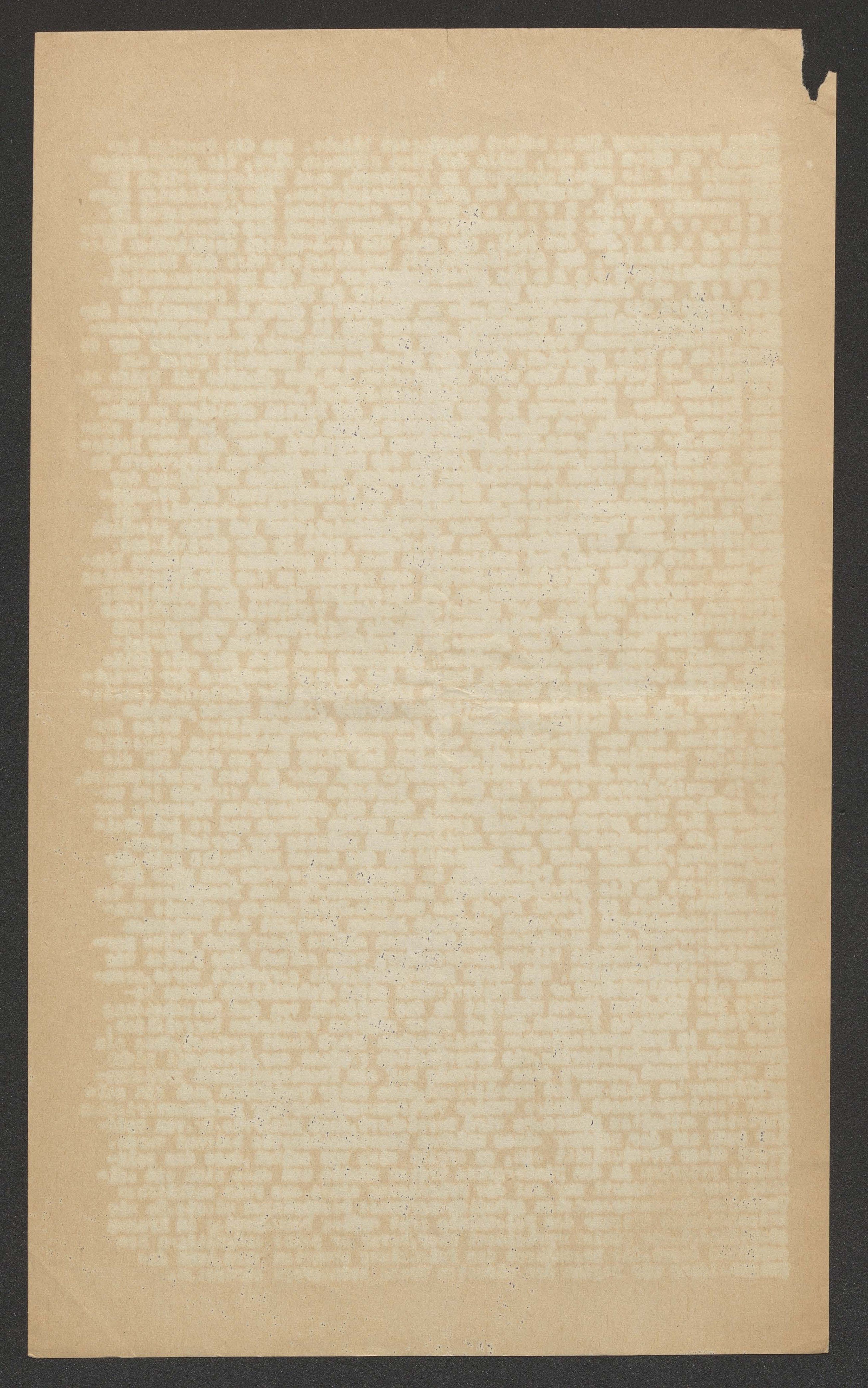


ungefähr folgendes: Dr. von Seidler hat in erster Linie die Aufgabe, eine Mehrheit zu schaffen, die stark genug ist, die kriegswirtschaftlichen und finanziellen Staatsnotwendigkeiten selbst auf die Gefahr hin, dass diese nicht geradezu populär sind, zu votieren. Das wäre also eine sogenannte Arbeitsmehrheit. Ausserdem sprechen bei diesen Verhandlungen auch Rücksichten der auswärtigen Politik mit. Die auswärtige Politik verlangt, dass mit Rücksicht auf gewisse, von der Entente ausgegebene Schlagworte der Eindruck erweckt wird, dass die Nationen und Völker Oesterreichs im Begriffe sind, sichselbst die Lebensbedingungen zu schaffen, unter welchen sie in Zukunft nebeneinander existieren werden. Mit anderen Worten, dass die notwendigen Verfassungsänderungen und die Neuorientierung im gegenseitigen Einvernehmen und ohne äussere Einflüsse zu Stande kommt. Dieser Rücksicht auf die auswärtige Politik ist es wohl zuzuschreiben, dass Dr. von Seidler die Idee eines gross angelegten Konzentrationskabinettes, in welchem alle Parteien und alle Nationen vertreten sein sollen, in den Vordergrund seiner Verhandlungen gestellt hat. Die Rallizierung der Parteien war ungefähr folgendermassen gedacht. Deutscher Nationalverband und christlich-soziale Vereinigung wurden als sicher und zugleich als Mittelpunkt der Mehrheit angenommen. Ausserdem sollten vertreten sein die Südslaven, die seit dem Rücktritt des Grafen Clam-Martinitz mehrfach Neigungen zeigten, eine praktische Politik zu betreiben und nach der demonstrativen Absagung an die Czechen in Prag freie Hand erhalten hatten, die Ruthenen, die durch die Ernennung eines ruthenischen Landsmannministersin ihrer Position gegen die Polen sehr gestärkt worden wären, der Polenklub in seiner Gesamtheit entweder, oder falls das infolge des Einflusses der gegenwärtig im Polenklub vorherrschenden Strömungen radikaler Natur nicht möglich gewesen wäre, zumindest durch Heranziehung der polnischen Konservativen und Demokraten und schliesslich sollte auch durch die Spaltung, die sich im czechischen Verband zwischen den Katholisch-Nationalen und den czechischen Sozialdemokraten einerseits, den czechischen Agrariern und den czechischen Radikalen andererseits vorbereitet, auch die Heranziehung der gemässigten czechischen Elemente ins Auge gefasst werden. Es lässt sich nicht leugnen, dass angesichts der Veränderungen, welche die Struktur der Parteien seit der Parlamentspause aufzuweisen hat, die Bewältigung dieser Aufgabe für einen geschickten Parlamentstechniker auf keine unüberwindlichen Schwierigkeiten gestossen wäre. In den ersten Tagen der Verhandlungen, die Ministerpräsident Dr. von Seidler mit den Klubvorständen führte, hatte es auch den Anschein, als ob es auch dem Ministerpräsidenten gelingen würde, seine Mission in diesem Sinne durchzuführen.

Die Verhandlungen waren bereits bis zu den Personalien vorgeschritten. Der Deutsche Nationalverband sollte in dem neuen Kabinett mit vier Mitgliedern vertreten sein und zwar waren dazu auserwählt die Abgeordneten D o b e r n i g und P a c h e r als alpenländischer bezw. deutschböhmischer Landsmannminister, S t e i n w e n d e r als Finanzminister und S t ö l z e l als Justizminister. Für die Christlich-Sozialen waren zwei und im Falle durch die Teilung des Handelsministeriums ein neues Ressort geschaffen werden sollte, eventuell drei Ressorts reserviert. Nach den Absichten des Ministerpräsidenten wären in Betracht gekommen: Abgeordneter F u c h s als Unterrichtsminister, Abgeordneter F i n k als Ackerbauminister. Da jedoch letzterer ablehnte, so wären als Kandidat für das Ackerbauministerium der gegenwärtige Vizepräsident des Abgeordnetenhauses Abgeordneter K. J u k e l in den Vordergrund getretenFür die übrigen Parteien war der Schlüssel folgender: für die Ruthenen ein Landsmannminister oder das durch Abtrennung vom Handelsministerium entstandene Verkehrsministerium. Als Kandidat galt der gegenwärtige slowenische Vizepräsident des Abgeordnetenhauses, Abgeordneter P o g a č n i g. Für den Fall, als die Südslaven anstatt des Landsmannministeriums ein Ressort erhalten hätten, wäre auch der deutsche Abgeordnete Dobernig an Stelle des alpenländischen Landsmannministeriums mit der Bildung des neuen Wohlfahrtsministeriums betraut worden. Für die Polen ein Ministerium für Galizien und ein Ressort, wahrscheinlich das Handelsministerium. Ebenfalls mit Kandidaten,



deren Nominierung ihnen selbst überlassen bliebe. Was die Czechen betrifft, so wären für sie, falls der Plan gelungen wäre, die gemässigten Elemente für die Arbeitsmehrheit zu gewinnen, zwei Ministerstellen in Betracht gekommen, darunter das Arbeitsministerium. Als Kandidaten wurden genannt: Abg.Dr. H r u b a n und der czechische Sozialdemokrat Dr. S c h m e r a l oder der gegenwärtige Vizepräsident des Abgeordnetenhaudes Dr.T u s a r.Für den Fall, als auch die gemässigten czechischen Elemente es ablehnten, der Arbeitsmehrheit beizutreten, wäre der frühere Arbeitsminister T r n k a als Arbeitsminister und das Herrenhausmitgl. Z a ĉ e k als czechischer Landsmannminister in Betracht gekommen. So weit standen die Verhandlungen,als am Donnerstag durch den Beschluss der Christlich-sozialen ein Umschwung eintrat.Son in der der Plenarversammlung vorangegangenen Vorstandssitzung der christl.soz.Vereinigung war es deutlich zu Tage getreten, dass die überwiegende Mehrheit gegen den Eintritt der Partei in das neue Ministerium ist.Man glaubte mit Hilfe einer Berufung des Obmannes der christl.soz.Partei,Landeshauptmann Hauser zum Kaiser eine Aenderung in der Stimmung der Partei erzielen zu können.Diese Erwartung ist nicht eingetreten.Diese Erwartung ist nicht eingetreten.Der christl.soz.Parteibeschluss verspricht zwar die neue Regierung zu unterstützen,verweigert jedoch die Entsendung von Vertretern in das Kabinett.Es werden verschiedene Ursachen für diesen Beschluss der Christl.sozialen angegeben.Man fürchtet die Verantwortung für ev.unpopuläre Staatsnotwendigkeiten.Persönliche Fragen spielen ebenfalls mit. Die Auswahl des Kandidaten für das Arbeitsministerium ist eine ziemlich umstrittene.Auch die Anhänger des Frh.v.Beck sind in der christl.soz. Partei stark vertreten.Und schliesslich kam ein gewisses Misstrauen hinzu,dass man in der christl.soz.Partei den Bemühungen des Min.Präsidenten entgegenbrachte,ein Misstrauen,zu dem eigentlich wieder das politische Programm Anlass gab,das der Ministerpräsident vertritt.Die angebliche Bereitwilligkeit der Christlichsozialen,die Regierung zu unterstützen ist nur eine Maskierung der Absage.In Wirklichkeit wollen die Christlichsozialen eine abwartende Haltung einnehmen und sich für alle Fälle freie Hand vorbehalten.Nebenbei bemerkt ist dieser Beschluss der Christlichsozialen wieder eine bezeichnende Illustration der deutschen Gemeinbürgschaft,da der Beschluss unmittelbar darauf gefasst wurde,nachdem sich der deutsche Nationalverband in geradezu demonstrativer Weise für die Bildung des vom Min.Präs.von Seidler geplanten Kabinettes eingesetzt hatte.Der Beschluss der Christl.sozialen ist nicht nur an sich für die Absichten des Min.Präs.bedenklich,sondern noch mehr in den Rückwirkungen, die ja zweifelsohne er auf die übrigen Parteien ausüben wird.Es ist unter solchen Umständen ausgeschlossen, dass die gemässigten Elemente der Czechen für die Arbeitsmehrheit gewonnen werden können und es ist zweifelhaft,ob angesichts der sehr zweideutigen Haltung der christl.soz. Vereinigung,die als eine der Hauptstützen des neuen Kabinetts galt,die gemässigten Gruppen des Polenklubs im Stande sein werden,den Klub für den Beitritt in die Arbeitsmehrheit zu gewinnen.Von den Beschlüssen des Polenklubs hängt es jedoch ab,ob das vom Min.Präsidenten geplante Konzentrationskabinett überhaupt zustande kommen kann.Mit dem deutschen Nationalverband,den Südslawen und Ruthenen allein lässt sich keine parlamentarische Mehrheit bilden,umsoweniger, wenn selbst eine Partei wie die Christlichsozialen, mit deren Zuverlässigkeit gerechnet wurde,sozusagen als Polizeiwächter im Hintergrunde steht.Tatsächlich haben bereits die Südslwen ihren Eintritt in das Kabinett von der Entscheidung der Polen abhängig gemacht.Es ist unter solchen Umständen begreiflich, dass man in parlamentarischen Kreisenschon stark damit rechnet,dass ein Konzentrationsministerium,wie ursprünglich geplant war,überhaupt nicht zu Stande kommt,sondern dass abermals auf ein Beamtenkabinett zurückgegriffenwerden muss.Es ist naheliegend,dass unter Umständen auch ein solches Beamtenkabinett einige wenige Vertrauensmänner der parlamentarischen Parteien enthalten könnte.Es wird versichert,dass Min.Präs.Dr.von Seidler auch mit der Bildung eines solchen Beamtenkabinetts betraut wurde. Tritt diese Eventualität ein, so ergibt sich von selbst,dass das politische Programm in den Hintergrund treten müsste und dass sich ein solches Beamtenkabinett nur auf die Erledigung eines aus rein sachlichen Vorlagen zusammengesetzten Arbeitsprogrammes beschränken müsste.Da die entscheidende Sitzung des Polenklubs erst Sontag bezw.Montag in Krakau stattfindet,der Ministerpräsident aber,bevor er seine endgültigen Beschlüsse fasst,die Beschlüsse des Polenklubs abwarten muss,kann die Entscheidung vor Beginn der nächsten Woche keineswegs eintreten.



A.

Julius Benesch. Streng vertraulich!

****

Die Kriegsanleihezeichnungen des Tschechen.

Ich bin in der Lage, Euer Exzellenz authentische Daten, die ich aber bitte streng vertraulich zu behandeln, über die Beteiligung des tschechischen Kapitals an den ersten drei Kriegsanleihen mitzuteilen und glaube damit dem Interesse Euer Exzellenz zu begegnen, obzwar diese Daten sich nur auf die ersten zwei Kriegsjahre beziehen, also eine etwas zurückliegende Zeit betreffen und obzwar bei den folgenden Kriegsanleihen die Tschechen im höheren Masse zu den Zeichnungen beitrugen. Nichtsdestoweniger scheint es mir nicht unangebracht, diese Ziffern mitzuteilen, weil damit doch ein Licht auf die Behauptung der Tschechen geworfen wird, dass alle gegen sie erhobenen Beschuldigungen der Grundlage entbehren.

- - - - -

Die bei der ersten Kriegsanleihe gemachten Wahrnehmungen veranlasten die Statthalterei in Prag, bei der zweiten und dritten Kriegsanleihe eine genaue Zusammenstellung des Anteiles der deutschen und tschechischen Teilnehmer auszuarbeiten. Es wurden bei der zweiten Kriegsanleihe aus Böhmen gezeichnet und zwar:

bei böhmischen Banken	584,846.700 K
bei den Filialen der ö.u.Bank	23,420.200 K
bei Wiener Banken	17,688.700 K
bei Sparkassen nach Abzug der bereits unter den Bankzeichnungen gerechneten Beträge	8,618.625 K
bei den Steuerämtern	5,082.545 K
bei den Postämtern	25,978.858 K

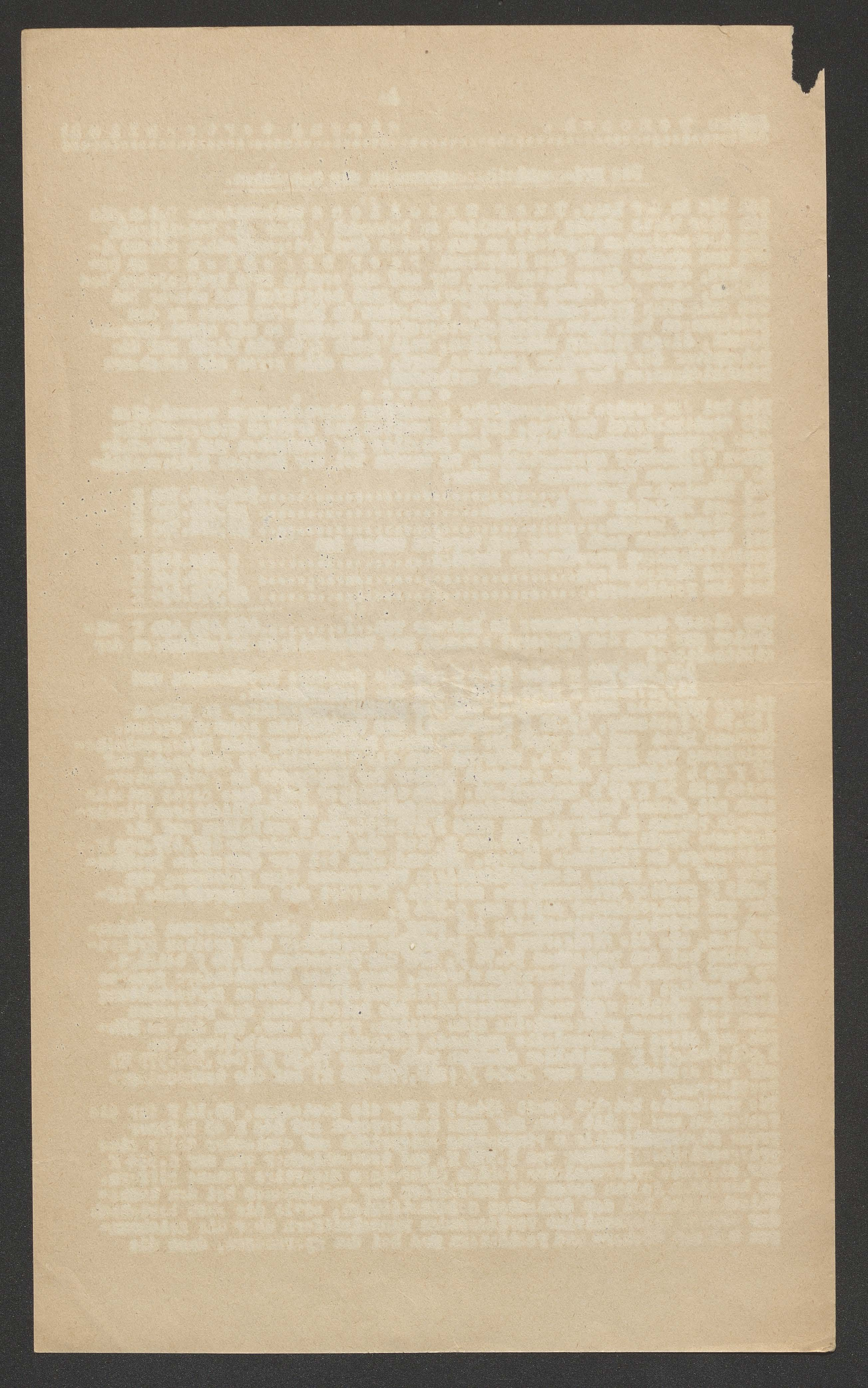
von dieser Gesamtzeichnung im Betrage von...........665,635,628 K entfallen nun nach den äusserst genauen und vorsichtigen Berechnungen der Statthalterei

548,561.728 K also 82.4 % auf die deutsche Bevölkerung und
117,073.900 K also 17.6 % auf die tschechische.

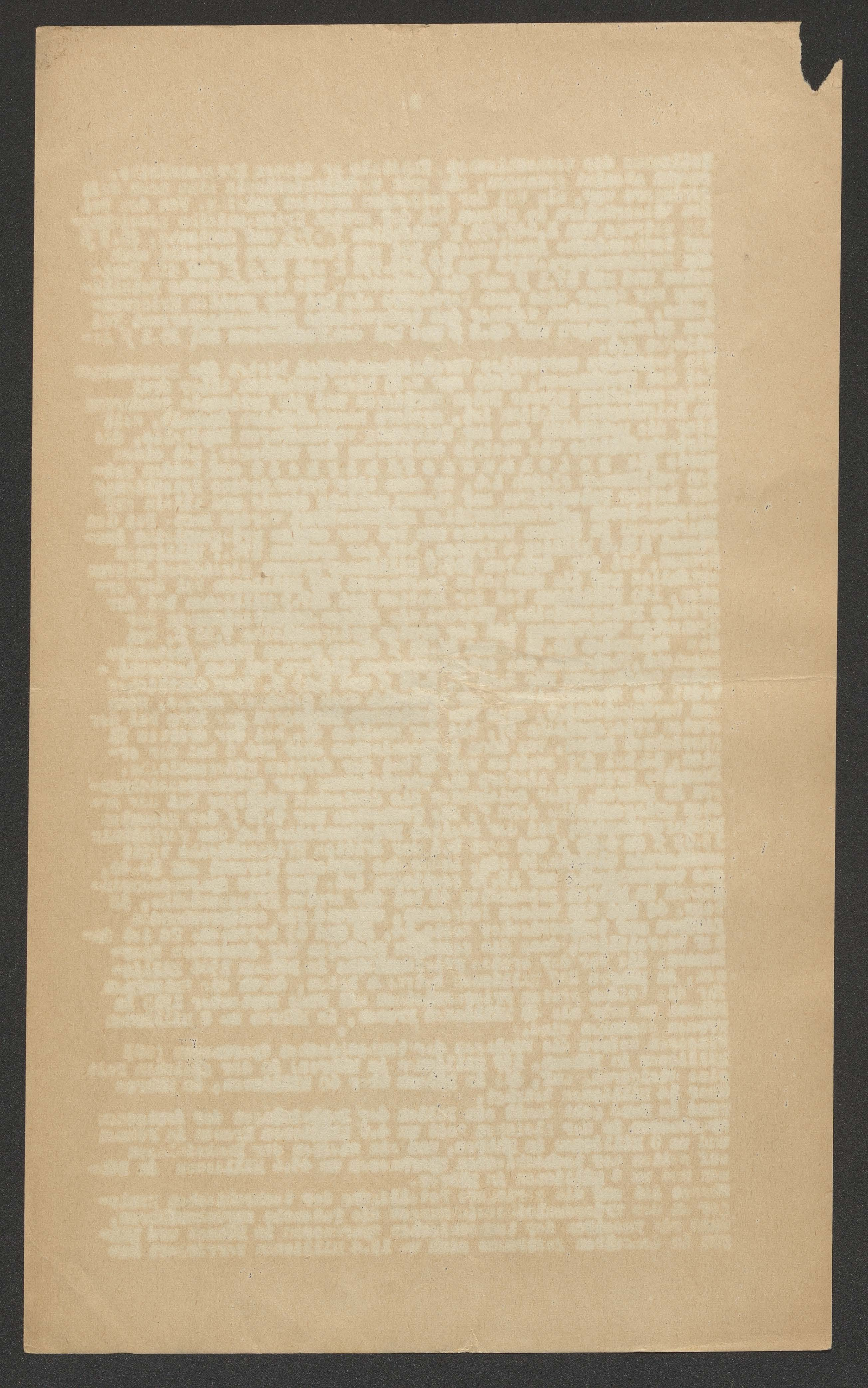
Dieses Ergebnis muss zunächst mit der Bevölkerungsziffer in Böhmen (36.78 % Deutsche, 63.22 % Tschechen) ins Verhältnis gesetzt werden. Darnach kommt auf den Kopf der deutschen Bevölkerung eine Kriegsanleihezeichnung von 222 K 30 h, während sich die tschechische Kopfquote auf 27 K 60 h beläuft, also auchweit hinter der Kopfquote in ganz Oesterreich mit 92 K 05 h zurücksteht. Noch wichtiger ist, dass diese Anteile auch mit demauf beide Volksstämme entfallenden steuerpflichtigen Einkommen-in Böhmen im Betrage von rund 1,178.234.000 K entfallen auf die deutsche Bevölkerung 540,359.000 K, auf die tschechische 637,875.000 K.- keineswegs im Einklange stehen. Während also bei der deutschen Bevölkerung auf eine Krone steuerpflichtigen Einkommens eine Zeichnung von 1.015 K zweiter Kriegsanleihe entfällt, beträgt die entsprechende Ziffer auf tschechischer Seite nur 0.184 K.

Bei der dritten Kriegsanleihe ist zwar insoferne eine Besserung festzustellen, als die Steigerung der Zeichnung gegenüber der zweiten Kriegsanleihe bei den Deutschen 54.76 %, bei den Tschechen 81.74 % beträgt. Es darf jedoch nicht übersehen werden, dass diese bedeutendere Zunahme eben infolge der bei den früheren Kriegsanleihen geübten Zurückhaltung leichter möglich war und dasstrotzdem die Beteiligung der Deutschen auch bei dieser Kriegsanleihe eine weitaus regere war. Von dem in Böhmen auf diese Kriegsanleihe zustande gebrachten Gesamtbetrage von 1,061.742.017 K entfallen nämlich noch immer 79.96 % (848,966.579 K) auf die deutsche und nur 20.04 % (212,775.438 K) auf die tschechische Bevölkerung.

Die Kopfquote beträgt somit 334.03 K für die Deutschen, 50.16 K für die Tschechen und stellt sich für ganz Oesterreich auf 142 K 45 h. Einer Krone steuerpflichtigen Einkommens entspricht auf deutscher Seite eine Kriegsanleihezeichnung von 1.571 K, auf tschechischer von nur 0.334 K. Für dieerste Kriegsanleihe fehlen allerdings derartige genaue Ziffern. Es beweisen jedoch schon die Rohziffern der Zeichnungen bei den tschechischen und bei den deutschen Geldinstituten, sowie die auch bezüglich der ersten Kriegsanleihe vorliegenden Einzelziffern über die Zeichnungen bei den Steuer- und Postämtern und bei den Sparkassen, dass die



Teilnahme des tschechischen Kapitals an dieser Kriegsanleihe, sowohl absolut genommen, als auch verhältnismässig eine noch weit geringere war, als bei der folgenden zweiten Anleihe. Von dem bei den Steuerämtern in Böhmen bei der ersten Kriegsanleihe gezeichneten Betrage von 1,647.251 K entfallen 73.7 % auf deutsche, 26.3 % auf tschechische Anmeldungen. Bei den Postämtern verteilt sich das Zeichnungsergebnis von 17,545.976 K mit 82.9 % auf die Deutschen und mit 17.1 % auf die Tschechen. Die tschechische Beteiligung war daher eine noch geringere als bei der zweiten Kriegsanleihe, anlässlich welcher das tschechische Zeichnungsperzent bei den Steuerämtern auf 40.2 % und bei den Postämtern auf 25.1 % gestiegen ist.
Ein besonders wertvolles Vergleichsmaterial bieten die Zeichnungen bei den Sparkassen, nicht nur weil hier bezüglich aller drei Kriegsanleihen genaue Daten vorliegen und die nationale Sonderung am leichtesten möglich ist, sondern hauptsächlich deshalb, weil hier die Mobilität des zur Zeichnung verwendbaren Kapitales, die wirtschaftliche und soziale Schichtung der Einleger, mit einem Worte die Z e i c h n u n g s f ä h i g k e i t auf beiden Seiten vollkommen gleich ist, so dass eine verschiedene Beteiligung der beiden Volksstämme auf diesem Gebiete einzig und allein auf verschiedenen Zeichnungswillen zurückgeführt werden kann. Bei den Sparkassen in Böhmen wurden nun bei der ersten Kriegsanleihe insgesamt 131.8 Millionen Kronen, bei der zweiten 176.7 Millionen Kronen, bei der dritten 303.7 Millionen Kronen gezeichnet. Hievon entfallen auf die deutschen Sparkassen 109 Millionen bei der ersten, 140 Millionen bei der zweiten und 217.9 Millionen bei der dritten Kriegsanleihe. Während die allgem. Gesamtzeichnung der deutschen Sparkassen bei der ersten Kriegsanleihe 7.88 %, bei den folgenden 10.31 % und 16.21 % ihres ganzen Einlagenstandes ausmacht, betragen die entsprechenden Ziffern bei den tschechischen Sparkassen nur 2.06 %, 3.96 % und 9.09 %. Noch deutlicher tritt die Zurückhaltung der tschechischen Zeichner zutage, wenn man berücksichtigt, dass von deutschen Einlegern per 1000 bei der ersten Kriegsanleihe 37, bei der zweiten 46, bei der dritten 71 gezeichnet haben, von 1000 tschechischen aber nur 6 bei der ersten, 12 bei der zweiten und 41 bei der dritten Kriegsanleihe.
Dasselbe Ergebnis liefert die Vergleichung der Sparkassezeichnungen in Mähren. Hier zeichneten die deutschen Einleger bei der ersten Kriegsanleihe 8.08 %, die Tschechen nur 3.78 % des gesamten Einlagenstandes; bei der zweiten Kriegsanleihe ist das Verhältnis 13.69 % zu 6.80 % und erst bei der dritten Kriegsanleihe tritt annähernde Gleichheit ein, indem das deutsche Perzent auf 14.48, das tschechische auf 13.70 gestiegen ist. Von 1000 Sparkasseneinlegern in Mähren zeichneten 44 bei der ersten Kriegsanleihe, 52 bezw. 60 bei den beiden folgenden, während die entsprechenden Ziffern auf tschechischer Seite 14, 25 und 63 betragen. Es ist daher begreiflich, dass die gesamten Einlagen der deutschen Sparkassen, die vor der ersten Kriegsanleihe in Böhmen 1386 Millionen, in Mähren 287 Millionen betragen haben, durch die Entnahmen für die beiden ersten Kriegsanleihen mit Ende September 1915 in Böhmen um mehr als 41 Millionen Kronen, in Mähren um 8 Millionen Kronen gesunken sind.
Hingegen weisen die Einlagen der tschechischen Sparkassen (883 Millionen in Böhmen, 139 Millionen in Mähren) in der gleichen Zeit eine Steigerung auf, die in Böhmen über 60 Millionen, in Mähren über 14 Millionen beträgt.
Hand in Hand geht damit ein Fallen der Bankeinlagen der deutschen Sparkassen in der gleichen Zeit um 4.6 Millionen Kronen in Böhmen und um 8 Millionen in Mähren, und ein Steigen der Bankeinlagen auf Seiten der tschechischen Sparkassen um 43.6 Millionen in Böhmen und um 8 Millionen in Mähren.
Ebenso ist auf die geringere Beteiligung der tschechischen Einleger an den Kriegsanleihezeichnungen die Tatsache zurückzuführen, dass die Passiven der tschechischen Sparkassen in Böhmen und Mähren in demselben Zeitraume sich um 15.4 Millionen verringert ha-



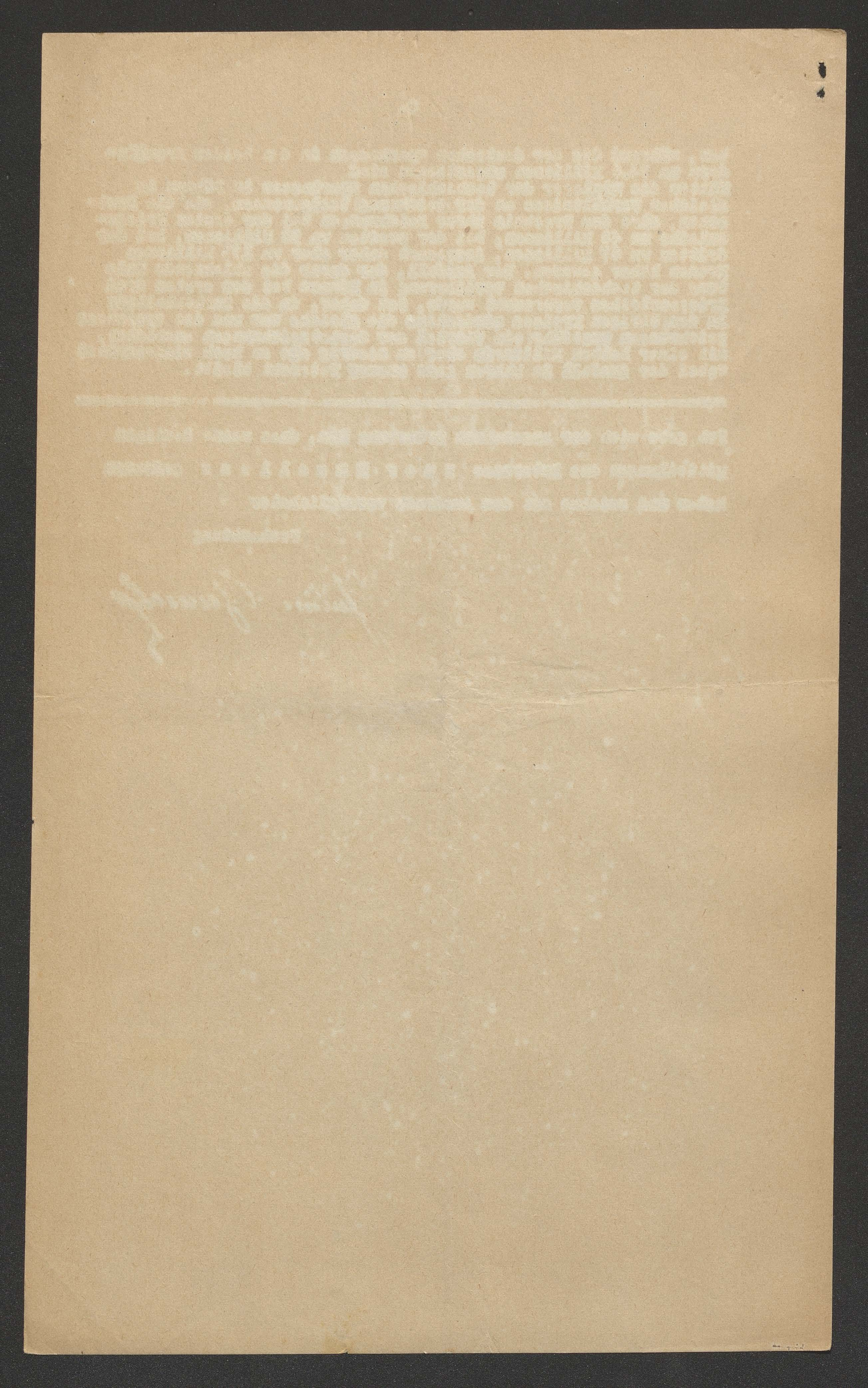
ben, während die der deutschen Sparkassen in den beiden Kronländern um 74.6 Millionen angestiegen sind
Hätten die Einleger der tschechischen Sparkassen in Böhmen im gleichen Verhältnisse an der Zeichnung teilgenommen, wie die Deutschen, wäre das Ergebnis ihrer Zeichnungen bei der ersten Kriegsanleihe um 48 Millionen, bei der zweiten um 58 Millionen, bei der dritten um 67 Millionen, insgesamt daher aber um 173 Millionen Kronen höher gewesen. Der Ausfall, der durch die ablehnende Haltung der tschechischen Bevölkerung in Böhmen bei den ersten drei Kriegsanleihen verursacht wurde, ist daher, da die Zurückhaltung in den übrigen Kreisen mindestens die gleiche war und die Sparkasse zeichnungen ungefähr ein Viertel der Gesamtzeichnungen ausmachen, mit einer halben Milliarde eher zu niedrig als zu hoch eingeschätzt wobei der Ausfall in Mähren ganz ausser Betracht bleibt.

==

Ich gebe mich der angenehmen Erwartung hin, dass meine heutigen Mitteilungen das Interesse Euer Exzellenz gefunden haben und zeichne mit dem Ausdruck vorzüglichster

Hochachtung

Julius Gensch



J u l i u s   B e n e s c h,
Herausgeber der "Deutschböhmischen Korrespondenz"
Wien I., Parlament.

Streng vertraulich !
Nur zur persönlichen Information !

****

Wien, den 12. August 1917.

E u e r   E x z e l l e n z !

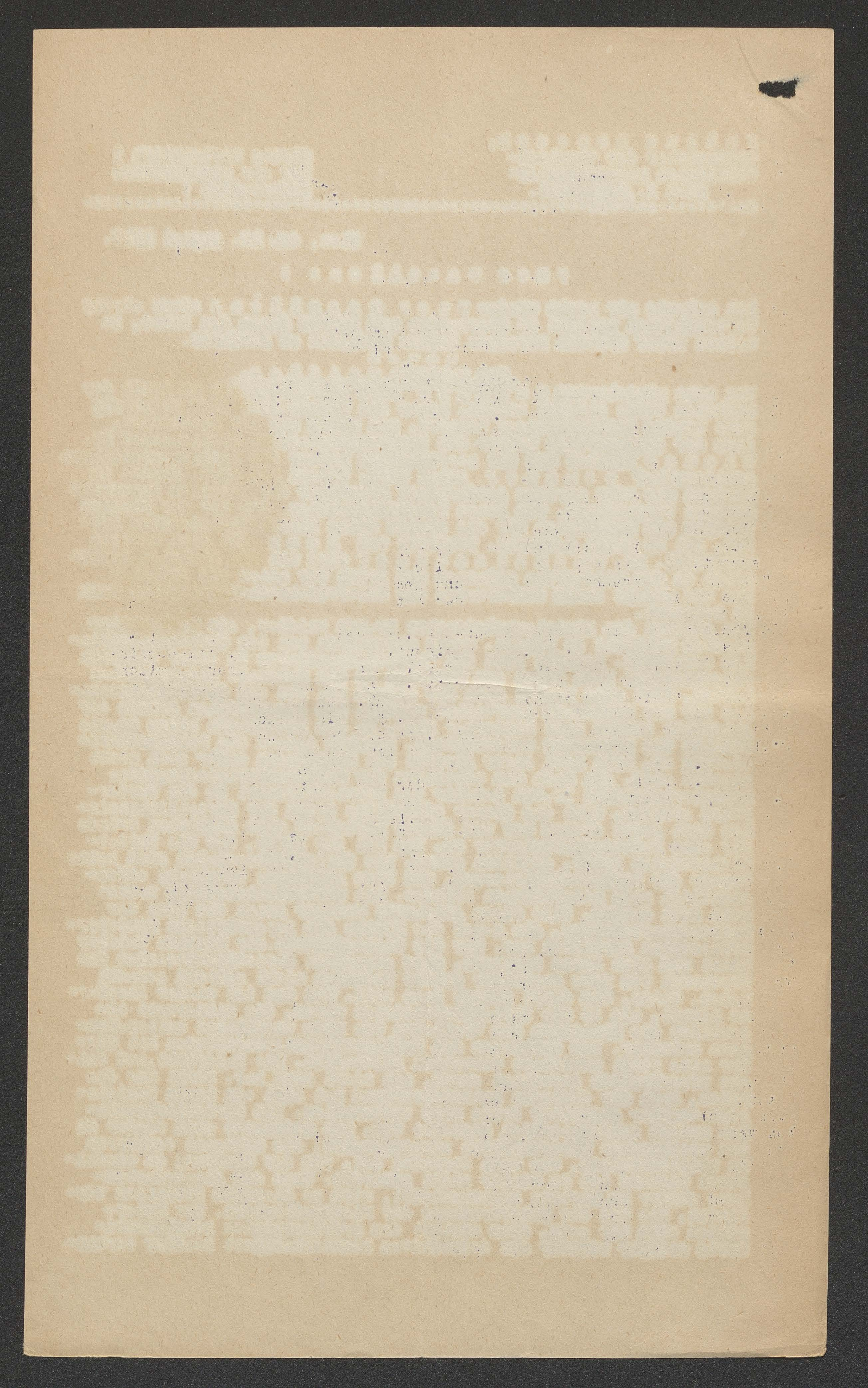
Ich erlaube mir heute wieder E u e r   E x z e l l e n z einen streng vertraulichen Bericht zu übersenden und knüpfe daran die Bitte, in meinen Brief dritten Personen keinen Einblick zu gewähren.

- - - - -

Das Kabinett S e i d l e r.

Das neue Ministerium S e i d l e r wird wahrscheinlich im Laufe der nächsten Woche ernannt werden. Ueber die Personalien wird vorläufig noch tiefes Stillschweigen bewahrt. Man weiss nur mit Sicherheit, dass der gegenwärtige Leiter des Finanzministeriums Sektionschef Dr. W i m m e r bleiben und der gegenwärtige Leiter des Justizministeriums Sektionschef S c h a u e r gehen wird. Soviel man hört, werden im übrigen nur sehr geringe Aenderungen gegenüber der jetzigen Zusammensetzung vorgenommen. Von jenen Persönlichkeiten, die vor der Mission Seidler als Kandidaten für die Stelle eines Ministerpräsidenten galten, ist es still geworden. Freiherr von B e c k ist nach Gastein abgereist. Dr. von S p i t z m ü l l e r wird mit dem nächsten Pairsschub in das Herrenhaus gelangen und kommt vor allem als Anwärter für die Stelle eines Gouverneurs der österreichisch-ungarischen Bank in Betracht.

Die Absicht des Ministerpräsidenten Dr.von Seidler, ein parlamentarisches Kabinett zu bilden, wurde eigentlich von den Christlichsozialen vereitelt. Nachdem sich die Christlichsozialen in einer ziemlich entschiedenen Form gegen den Eintritt in das Kabinett ausgesprochen hatten, fiel eine Partei nach der andern ab. Bei den Christlichsozialen war mit Hochdruck gearbeitet worden. Die eigentlichen Gründe der Ablehnung wurden erst hinterher klar. In dem Beschlusse hiess es,sie wollten die Regierung unterstützen, lehnten jedoch die Parlamentarisierung ab, weil nach ihrer Ansicht die Grundlagen dafür noch nicht gegeben sind. Als nach dem Scheitern der Parlamentarisierungsidee Ministerpräsident Dr.von Seidler das Beamtenkabinett in den Vordergrund stellte, trat das Wiener offizielle Organ der Christlichsozialen auch gegen dieses auf und führte plötzlich alle möglichen Gründe für eine Parlamentarisierung an. Das ist für jeden, der die Christlichsozialen kennt, deutlich genug. Die Christlichsozialen sind keine Gegner der Parlamentarisierung, und ihre Ablehnung entsprang offensichtlich rein persönlichen Gründen. Die Christlichsozialen machen kein Hehl daraus, dass diese Ablehnung weniger gegen die Idee der Parlamentarisierung, als gegen die Person des gegenwärtigen Ministerpräsidenten gerichtet war. Wer die Vorgeschichte der Mission Seidler kennt und sich daran erinnert, dass dieselben Christlichsozialen dem Freiherrn von Beck gegenüber solche Bedenken nicht geltend gemacht haben, weiss, was damit gesagt sein soll. Und das ist wieder insoferne pikant, als es die Christlichsozialen waren, die seinerzeit eigentlich die Demission des Freiherrn von Beck veranlasst hatten.Tempora mutantur. Das Scheitern des Parlamentarisierungsplanes hat wieder eine recht unsichere Situation geschaffen. Die Majorität,auf welche ursprünglich gerechnet wurde, ist nicht sichtbar. Nicht nur die Polen, auch der deutsche Nationalverband hat sich dem neuen Ministerium Seidler gegenüber freie Hand vorbehalten. Die Christlichsozialen werden wahrscheinlich dasselbe tun. Die Südslawen sind wieder zu den czechischen Fleischtöpfen zurückgekehrt, die Ruthenen verharren in Stillschweigen, was wohl dasselbe ist, von der Spaltung im czechischen Verband ist es wieder still geworden. Wenn das Abgeordnetenhaus wieder im Herbste zusammentritt, wird es dieselbe Situation vorfinden, wie bei der Unterbrechung der Plenarsitzungen. Der Unterschied wird nur sein, dass anstatt des provisorischen Beamtenkabinetts Seidler nunmehr ein definitives Beamtenkabinett Seidler vorhan-



densein wird. Die politischen Fragen sind zur Seite geschoben, von der Verfassung spricht niemand mehr. Die Regierung wird dem Reichsrat im Herbst ein reichhaltiges wirtschaftliches und finanzielles Arbeitsprogramm vorlegen. Neben dem Budget ein Bouquet von neuen Steuern zur Bedeckung der Kriegsschulden und Vorlagen über eine Regelung des Ernährungsproblems. Der Ausgleich mit Ungarn wird in diesem Jahre nicht mehr gemacht werden, sondern der gegenwärtige Zustand soll wie es heisst, provisorisch auf ein Jahr verlängert werden. Die Regierung glaubt, für dieses Arbeitsprogramm, das keinerlei politischen Einschlag aufweist, auch fallweise die entsprechenden Majoritäten im Abgeordnetenhause zu finden. Das kann möglich sein, aber der abgelaufene Kurze Sessionsabschnitt hat klar genug gezeigt, was das bedeutet. Das Abgeordnetenhaus hat auch da eine Anzahl von Vorlagen erledigt, aber sowie es selbst wollte und nicht, wie die Regierung es wollte. Die Proteste und Mahnungen der einzelnen Ressortsleiter sind zumeist ungehört und unberücksichtigt geblieben. Es kommt eben nicht nur darauf an, dass gewisse Vorlagen erledigt werden, sondern auch darauf, wie sie erledigt werden, sondern auch darauf, wie sie erledigt werden. Bei den grossen Ausgaben im Herbst ist das "W i e " sogar die Hauptsache. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird die Herbstsession des Reichsrates ein sehr starkes Parlament, aber eine sehr schwache Regierung vorfinden.

Der Wortlaut des Memorandums der Prager Arbeiterschaft.

Bekanntlich war in den letzten Tagen in Prag eine sehr ausgebreitete Streikbewegung im Gange, die zur Lahmlegung nahezu sämtlicher Betriebe geführt hat. Wie E u e r E x z e l l e n z aus den Tagesblättern wissen, hat eine Deputation der Arbeiterschaft in Wien beim Ernährungsminister vorgesprochen und demselben ein Memorandum überreicht. Das Memorandum hat folgenden Wortlaut:

" Die versammelten Vertrauensmänner der Fabriken, deren Arbeiter genötigt sind, im Interesse der Selbsterhaltung die Arbeit einzustellen, beschliesst: Die Arbeiterschaft hat bisher mit grosser Selbstverleugnung gearbeitet, soweit ihre Kräfte reichten. Ihre Vertreter machten zu wiederholten Malen auf die Gefahr aufmerksam, es werde infolge des Lebensmittelmangels ein Aufbrauch der Lebenskräfte und hiedurch die Arbeitsunfähigkeit des einzelnen eintreten. Der völlige Mangel an Lebensmitteln, dessen Ursache die Arbeiterschaft in der stetigen und massenhaften Ausfuhr aus dem Lande erblickt, hat die hungerleidenden Arbeiter zum Streik gezwungen. Wir richten demnach den dringenden Apell an die regierenden Kreise, dafür zu sorgen, dass

1.) den Fabriksarbeitern unverzüglich besondere Lebensmittelrationen in die Fabriken zugestellt werden;
2.) dass die Ausfuhr aller Lebensmittel aus Böhmen verboten werde;
3.) dass endlich schon den weiteren grauenhaften Folgen dieses schrecklichen Krieges ein Ende bereitet und der darbenden Bürgerschaft der ersehnte Friede wieder gegeben werde;
4.) dass die Vertrauensmänner in den Fabriken, die ins Gefängnis geworfen oder sonstwie verfolgt werden, mit Rücksicht auf die erfolgte Amnestie ihren Familien zurückgegeben werden.

Wir fordern den tschechischen Verband auf, sich sofort für unsere Forderungen einzusetzen und erklären die Arbeit nicht früher aufzunehmen, ehe unsere Forderungen nicht auf legalem Wege und in allen Konsequenzen erledigt werden. Wir verlangen speziell:

1.) Zivile Kontrolle aller Ausfuhr in Böhmen,
2.) eine hundertperzentige Erhöhung der Mehl-, Kartoffel-, Fett- und Zucker, sowie Bierrationen. In Bezug auf Fleisch verlangen wir, dass durch eine neue Staatssubvention den Fabriksarbeitern eine erhöhte Ration zu ermässigten Preisen garantiert werde. Es liegt weiterd im öffentlichen Interesse, dass die Kartoffel nicht in grossen Lagerhäusern konzentriert werden, weil, wie die Erfahrung gezeigt hat, sie durch Fäulnis vernichtet werden, sondern man möge sie der Zivilbevölkerung in beträchtlicheren Mengen zu privaten Aufbewahrung übergeben. In Bezug auf Kohle möge ebenso wie mit den Kartoffeln vorge-

gangen werden, da erfahrungsgemäss die Zivilbevölkerung wegen Mangel an Fuhrwerk und Eisenbahnwagen im Winter keine Kohle von den Unternehmungen erhielt und auch gegenwärtig genötigt ist, durch die ganze Nacht sich um Kohlen anzustellen. Zur Beleuchtung der Privatwohnungen verlangen wir eine zureichende Menge Petroleum. Wir verlangen ferner nachdrücklich die Zuweisung billiger Arbeitskleider und Schuhe. Da die bisherigen Massnahmen der Regierung gegen den Wucher erfolglos waren, verlangen wir endlich, dass mit der grössten Entschiedenheit der Ausbeutung der Zivilbevölkerung ein Ende bereitet werde.

++

Eine Anfrage im Justizausschuss wegen der Mündelgelder.

In der letzten Sitzung des Jusitzausschusses führte Abgeordneter R y b a Beschwerde, dass der Wert der Mündelgelder, die in Pupillarwerten angelegt sind, während des Krieges herabgedrückt wurde und dass in manchen Fällen sogar eine Entwertung um ein Drittel eingetreten sei. Dies sei hauptsächlich bei den Renten der Fall, deren einzelne im Kurse von 99 auf 74 gesunken sind. Er richte demnach an den Leiter des Justizministeriums die Anfrage, ob er geneigt sei, eine Verordnung zu erlassen, durch welche der Zwang aufgehoben werde, Mündelgelder in pupillarsicheren Renten, Hypothekaranlehen und Kriegsanleihen anzulegen. Der Leiter des Justizministeriums liess diese Frage unbeantwortet.

===

Tschechisch-radikale Umtriebe.

In der letzten Sitzung des Deutschen Nationalverbandes war auch von Umtrieben die Rede, die der tschechisch-radikale Abgeordnete B e - c h y n e begangen hat. Dazu erfahre ich, dass Abgeordneter Bechyne viele Hunderte von gedruckten Korrespondenzkarten an tschechische Vertrauensmänner, die im Heere dienen, geschickt hat, in denen es heisst, man möge sofort Zustimmungskundgebungen zu der staatsrechtlichen Erklärung der Tschchen vom 31.Mai über die Begürndung eines tschechoslowakischen Staates an ihn gelangen lassen. In den Karten wurde weiters die Aufforderung gerichtet, Beschwerden über die Behandlung beim Militär an Abgeordneten Bechyne gelangen zu lassen. Die zur Versendung gelangenden Karten schlossen mit den Worten("Hoch der Friede ! Hoch Kaiser Karl !

Durch einen Reservatbefehl wurde die Requisition dieser Karten und das Verbot zur Weiterversendung durch die Feldpostämter verfügt.

Bevorstehender Rücktritt des Statthalters von M ä h r e n.

Wie ich erfahre, wird der Statthalter von Mähren, Freiherr von H e i n o l d demnächst aus dem Amte scheiden. Freiherr von Heinold gedenkt sich von den politischen Geschäften zurückzuziehen und aus dem Staatsdienste zu scheiden.

Bei dieser Gelegenheit dürfte das von der Tagespresse bereits zu wiederholten Malen angekündigte Revirement auf einzelnen Statthalterposten durchgeführt werden.

Keine Ausgabe von neuen Aktien der Oesterr.Waffenfabriks A.G.

In finanziellen Kreisen ist in der letzten Zeit wiederholt davon gesprochen worden, dass seitens der Oesterr.Waffenfabriks Ges. eine Ausgabe von neuen Aktien unmittelbar bevorsteht. Wie mir von leitender Stelle der Gesellschaft mitgeteilt wird, ist diese Meldung derzeit ganz und gar unaktuell.

Aus tschechischen Publikationen im A u s l a n d e.

In den von den Militärgerichten durchgeführten politischen Prozessen spielten gewisse Publikationen eine grosse Rolle, welche die in Russland und Frankreich lebenden Tschechen während des Krieges herauszugeben begannen. Aus diesen Publikationen gewinnt man am bsten ein Bild über die Stimmungen und Absichten der ausländischen Tschechen, über ihre Pläne zur Umgestaltung der Monarchie und über ihre hochverräterische Tätigkeit im Auslande. In Paris erscheinen von diesen Publikationen "La Nation Tcheqúe" in französischer und "Československa Samostatnost" in tschechischer Sprache. In Petersburg der "Čechoslovák", in Kiew der "Čechoslovan". Im Vorjahre wurde in Paris mit der Herausgabe einer neuen Zeitschrift begonnen "Colonie Tcheqúe de France, Volontaires Tcheqúes". Diese Zeitschrift wird vom "Komitee der tschechischen Kolonie und Freiwilligen" in Gemeinschaft mit der "Tschechischnationalen Allianz in Frankreich" herausgegeben. Um einen Einblick in die Gedankenwelt dieser Gruppe von Tschechen zu geben, bringe ich eine ausführliche Inhaltsangabe des im Dezember des Vorjahres erschienenen ersten Heftes dieser Zeitschrift:

Bulletin Mensuel. Paris, 15.Dezember 1916.-Weihnachtsnummer.

E.Denis: Die Hussiten und der Krieg. (Seite 1 - 5).

Der Verfasser schildert die Bedeutung der Hussitenkriege für die Entwicklung der künftigen Kriegsführung, ihrer Methoden und Mittel u.s.w. Das konfessionelle Moment sei der Leitgedanke der Husiten gewesen: Der Sieg des Glaubens und die Unabhängigkeit der Heimat.

I.

Es wird eine Parallele zwischen der Zeit der Hussitenkriege und 1914 gezogen:...Die Situation hat, wie man sieht, eine auffallende Aehnlichkeit mit dem Stande der Dinge im Jahre 1914. Auf der einen Seite Deutschland mit seinem fanatischen Kult der Tradition, mit seiner bodenständigen Gehässigkeit gegen neue Gedanken, seiner passiven Ergebenheit einer starren Autorität und Prinzipien, die es verteilt; ihm gegenüber die Tschechen, eingenommen für Gefühlsbewegungen, Fortschritt, beschimpft wegen ihres unerbitterlichen Bedürfnisses nach Bruderliebe, die sie im Erbe des Heilandes fanden..."

"..... Ein deutscher Schriftsteller schrieb, die Schlacht am Vitkov sei das Valmy der Hussitenkriege. Das Bild ist in den Jahren 1420 und 1792 dasselbe wie heute. Nicht mehr als die Revolutionäre von 1789 oder die Hussiten von 1420 haben die Russen, Franzosen, und Engländer jemanden bedroht und wollten die ganze Welt bezwingen, als sie durch den Wahnsinn Wilhelm II. und Franz Josef herausgefordert wurden. Noch einmal erhebt sich Deutschland, hungrig nach Reichtum und Macht, unerbitterlich fordernd und mit seinem brutalen und schweren Riesenleib will es die Zukunft der entstehen-den Keime ersticken. Reaktionär in seinem ruchlosen krankhaften Gedanken, unverständig für eine Wiedergeburt und Fortschritt, ist es der Feind der Menschheit, deren Fortschritt es behindert und die es zu schwerstem Leiden verurteilt. Zur Ehre rechnet es sich seinen Hass, den es weckt, stolz auf die Ströme von Tränen und Blut die seine Fusstapfen bezeichnen. "Sie mögen nur hassen, soferne sie nur fürchten". Wir hassen sie nicht, wir fürchten uns nicht vor ihnen. Die Tschechen bewiesen das im 15.Jahrhundert. Sie wollten keinen Krieg, das Wort Christi ward ihr Programm, das in Fleisch und Blut ihnen überging, das die Lehre von Gerechtigkeit und Liebe predigte. Genötigt sich zu wehren, säten sie Entsetzen und Angst im Herzen des Landes des unvorsichtigen Gegners."

II.

Es folgt eine Besprechung der Organisation des Hussitenheeres, sei-nes modernen Geistes, eine Beschreibung der "Kampfwagen", der Ausrüstung des Hussitenheeres, seiner Artillerie und Infanterie u.s.w.

III.

Denis führt aus, die Deutschen hätten langsam die neue von den Hus-siten eingeführte Kriegsmethode (eingeführt) nachgeahmt und hät-

ten die hussitische militärische Ordnung übernommen, nur dass die Hussiten in den Kämpfen weniger roh und wild als die Deutschen sich gebärdeten. Denn die Hussiten hätten niemals des Gebotes des Evangeliums vergessen."
"....Wieviel Jahrhunderte werden noch vergehen, ehe die Deutschen die "auserwählten" Vertreter der Zivilisation, die moralische Höhe der "barbarischen" Slawen erreichen werden.?

* * *

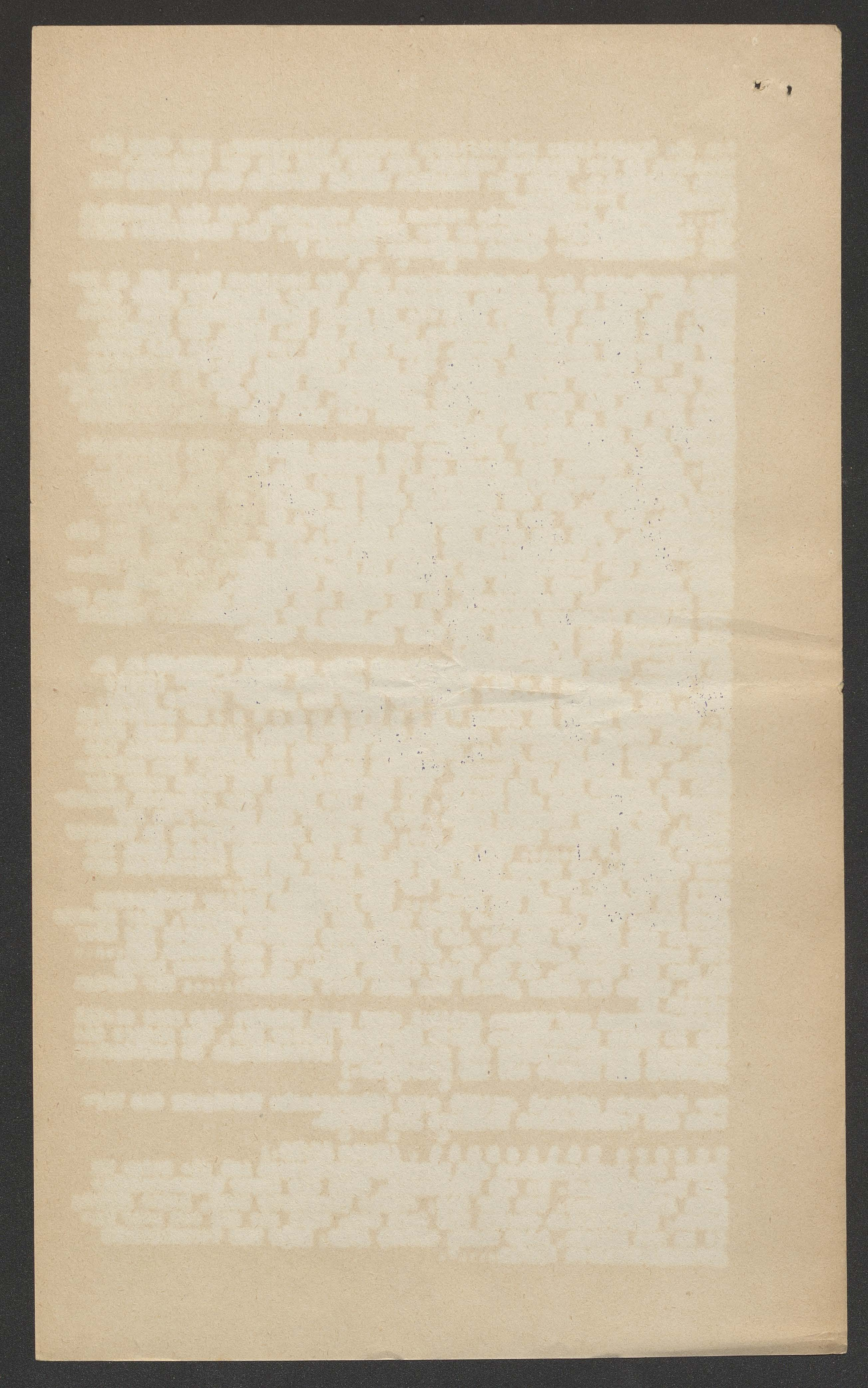
Beim Vergleiche der Hussitenkriege mit der heutigen Lage ist es unmöglich, dass eine gewisse Aehnlichkeit unser Augenmerk nicht erregt. Vor allem im Jahre 1914 wie im Jahre 1420 drückten die Deutschen die Waffen friedliebenden Völkern in die Hand, die niemals für den Krieg gerüstet waren. 1914 wie 1420 verteidigen die Deutschen die Vergangenheit gegen die neuen Gedanken des Fortschritts und der sozialen Wiedergeburt, Schliesslich 1914, wie im 15.Jahrhundert wollen sie ihre Antipoden ausrotten, und um die Oberherrschaft über die Welt zu erhalten, vermeiden sie nicht die barbarischesten Mittel und ruchlosesten Methoden.
Damit die Aehnlichkeit zwischen den beiden Epochen eine vollenuste sei, fehlt nichts als eines: es ist notwendig, dass die Alliierten jenes materielle Uebergewicht und jene einheitliche Organisation erreichen, die die Hussiten sich so schnell zu sichern verstanden. Die Zeit des Herumirrens war lange, es ist aber augenscheinlich, dass sie sich dem Ende nähert, wofür die Unruhe und die pazifistischen meuchlerischen Umtriebe sichere Zeugen sind. Das Werk, das die tschechischen Bauern im 15.Jahrhundert zu einem guten Ende führten, kann nicht die Willenskraft Englands, Russlands und Frankreichs übersteigen, wo es sich doch darum handelt, dass ihre eigene Existenz gesichert werde, dass vor germanischem Gelüste die Zukunft und Freiheit der Welt gesichert werde.
(Uebersetzt von F.Skalicky.)
Es folgen eine Weihnachtsbetrachtung "Die zweiten Weihnachten an der Front" (Seite 5 - 8), Vrchlickys Gedicht "Weihnacht" (Seite 8/9), Jan Nerudas Gedicht "Auf der Spur des Löwen" (Seite 9/10).
J. Skalicky zieht in einem "R e m i n i s z e n z e n" betitelten Artikel einen Vergleich zwischen Paris und Prag, "jenen zwei Städten, denen das Leben jedes einzelnen von uns mit hunderterlei Gedanken der Freude und Trauer zugetan ist".Er schildert den Aufenthalt im August 1914 in Paris. Die Marseillaise sei nicht mehr der Gesang Frankreichs uns Paris', es sei die Hymne der gesamten Menschheit, die keine Grenzen kennt, nur Freiheit und Recht"."In ihr drückt sich unsere Sehnsucht aus, die nach Jahrhunderten in unserer Seele reift." "...... Wir fühlten, dass die Stunde jetzt auch für uns schlägt, für unser Volk und unser Land und wir bereiteten unsere Seele für den Augenblick der Kreuzigung vor".-
"Und in Gedanken sah ich Prag.... Die Blaniker Ritter verliessen ihre Berge und zerstreuten sich über die Schlachtfelder, aber abends kehren sie zurück und wie ein leuchtendes Phantom fliegen sie über die czechischen Gefilde, sie säen Begeisterung und wecken Mut..... Es kam die Stunde, da das Volk seinen Platz an der Sonne haben will, wohin es seine Arbeit und sein Wert stellen...... Wir werden siegen !"
(Bezugnehmend auf diesen Artikel sind zwei Bilder: das eine stellt die im Berge schlafenden alten Blaniker Ritter dar, das andere die modernen Blanikerritter, die czechischen Freiwilligen im heftigsten Angriffe und Kampfe mit den Deutschen.)

\- - -

Der folgende Artikel enthält eine literarische Würdigung des Wirkens des tschechischen Dichters Jan Neruda.

\- - -

U n s e r e T ä t i g k e i t . (Seite 15/16.)
"Eine der Hauptaufgaben des Konsularausschusses ist die Sorge um die Freiwilligen. Es ist notwendig, dass sie ihrer übermenschlichen Anstrengung, von der die, welche rückwärts sind, keine Ahnung haben, unterstützt werden und dass sie, wenn sie auf ein paar Tage zu uns kommen, hier warme offene Arme, Ruhe und verschiedene Annehmlichkeiten finden....".



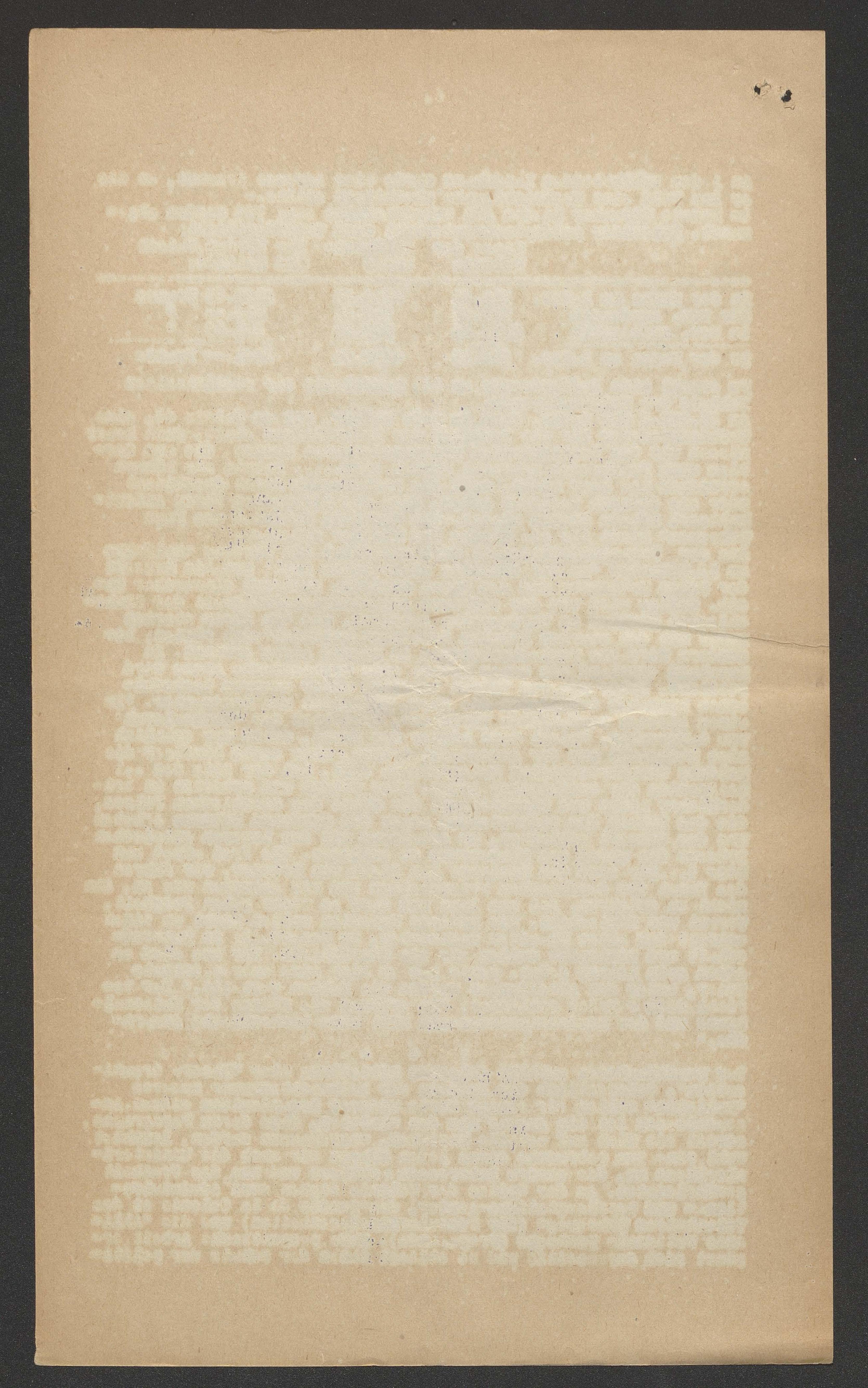
An jeden wohlhabenden Landsmann wurde eine Adresse gesandt, an die er ins Feld eine Weihnachtsgabe abschicken sollte.-
Im Monate November liefen 271 Schriftstücke ein; 384 wurden abgesandt. Folgender Geldgebarungsbericht wird veröffentlicht:

	Kasse der Kolonie	Soldatenkasse	Für Witwen, Waisen und Mutiles:
In der Kasse am 1.Nov.	510.45	4704.35	2129.65 Francs
für Nov. empfangen	989.55	707.80	193.-- "
im Nov. ausbezahlt	1115.85	973.25	281.65 "
In der Kasse am 1.Dez.	384.15	4438.90	2041.-- Francs

Es ergeht eine Aufforderung an die Landsleute zur regelmässigen Zahlung der Nationalspende.
Am 25.XII.2 Uhr nachm. fand im Cafe Vefour, rue de Valois 43, eine Weihnachtsfeier für die Familien der Freiwilligen statt. Auch heuer müssen wir der tschechischen Kriegsgefangenen denken, die aus Serbien nach Frankreich gebracht worden sind..... Pakete aus Böhmen erreichen sie hier nicht, weil sie Oesterreich nicht durchlässt oder sie dadurch verloren gehen, dass die Gefangenen ihren Aufenthaltsort öfters ändern müssen. Das "Conseil National des Pays Tcheques" nimmt für sie Wäsche und Kleider entgegen.
Aus der Propagandatätigkeit wird angeführt ein Vortrag Skalickys am 12.November "An der Schwelle einer neuen Zeit" und ein Konzert der Touca Urbankova und des Bogea Oumirov, gewidmet slawischer Musik. Weiter wird von der eifrigen Organisationstätigkeit der tschechischen Klonien in Nordamerika gemeldet, die "zu ihrem starken Kampf mit den starken lokalen deutschen Kolonien"sich rüsten; besonders wird die Tschechenkolonie in Buenos Aires erwähnt. In Russland entstand ein neues Leben: eine tschechische Armee wird gebildet. Unter unseren Fahnen bereits, unter unserem tschechischen Kommando defilieren die Züge, Kompanien und Regimenter. "In einem kleinen verfallenen Dörfchen", berichtet der "Cechoslovan" vom 6.November, "nicht weit hinter der Front, wohin nur spärlich eine Nachricht aus der Aussenwelt dringt, aber desto häufiger die Meldung vomschrecklichen Kriegssturme eilt, ist der Sitz des ... Regimentes der czechischen Armee. Hier wohnen und arbeiten in brüderlicher Liebe und Einmütigkeit die Söhne des czechischen Volkes, die das Banner des Widerstandes gegen den Erbfeind Böhmens erhoben und das Schwert schärften, um gemeinsam mit den teueren russischen Brüdern den Feind des Slaventums zu schlagen. Wie frei atmet man hier !...Wir sind das Regiment Jan Zizka von Trocnov, wir führen des Namen des czechischen Kriegshelden und wir schworen uns zu, ihn nicht zu entehren. Bei uns kann und darf es nicht geben Feigheit, Verrat und Hinterlist. Wir moderne Hussiten wollen nicht um einen Schritt den alten Hussiten nachstehen, im Gegenteil: in Kameradschaft und Eintracht wollen wir sie überflügeln. Für uns wird es schon kein Lipany geben. Heute gab es hier eine ausgezeichnete Feier, unter den Abteilungen wurden die Fahnen verteilt." Der Bericht dieser Feier schliesst: "Es ertönen die Klänge der Nationalhymne und der Regimentskommandant hält eine tschechische Ansprache."

* * *

Der Umschlagbogen enthält folgende Mitteilung über "Unsere Organisation". Gelegentlich der Ausgabe der Weihnachtsnummer unseres "Bulletin" wollen wir einige Worte unserer Organisation widmen.Angeschlossen ist ein Auszug aus den Statuten, dass deren Paragraphe, soweit sie sich auf Details beziehen, weggelassen wurden, leuchtet wohl ein- Zum Gebrauche eines jeden führen wir auch die Ministerialerlässe an, die unsere Interessen schützen und uns die Freiheit gewährleisten. An der Spitze der Kolonie stehen zwei Administrations- und Repräsentations-Aemter, das"Comite de la Colonie et des Volontatres Tcheques" (für Konsularangelegenheiten) und die "Alliance Nationale Tcheque (Propaganda). Ihre pragmatische Arbeit ergänzt sich gegenseitig und es obliegt ihnen der Schutz der politi-

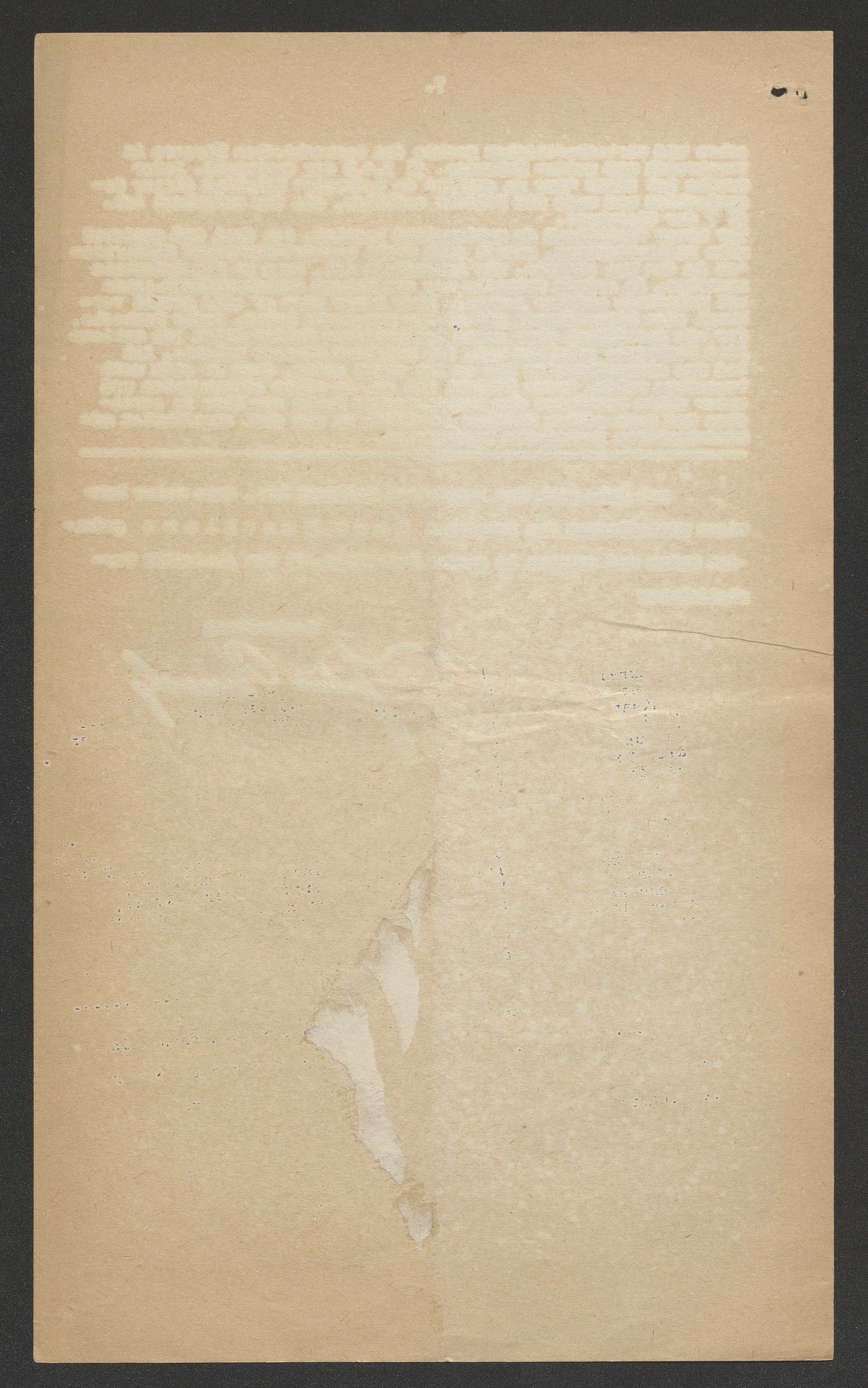


schen und wirtschaftlichen Rechte des tschechischen Bürgers in Frankreich und seinen Kolonien. (§ 3,4,5 der Statuten). Jeder Czeche ist schon "par sa qualité de tscheque" Mitglied dieser Organisation und muss die Pflicht erfüllen, die ihm auferlegt ist. (§ 7 der Statuten).
Wer unser certificat de nationalité besitzt, ist frei und geniesst alle Begünstigungen, soweit sich nicht ausserordentliche Hindernisse in den Weg stellen. Wer interniert ist, kann um die Erlaubnis ansuchen, in seinen Wohnsitz vor dem Kriege zurückzukehren.(Auch mit Erlaubnis anderer Aemter). Aber immer muss er eine Arbeit verbürgt oder hinreichende Mittel zum Unterhalt haben. Jeder Tscheche, der ein Zertifikat über seine tschechische Nationalität (de nationalite tscheque) erhalten hat, ist Mitglied unserer Kolonie, ist bei uns eingeschrieben und es ist nicht nötig, dass er sich noch besonders melde. Seine Pflicht ist es, in allen seinen Taten und unter allen Umständen dem tschechischen Namen zur Ehre zu gereichen und nach seinen Kräften monatlich zu den oben angeführten administratiben Instituten beizutragen.

Ich gebe mich der angenehmen Hoffnung hin, dass meine heutigen Mitteilungen das Interesse E u e r E x z e l l e n z gefunden haben und zeichne in dieser Erwartung mit dem Ausdrucke vorzüglichster

Hochachtung

Julius Bensch



42

Julius Benesch
Herausgeber der "Deutschböhmischen Korrespondenz, Wien I., Parlament.

Streng vertraulich !
Nur zur persönlichen Information !

Wien, den 23. August 1917.

Euer Exzellenz !

Ich erlaube mir, heute Euer Exzellenz wieder einen streng vertraulichen Bericht zu übersenden und knüpfe daran die Bitte, in meinen Brief dritten Personen keinen Einblick zu gewähren.

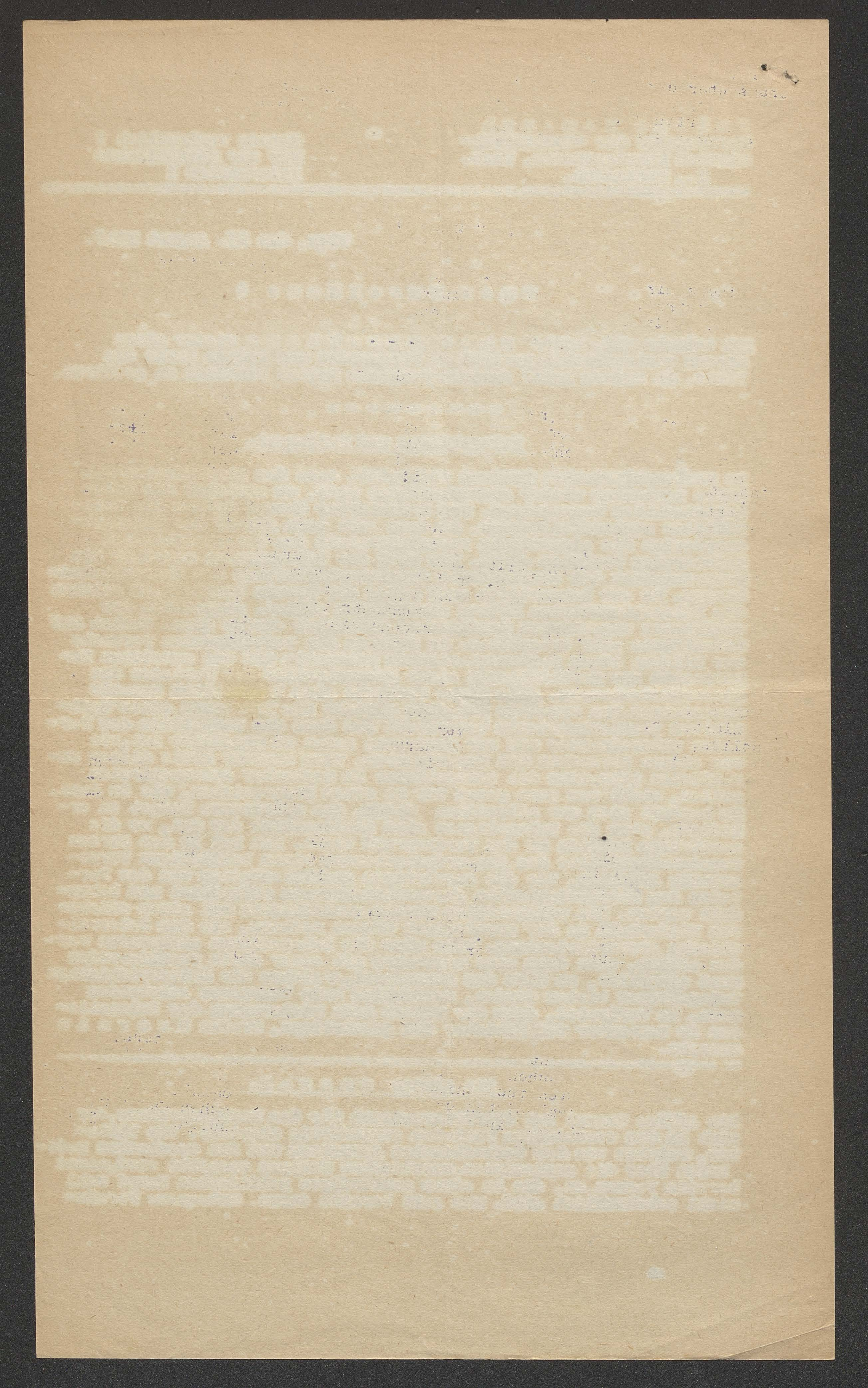
- - - - - - - - -

Delegationen und Parlament.

In parlamentarischen Kreisen verlautet, dass das Abgeordnetenhaus Mitte September wieder zusammentreten wird, um zunächst die Delegationswahlen vorzunehmen. Und unmittelbar darauf sollen die Delegationen einberufen werden, so dass erst nach Ablauf der Delegationssession die eigentliche Herbsttätigkeit des österreichischen Reichsrates beginnen würde. Die Wahl der Delegationen war schon ein Programmpunkt des abgelaufenen Sessionsabschnittes des Abgeordnetenhauses. Es war bekanntlich auch schon der Termin bestimmt, an welchem die Delegationswahlen hätten stattfinden sollen. Angesichts der vollkommen ungeklärten politischen Situation wurden diese Wahlen auf unbestimmte Zeit verschoben. Es folgten die verschiedenen Versuche zur Bildung eines parlamentarischen Kabinetts und die sonstigen Experimente zur Herbeiführung einer Konzentration der Parteien des Abgeordnetenhauses. Alle diese Versuche sind bekanntlich negativ ausgegangen. Das Ergebnis ist, dass nunmehr die Ernennung eines definitiven Beamtenkabinetts bevorsteht und dass das Verhältnis der Parteien untereinander und zur Regierung genau so ungeklärt ist, wie vor diesen Versuchen und Experimenten. Wenn nunmehr trotz dieser ungeklärten Situation die Delegationen im September zusammentreten sollen, steht man ganz genau vor so einem Fragezeichen, wie im Juni. Es handelt sich nur allerdings darum, das gemeinsame Budget zu erledigen, aber die Delegationen sind schliesslich der Ort, wo die auswärtige Politik in den Vordergrund tritt. Man hat in dem kurzen Sessionsabschnitte des Abgeordnetenhauses einen beiläufigen Vorgeschmack erhalten, wie die auswärtigen Angelegenheiten von den Parteien des österreichischen Abgeordnetenhauses aufgefasst und behandelt werden. Die Delegationen müssen zweifelsohne mit einem stärkeren Wiederhall in der auswärtigen Presse rechnen, wie das österreichische Abgeordnetenhaus. Wenn also die Delegationen einberufen werden sollen, ohne dass eine Regierung mit einer stark regulierenden Hand eingreift, so wird das Schauspiel, welches die österreichischen Delegationen bieten werden, zweifellos kein besonders erhebendes sein. Es verlautet, dass der Wunsch nach Einberufung der Delegationen im September vom Minister des Auswärtigen, Grafen Czernin ausgehe.

Die Affäre Smeral.

Die Affäre Smeral ist charakteristisch für den Garungsprozess, der sich in den czechischen Parteien gegenwärtig abspielt. Die Diktatur, welchen von den tschechischen Agrariern und den czechschen Radikalen über die gemässigten czechischen Gruppen ausgeübt wird, nimmt bereits Formen an, die in einem anständigen politischen Kampf wohl nicht gebräuchlich sind. Man geht bereits daran, unbequeme Persön-



lichkeiten von starkem Einfluss bei den gemässigten Parteien aus dem öffentlichen politischen Leben hinauszuekeln. Die Affäre Smeral ist nachdem Muster der seinerzeitigen Affäre Sviha inszeniert. Dr Smeral, der gegenwärtig einflussreichst$ Führer der czechischen Sozialdemokraten wird beschuldigt, im Dienste der Staatspolizei zu stehen. Die Beschuldigung ist für einen politischen Führer von dem Range Dr.Smerals eine ungeheure und man sollte glauben, dass sie nicht erhoben werden konnte, wenn nicht ein tatsächliches Beweismaterial vorliegt. Aber ein solches Beweismaterial ist trotz der öffentlichen Aufforderung, welche von den Parteigenossen Dr. Smerals in ihrem Parteiorgan an die Gegner gerichtet worden ist, bisher noch nicht erbracht worden. Daraus allein lässt sich erkennen, aus welchen Motiven die ganze Anschuldigung gegen Dr.Smeral erhoben worden ist. Man sucht einfach einen unbequemen Gegner durch vergiftete Gerüchte unmöglich zu machen. Dr. Smeral ist auch während der gegenwärtigen Hetzcampagne der czechischen Agrarier und czechischen Radikalen für einen Ausgleich mit den Deutschen eingetreten. Er gilt im Parlament als einer der bescheidensten Menschen, ohne jede persönliche Aspirationen, dessen Lebensansprüche wohl das Minimum dessen darstellen, was ein Mensch von dem Können und der Intelligenz dieses Politikers für sich beanspruchen kann. Er gilt als ein Mensch, der nachseiner Ueberzeugung lebt und nachseiner Ueberzeugung handelt. Vielleicht ist sein Einfluss in der czechischen Sozialdemokratie nicht zum ge-ringen Grade auf diese persönliche Anspruchslosigkeit zurückzuführen. Auch die Affäre Smeral gibt Anlass zu Betrachtungen über das Kapitel Zensur. Entweder gibt es in diesem Kriege Rücksichten politischer Zensur oder nicht. Wenn ja, so wäre es doch ein Haupterfordernis, die radikalen czechischen Blätter nicht eine Sprache führen zu lassen, welche es den gemässigten Parteien unmöglicht macht, zu existieren. Oder es gibt eine solche politische Rücksicht nicht, dann hat ja die ganze Zensur überhaupt keine Existenzberechtigung.

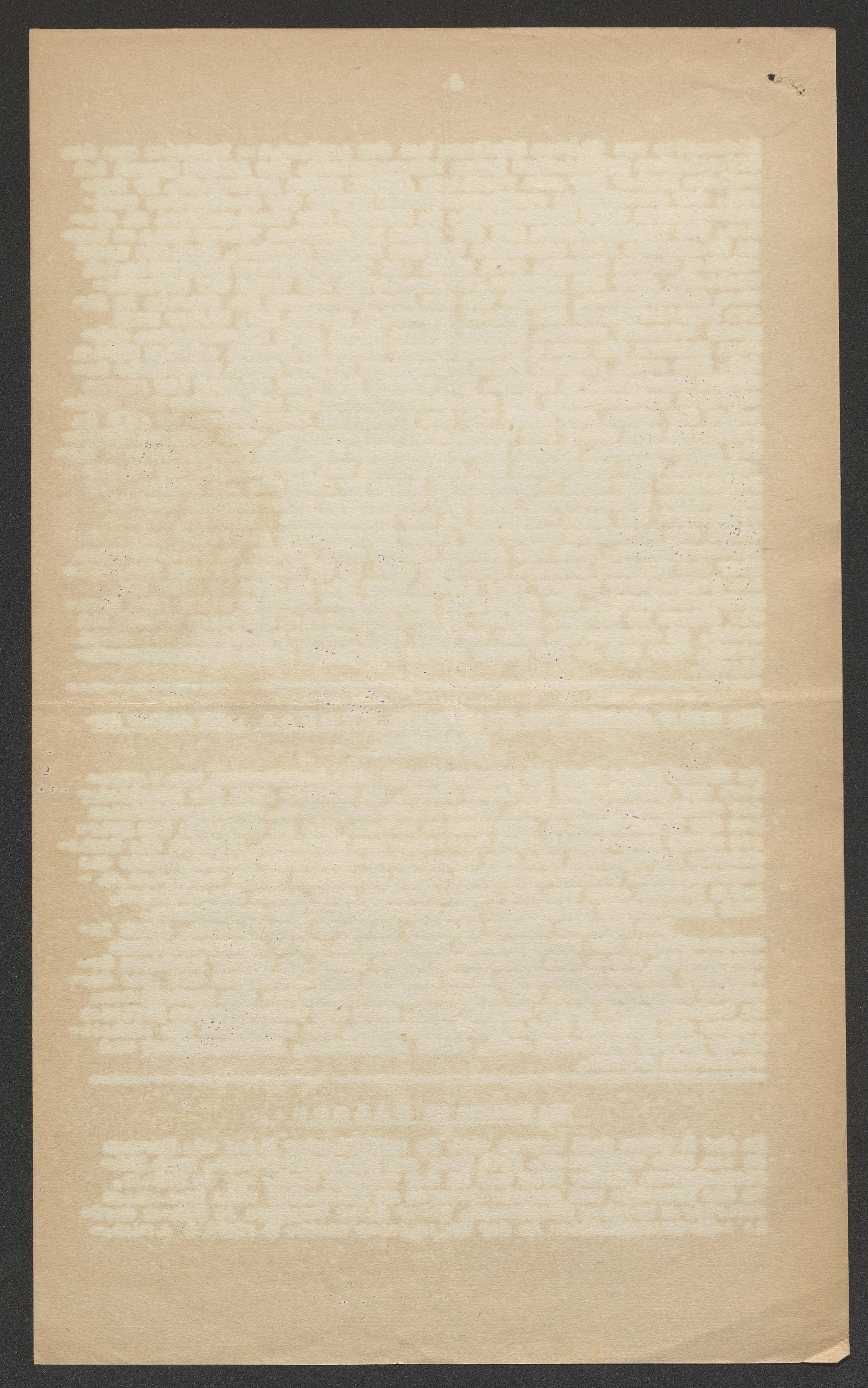
Die ersten Aktionen des Abgeordneten K l o f a c nach seiner Amnestierung.

In dieser Woche fand in Luhatschowitz eine Versammlung von Vertretern der czechischen Parteien statt, zu welcher sich die Mitglieder der czechisch-nationalen, tschechisch-radikalen, staatsrechtlichen und der Masarykpartei eingefunden hatten. Die im Verlaufe des Krieges nicht kompromittierten tschechischen Parteien, nämlich die tschechische Agrarpartei und die tschechisch-klerikale Partei, sowie die tschechischen Sozialdemokraten waren überhaupt nicht vertreten, dagegen hatten sich von den Jungtschechen zwar keine Abgeordneten, wohl aber andere Mitglieder des Exekutivkomitees eingefunden.

Den Vorsitz führte Klofac. Es wurde beschlossen, einen Zusammenschluss der versammelten Parteien zu einer rücksichtslosen nationalen, gegen den österreichischen Staat in seiner heutigen Gestaltung extrem oppositionellen Politik herbeizuführen und eine derartige Rekonstruktion der aParteiverhältnisse und des Parteilebens im tschechischen Lager anzustreben, dass die tschechischen Parteien welche die Führung dieser Parteiengruppe, die womöglich als einheitliche Partei auftreten soll, nicht anerkennen, zurückgedrängt und geschwächt werden.

Die Unruhen in P i l s e n .

In der letzten Zeit mehren sich in auffallender Weise die Unruhen in den Sudetenländern. Nach Prag kam Mährisch- Ostrau, nach Mährisch-Ostrau wieder Prag und in der vorigen Woche war es Pilsen, wo die Krawalle und Ausschreitungen an Intensität alle bisherigen derartigen Unruhen übertrafen. Ueber diese Vorgänge in Pilsen durfte selbstverständlich in der Tagespresse nichts berichtet werden.-



Die Folge davon war, dass speziell in Wien Gerüchte verbreitet waren, die teils übertrieben waren, teils von falschen Voraussetzungen ausgingen. Nach verlässlichen Berichten aus Pilsen handelt es sich um folgendes:
Die Unruhen in Pilsen begannen am 10.d.M. Ursache war wie gewöhnlich Mangel an Lebensmitteln; natürlich die üblichen Strassendemonstrationen. Die Lebensmitteldemonstrationen nahmen diesmal gleich im Anfang ärgere Dimensionen an, so dass die Skodawerke vorsichtshalber die Arbeit einstellten. In den darauffolgenden Tagen wurden die Lebensmittelgeschäfte geplündert, ähnlich wie früher in Mähr.-Ostrau. An den Pilsener Unruhen beteiligten sich besonders stark die dortigen Eisenbahnarbeiter. Es wurden die Magazine erbrochen, Waggons, in welchen Lebensmittel vermutet wurden, ausgeleert, Schienen aufgerißen, ein Zug gewaltsam zum Stehen gebracht und an der Weiterfahrt verhindert. Die Demonstranten, zumeist Arbeiter und deren Frauen erklärten, dass sie seit Monaten mit Versprechungen bezüglich der Versorgung mit Lebensmitteln von der Bezirkshauptmannschaft hingehalten würden. Die Tumulte nahmen schliesslich solche Dimensionen an, dass Militär aufgeboten werden musste. Die aufgebotene Mannschaft gab jedoch, wie berichtet wird, Salven in die Luft ab. Es wurde nunmehr Gendarmerie herbeigerufen. Anlässlich des Einschreitens der Gendarmerie wurde ein Kind getötet. Schliesslich wurde über die Stadt und Umgebung das Standrecht verhängt. Seitdem ist verhältnismässig Ruhe eingetreten, was zum Teil auch darauf zurückzuführen ist, dass die Vorräte an Lebensmitteln, die in den Magazinen und Geschäften vorhanden waren, von den Demonstranten gewaltsam im Besitz genommen worden sind. Die czechischen Blätter versuchen die Unruhen in Pilsen als reine Hungerkrawalle hinzustellen. Richtig ist auch, dass die Unruhen tatsächlich von dem Mangel an Lebensmitteln ausgegangen sind ! Wie immer bei solchen Anlässen, zuletzt erst in Prag, haben jedoch alsbald politische Agitatoren aus der traurigen Affäre Kapital zu schlagen versucht. Elemente die der tschechischen national-sozialen Partei nahestehen, versuchten die Menge aus diesem Anlasse für das tschechische Staatsrecht zu harranguieren, indem sie der aufgeregten Menge klar zu machen versuchten, dass der Mangel an Lebensmitteln nur dadurch entstanden sei, dass das Königreich Böhmen auch für die übrigen Kronländer Lebensmittel abgeben müsse.
Wäre das Königreich Böhmen im Sinne der staatsrechtlichen Forderungen der czechischen Radikalen ein selbständiges Königreich, so wäre es bei seinen reichlichen Mitteln im Stande, sich auch selbst klaglos zu verpflegen. Die Gerüchte welche in Wien verbreitet waren, dass es sich bei den Unruhen in Pilsen hauptsächlich auch um gewisse antiösterreichische Strömungen gehandelt habe, sind zweifellos auf diese politische Agitation der tschechischen Radikalen zurückzuführen. Es sei bei dieser Gelegenheit auch auf die sehr eigenartige Handhabung der Zensur hingewiesen. Es fällt seit geraumer Zeit auf, dass die radikalen czechischen Hetzblätter in Böhmen eine ziemlich ungenierte und freie Sprache führen können, trotz aller Zensurvorkehrungen, die während der Kriegszeit für die Presse getroffen worden sind. Während in den deutschen Blättern auch in den Wiener Tageszeitungen oft die harmlosesten Bemerkungen selbst auch einzelne Namen dem Rotstifte des Staatsanwaltes zum Opfer fallen, herrscht in der radikalen czechischen Presse eine Sprache, die schon in Friedenszeiten als eine mehr als freie bezeichnet werden müsste. Die Folge davon ist, dass dann Vorgänge wie in Pilsen, die von Nahrungsmitteln ausgegangen sind, im Handumdrehen zu politischen Aktionen anwachsen.

Ich gebe mich der angenehmen Hoffnung hin, dass meine heutigen Mitteilungen das Interesse E u e r e r E x z e l l e n z gefunden haben und zeichne mit dem Ausdrucke vorzüglichster

Hochachtung

[signature]

